Deutscher Bundestag
6. Wahlperiode

Drucksache VI/1942

Sachgebiet 50

Der Wehrbeauftragte
des Deutschen Bundestages
I — 02 — 11 — 01

Bonn, den 1. März 1971

An den Herrn
Präsidenten des Deutschen Bundestages

Gesetzlichem Auftrag folgend lege ich den

Jahresbericht 1970

vor.

Fritz-Rudolf Schultz

Druck: Bonner Universitäts-Buchdruckerei, 53 Bonn 1
Alleinvertrieb: Verlag Dr. Hans Heger, 53 Bonn-Bad Godesberg 1,
Postfach 821, Goethestraße 54, Tel. (0 22 29) 6 35 51

Inhaltsverzeichnis

		Seite
1.	Vorbemerkungen	4
2.	Schutz der Grundrechte	4
2.1	Grundrechte und Funktionsfähigkeit der Streitkräfte	4
2.2	Das Grundrecht auf freie Entfaltung der Persönlichkeit	5
2.3	Die Grundrechte auf Freiheit der Person und auf körperliche Unversehrtheit	9
2.4	Das Grundrecht der Kriegsdienstverweigerung	9
2.5	Die Grundrechte auf freie Meinungsäußerung und Information	12
2.6	Politische Betätigung in den Streitkräften	15
2.7	Grundrechtsbewußtsein und Staatsverständnis	16
3.	Die Grundsätze der Inneren Führung	17
3.1	Zur Struktur der Inneren Führung	17
3.1.1	Die Integration als Problem der Inneren Führung	17
3.1.2	Die Binnenstruktur der Streitkräfte als Problem der Inneren Führung	18
3.1.3	Die Menschenführung als Problem der Inneren Führung	19
3.2	Zur Verwirklichung der Inneren Führung	20
3.2.1	Probleme im Bereich der Zuordnung und Abhängigkeit von Bundeswehr und Gesellschaft — Bildung und Ausbildung in den Streitkräften — Politische Bildung in der Bundeswehr — Der Presseoffizier der Bundeswehr — Bundeswehr und Bevölkerung	20
3.2.2	Probleme im Bereich der institutionellen Menschenführung — Fragen der Personalführung — Zulagewesen — Trennungsgeld — Berufsförderung — Fürsorge und Betreuung — Werftliegezeiten	27
3.2.3	Probleme im Bereich der individuellen Menschenführung — Zum Verhältnis von Truppe und Führung — Anrede — Führungsstil und militäriche Befehlsgewalt —	36
4.	Disziplinar- und Strafrecht	41
4.1	Neuordnung des Wehrdisziplinarrechts	41
4.2	Fragen des Strafvollzugs im Bereich der Streitkräfte	42
4.3	Disziplinarrechtliche Einzelfragen	42
4.4	Strafrechtliche Fragen	42
4.5	Rauschmittelkonsum in der Bundeswehr	43

Seite

5. Einzelberichte und Weisungen 44

6. Anregungen und Vorschläge 45

Anlage 1: Geschäftsstatistik 47

Anlage 2: Rückblicke 54

Anlage 3: Organisationsplan 58

Anlage 4: Vorschläge und Anregungen in den Jahresberichten 1959 bis 1969 59

1. Vorbemerkungen

Mein erstes Amtsjahr als vierter Wehrbeauftragter des Deutschen Bundestages stand im Zeichen der kritischen Bestandsaufnahme der Bundeswehr. Ergebnis dieser Bemühungen ist das Weißbuch 1970 zur Sicherheit der Bundesrepublik Deutschland und zur Lage der Bundeswehr, das der Bundesminister der Verteidigung im Auftrag der Bundesregierung im Mai 1970 herausgegeben hat. Hiermit sind die grundlegenden Probleme der Landesverteidigung und die gegenwärtige Verfassung der Bundeswehr einer eingehenden Analyse unterzogen worden. Auf dieser Grundlage hat die Bundesregierung ihre sicherheitspolitischen Zielvorstellungen für die nächsten Jahre entwickelt und einer breiteren Öffentlichkeit vorgestellt. Zahlreiche Fragen dieser Bestandsaufnahme der Bundeswehr berühren meinen Verfassungsauftrag. Dies gilt insbesondere für jene Abschnitte des Weißbuches 1970, die sich mit den sozialen Problemen des Soldaten im weitesten Sinne befassen. Die Aussagen des Weißbuches 1970 lassen erkennen, daß die personellen Probleme der Streitkräfte stärker in den Mittelpunkt der verteidigungspolitischen Bemühungen gerückt sind.

Mit Befriedigung kann ich feststellen, daß zahlreiche Anregungen und Vorschläge des Wehrbeauftragten, die er vornehmlich in seinen Jahresberichten immer wieder zur Diskussion gestellt hat, vom Weißbuch 1970 aufgegriffen worden sind. Diese Übereinstimmung bezieht sich nicht nur auf die Gesamtaussage des Weißbuches, die den Soldaten stärker in den Mittelpunkt stellt, sondern auch auf detaillierte praktische Empfehlungen, wie sie insbesondere in den Jahresberichten 1968 und 1969 zahlreich vorgetragen wurden.

Die Diskussionen um die inneren Probleme der Streitkräfte und den Standort der Bundeswehr in der Gesellschaft haben im Berichtsjahr unvermindert angehalten und zunehmend das Interesse weiter Teile der Öffentlichkeit gewonnen. Die Selbstdarstellungen junger Soldaten über ihren Dienst in den Streitkräften, die verstärkte Bereitschaft der Massenmedien, Probleme der Bundeswehr zu behandeln, sowie die verteidigungspolitische Bildungsarbeit vieler Institutionen und Verbände sind Ausfluß der Bemühungen, den dynamischen Prozeß der Eingliederung der Streitkräfte in die Gesellschaft zu fördern. Dieser Frage habe ich seit meinem Amtsantritt gleichfalls meine besondere Aufmerksamkeit gewidmet. In zahlreichen Gesprächen mit Repräsentanten der gesellschaftlichen Institutionen habe ich versucht, Verständnis und Interesse für die spezifischen Belange der Streitkräfte zu wecken. Bei diesen Bemühungen habe im allgemeinen Entgegenkommen und Aufgeschlossenheit angetroffen.

Innerhalb meines Verfassungsauftrages haben meine Mitarbeiter und ich bei zahlreichen Gelegenheiten die Probleme der Inneren Führung und der gesellschaftlichen Einordnung der Streitkräfte vorgetragen und zur Diskussion gestellt. Diese Verstärkung der Öffentlichkeitsarbeit meines Amtes geschah auch aus der Erwägung heraus, daß eingehende Unterrichtung und Information in der Gegenwart von allen gesellschaftlichen Institutionen als unverzichtbare Voraussetzung für die Erfüllung ihrer spezifischen Aufgaben und Funktionen angesehen werden.

Einen weiteren Schwerpunkt meiner Amtstätigkeit habe ich im Berichtsjahr in den Truppenbesuchen gesehen, die mir durch Gespräche mit Soldaten aller Dienstgrade die Gelegenheit geben, mich unmittelbar über ihre Sorgen, Nöte und Probleme zu unterrichten. Dieses „parlamentarische Inspektionsrecht" ist zugleich Ausdruck einer wesentlichen Funktion meines Verfassungsauftrages, der mich zur Mitwirkung bei der parlamentarischen Kontrolle der Streitkräfte verpflichtet.

Neben der Bearbeitung der Eingaben in meinem Amt waren die Verstärkung der Öffentlichkeitsarbeit und die Intensivierung der Truppenbesuche die beiden Schwerpunkte meiner Tätigkeit im Berichtsjahr. Die Erkenntnisse und Ergebnisse meines ersten Gesamtberichtes beruhen im wesentlichen auf diesen Grundlagen.

2. Schutz der Grundrechte

2.1 Grundrechte und Funktionsfähigkeit der Streitkräfte

Der Jahresbericht 1969 enthält die Feststellung, daß sich aus der Verfassungsposition der Streitkräfte — Artikel 87 a Abs. 1 Satz 1 Grundgesetz — das verfassungsrechtliche Gebot an Parlament und Regierung ergibt, die Funktionsfähigkeit der bewaffneten Macht als eines überragenden Gemeinschaftsgutes zum Zwecke der Friedenssicherung zu erhalten und zu gewährleisten. Diesem Verfassungsbefehl ist mit einer lediglich formalen Einrichtung der Streitkräfte nicht Genüge getan; er verlangt die Aufstellung von Truppen, die aufgrund ihrer Organisation, Ausbildung, Ausrüstung und ihres inneren Gefüges auch tatsächlich in der Lage sind, den verfassungsrechtlichen Verteidigungsauftrag im Rahmen der Friedenssicherungspolitik der Bundesregierung zu erfüllen.

Diese Rechtsauffassung hat das Bundesverfassungsgericht — anläßlich der Abwägung zwischen dem Interesse des Kriegsdienstverweigerers an der Freiheit von jeglichem Zwang gegenüber seiner Gewissensentscheidung einerseits und der Sicherung des inneren Gefüges der Streitkräfte andererseits — bestätigt. In mehreren Beschlüssen über die Entscheidung von Verfassungsbeschwerden aus dem Bereich des Artikels 4 Abs. 3 Grundgesetz hat das Bundesverfassungsgericht im Berichtsjahr darauf hingewiesen, daß die Einrichtung und Funktionsfähigkeit der Bundeswehr verfassungsrechtlichen Rang haben, da Artikel 73 Nr. 1 und Artikel 87 a Abs. 1 Satz 1 Grundgesetz eine verfassungsrechtliche Grundentscheidung für die militärische Verteidigung getroffen

haben. Deshalb umfaßt nach Ansicht des Bundesverfassungsgerichts der in Artikel 87 a Abs. 1 Satz 1 Grundgesetz erteilte Verfassungsauftrag auch das Gebot, das innere Gefüge der aufzustellenden Streitkräfte so zu gestalten, daß sie ihren militärischen Aufgaben gewachsen sind. Das Bundesverfassungsgericht hat diese Rechtsauffassung aus dem Selbstverständnis unserer Demokratie entwickelt, die von ihren Bürgern eine Verteidigung der freiheitlichen Ordnung erwartet und einen Mißbrauch der Grundrechte zum Kampf gegen diese Ordnung nicht hinnimmt. Von diesem Ansatz her hat das Bundesverfassungsgericht unmißverständlich klargestellt, daß das Prinzip der „streitbaren Demokratie" als übergreifende Maxime auch für die innere Ordnung der Bundeswehr verbindlich ist.

Diese Feststellungen ergänzen die bereits in den Jahresberichten 1968 und 1969 erörterte Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts, nach der die Grundrechte als Verkörperung einer objektiven Wertordnung anzusehen sind, die als verfassungsrechtliche Grundentscheidung das politische und gesellschaftliche Zusammenleben in einer freiheitlichen demokratischen Gesellschaft bestimmt. Der Bezugspunkt dieser Wertordnung ist die sich innerhalb der sozialen Gemeinschaft frei entfaltende Persönlichkeit und ihre Würde. Die vorgegebene Spannung zwischen Individuum und Gesellschaft, Bürger und Staat sowie zwischen Einzelinteressen und dem Gemeinwohl wird in den Vorstellungen und Aussagen über das Menschenbild unserer Gesellschaftsordnung aufgefangen und zum Ausgleich gebracht. Das Grundgesetz hat sich hierbei unter Ablehnung extremer individualistischer und kollektivistischer Anschauungen für eine ausgewogene personale Wertbindung entschieden. Das Bundesverfassungsgericht hat dieses Menschenbild in ständiger Rechtsprechung dahin gehend konkretisiert und interpretiert, daß der Bürger der Bundesrepublik kein isoliertes Individuum ist, sondern gemeinschaftsbezogen und gemeinschaftsgebunden sich in vielfältiger Weise der Gesellschaft verpflichtet weiß. Die Verbindung von Rechten und Pflichten verkörpert für das Bundesverfassungsgericht die entscheidende staatsrechtliche Legitimation für die Begründung der allgemeinen Wehrpflicht. Diese ist mithin auch Ausdruck der Einbindung des heranwachsenden Bürgers in eine freiheitliche Lebensordnung, die ihm nicht nur die Entfaltung seiner Persönlichkeit ermöglicht, sondern auch die Erfüllung von Pflichten für das Gemeinwohl verlangt. Das Prinzip der allgemeinen Wehrpflicht entspricht dem demokratischen Staatsverständnis. Es nimmt die Bürger für die wichtige Aufgabe der militärischen Landesverteidigung gemeinsam in Pflicht. Durch seinen persönlichen Einsatz wird dem jungen Staatsbürger ein Beitrag zur existenziellen Sicherung der freiheitlichen Lebensordnung eines Rechtsstaates unmittelbar abverlangt. Das korrespondierende Verhältnis von individueller Entfaltung und sozialer Pflichtenbindung des einzelnen ist konstitutiv für den dauernden Bestand und die beständige Fortentwicklung des freiheitlich-demokratischen Staatswesens.

Das Bewußtsein, gegenüber der Allgemeinheit auch Pflichten zu besitzen, ist bei der heranwachsenden Generation nicht immer hinreichend ausgeprägt. Das Bestreben, die Räume freiheitlicher Selbstentfaltung zu vergrößern, entspricht grundsätzlich dem demokratischen Staatsverständnis, das die konsequente Verwirklichung der Freiheit in allen Lebensbereichen zum Inhalt hat. Indessen darf diese qualitative Substanz unserer freiheitlichen demokratischen Grundordnung die soziale Verpflichtung des einzelnen Bürgers gegenüber der Allgemeinheit nicht in Frage stellen. Kennzeichen einer lebendigen Demokratie ist das ausgewogene Verhältnis von Staatsinteresse und Individualinteresse. Diese Problematik bildet den Kernpunkt für zahlreiche Eingaben, die mich im Berichtsjahr auf dem Gebiet des Grundrechtsschutzes erreichten. Die Bearbeitung hat mir gezeigt, daß viele Eingaben nur deshalb an mich gerichtet wurden, weil manche Soldaten den Umfang ihrer gesetzlich begründeten Dienstpflichten und deren Konkretisierung und Aktualisierung durch verbindliche Befehle nicht in ausreichendem Maße erkannt haben. Eine weitgehende Zurückdrängung staatsbürgerlicher Pflichten zugunsten individueller Interessen ist ein allgemein zu beobachtendes Phänomen unserer Gegenwart, dessen Bewältigung verstärkte politische und staatsbürgerliche Bildungsarbeit und aktive Aufklärungsprozesse über die Zumutbarkeit staatlicher Ansprüche erforderlich macht.

2.2 Das Grundrecht auf freie Entfaltung der Persönlichkeit

Das Grundgesetz sieht die Würde des Menschen und die darauf beruhende freie Entfaltung der menschlichen Persönlichkeit als höchste Rechtsgüter an. Deshalb hat die Verfassung die Freiheit der menschlichen Betätigung für bestimmte Lebensbereiche, die nach geschichtlicher Erfahrung dem Zugriff der öffentlichen Gewalt in besonderem Maße ausgesetzt sind, durch spezielle Grundrechtsbestimmungen geschützt. Dadurch ist dem Bürger eine Sphäre privater Lebensgestaltung verfassungswirksam vorbehalten und ein bestimmter unantastbarer Bereich menschlicher Freiheit geschaffen worden, der sich einer Einwirkung der öffentlichen Gewalt prinzipiell entzieht. Dieser persönliche Freiheitsraum, den die Grundrechte bewirken, ist auch den Soldaten von Verfassungs wegen garantiert.

Unter dem Gesichtspunkt der verfassungsrechtlich verbürgten freien Entfaltung der Persönlichkeit hat das Problem des äußeren Erscheinungsbildes des Soldaten, wie es vornehmlich durch seine Haar- und Barttracht geprägt wird, im Berichtsjahr zunehmend an Bedeutung gewonnen. In rechtlicher Hinsicht stellt sich hierbei die Frage, inwieweit Haar- und Barttracht Ausdruck der individuellen Persönlichkeit des einzelnen Soldaten sind und in welchem Umfang ein Direktionsrecht der Vorgesetzten demgegenüber durchgreifen kann. Hierbei ist zu berücksichtigen, daß der Soldat die gleichen staatsbürgerlichen Rechte wie jeder andere Staatsbürger hat, so daß seine Rechte nur im Rahmen der Erfordernisse des militärischen Dienstes durch seine gesetzlich begründeten Pflichten Beschränkungen unterliegen (§ 6 Soldatengesetz). Daraus folgt, daß der Soldat bei der Erfüllung seiner Pflichten durch seine Haar-

und Barttracht nicht behindert oder gar gefährdet werden darf. Weiter muß der Soldat, auch mit Rücksicht auf seine Kameraden, die Grundsätze der Hygiene beachten. Aber diese Fragen führten im allgemeinen nicht zu Schwierigkeiten, da die meisten Soldaten insoweit Einsicht zeigten. Schwierigkeiten ergaben sich vielmehr daraus, daß gewisse Haar- und Barttrachten der Soldaten von Vorgesetzten als mit dem äußeren Erscheinungsbild des Soldaten nicht vereinbar erklärt und die Soldaten aufgefordert wurden, ihre Haar- und Barttracht entsprechend zu kürzen, um dadurch dem Ansehen der Bundeswehr gerecht zu werden (§ 17 Abs. 2 Soldatengesetz).

Die Dienstpflicht zum achtungswürdigen Verhalten in und außer Dienst erstreckt sich auch auf das äußere Erscheinungsbild der Soldaten. Diese Dienstpflicht ist eine auf dem unmittelbaren Verfassungsvorbehalt des Artikels 2 Abs. 1 Grundgesetz beruhende zulässige Einschränkung der allgemeinen Handlungsfreiheit; sie kann durch entsprechende Befehle aktualisiert und konkretisiert werden. Damit ist auch die Haar- und Barttracht des Soldaten dem Zugriff der militärischen Befehlsgewalt grundsätzlich nicht entzogen.

Fraglich bleibt, nach welchen Kriterien sich das gepflegte äußere Erscheinungsbild eines Soldaten bemißt. Modische Auffassungen im zivilen Bereich zeitigen Auswirkungen auch auf die Bundeswehr. Mit der Neigung der jungen Generation, sich Bärte der verschiedensten Ausgestaltungen wachsen zu lassen und die Haare länger zu tragen, haben sich auch die Ansichten darüber gewandelt, was in der Gegenwart gegenüber früheren Jahren im äußeren Erscheinungsbild des Soldaten zulässig und vertretbar ist. Der G 1-Hinweis Nummer 2/67 des Bundesministers der Verteidigung vom 18. April 1967 ging insoweit vom herkömmlichen Erscheinungsbild des Soldaten als einer statischen Größe aus, das vor vier Jahren sicherlich anders angenommen worden war und sich auf einen größeren Grad allgemeiner Zustimmung berufen konnte als dies nach meinen Beobachtungen heute der Fall ist. Diese Formel des G 1-Hinweises vom „herkömmlichen Erscheinungsbild" des Soldaten begegnete im zunehmenden Maße der Kritik und wurde im Berichtsjahr schließlich auch von der Rechtsprechung der Truppendienstgerichte zurückgewiesen.

Generell hatte der Bundesminister der Verteidigung mit seinem G 1-Hinweis vom 18. April 1967 befohlen, daß die Soldaten ihre Haar- und Barttracht so wählen müssen, daß sie das saubere und gepflegte Erscheinungsbild des Soldaten nicht beeinträchtigen. In ihrer Länge sollten Haar- und Barttracht so bemessen sein, daß sie den Soldaten bei der Dienstausübung weder behindern noch gesundheitlich gefährden. Eine Vernachlässigung der Haar- und Barttracht, eine Außerachtlassung hygienischer Grundsätze und das Tragen einer schulterlangen oder sonst feminin wirkenden Haartracht wurde als Dienstpflichtverletzung angesehen.

Zahlreiche Kommandeure und Einheitsführer haben daraufhin versucht, für ihren Bereich die Grenze zwischen der freien Entfaltung der Persönlichkeit und einer dienstpflichtwidrigen äußeren Erscheinung näher zu bestimmen. So wurde in einigen Befehlen die Haartracht dann für zulässig erklärt, wenn die Haare mit der Länge des normalen Haarschnittes übereinstimmten, nicht auf Ohren oder Kragen aufstießen und die Koteletten bis auf halbe Ohrlänge herunterreichten. Gegen einen gepflegten, kurzgehaltenen Oberlippenbart wurden keine dienstlichen Bedenken erhoben. In anderen Befehlen hieß es dagegen, daß die Koteletten nicht über Jochbeinhöhe bzw. über die Unterkante der Ohrläppchen hinausreichen dürften. In manchen Einheiten wurde das Tragen von Kinn- und Backenbärten völlig verboten.

Nach meinen Beobachtungen haben der G 1-Hinweis und die sich hierauf abstützenden Einzelbefehle der Truppe nicht vermocht, die in dieser Frage so notwendige Rechtssicherheit herzustellen. Die bereits im Jahre 1969 erkennbaren Schwierigkeiten haben sich zu einem offenen Problem ausgewachsen, das die Truppe — trotz seiner Banalität — in zunehmendem Maße belastete. Dies beweist die stark angestiegene Zahl der Eingaben zu Fragen der Haar- und Barttracht im Berichtsjahr. Meiner zweimal geäußerten Anregung, den G 1-Hinweis zu überprüfen und ihn durch eine bessere Regelung zu ersetzen, ist der Bundesminister der Verteidigung zunächst nicht nachgekommen. Nach seiner Auffassung war das Problem, wann die Frisur eines Soldaten gegen seine Dienstpflicht verstieß, eine Frage des Einzelfalles, die einer generellen perfektionistischen Regelung entzogen sei. Im übrigen sei eine gewisse Großzügigkeit eher am Platze als eine kleinliche und durch dienstliche Erfordernisse nicht überzeugend zu rechtfertigende Beschränkung des Rechts des Soldaten auf Entfaltung seiner Persönlichkeit. Ich verkenne nicht die Schwierigkeiten, die aufgrund der Natur der Sache einer exakteren Bestimmung jener Grenze entgegenstehen, wo die Haar- und Barttracht von der freien Entfaltung der Persönlichkeit zu dienstpflichtwidrigen Erscheinungsformen übergeht. Gleichwohl muß das Befehlsrisiko, das die Kommandeure und Einheitsführer im Rahmen des § 17 Abs. 2 Soldatengesetz tragen, herabgemindert werden. Die Streitkräfte, deren innere Ordnung an rechtsstaatlichen Grundsätzen ausgerichtet ist, haben einen Anspruch darauf, daß den Postulaten der Rechtssicherheit auch in dieser Frage Rechnung getragen wird. Gerade bei der Abgrenzung des Umfanges militärischer Dienstpflichten müssen Vorgesetzte und Untergebene in beiderseitigem Interesse wissen, woran sie sind. Dies ist für mich nicht nur ein Rechtsproblem, sondern auch eine Frage des richtigen Führungsstils.

Die Erklärungen des Bundesministers der Verteidigung in Ziffer 154 des Weißbuchs 1970, die den Soldaten das Recht zusprachen, Haarschnitt und Barttracht selber zu bestimmen, soweit sie die jeweilige Funktion nicht beeinträchtigen, haben eher zur Vermehrung der bestehenden Rechtsunsicherheit als zu ihrer Beseitigung beigetragen. Bei Vorgesetzten und Truppendienstgerichten hat diese Formulierung Zweifel darüber aufkommen lassen, ob der G 1-Hinweis von 1967 noch galt, der darüber hinaus (vergleiche Ziffer 3 des Hinweises) mit der Verweisung schulterlanger oder sonst feminin wirkender Haar-

trachten in den Bereich des Dienstvergehens auch modisch orientierte Grenzen zog. Da Absichtserklärungen des Weißbuches formelle Erlasse des Bundesministers der Verteidigung nicht ändern können, habe ich in solchen Zweifelsfällen die Auffassung vertreten, daß der G 1-Hinweis von 1967 nach wie vor die verbindliche Rechtsgrundlage auf diesem Gebiet darstelle.

Ausdruck der in der Truppe vorhandenen Rechtsunsicherheit war auch die mir durch eine Eingabe bekanntgewordene Einrichtung einer Kommission, die vom Kompaniechef berufen im Einzelfall mit Mehrheit darüber entscheiden sollte, ob die Haar- und Barttracht eines Soldaten dem G 1-Hinweis von 1967 entsprach. In Zweifelsfällen sollte der Leiter dieser Kommission entscheiden; kam es auch dann noch zu keiner Lösung, hatte der Kompaniechef die letzte Entscheidung zu treffen. Der Leiter der Kommission war befugt, den Soldaten gegebenenfalls zu befehlen, ihre Haar- und Barttracht bis zu einem bestimmten Termin zu ändern. Die Nichtbefolgung derartiger Befehle konnte vom Kompaniechef als Ungehorsam disziplinar geahndet werden. Da eine derartige Handhabung der gesetzlich festgelegten Ausübung der Disziplinargewalt und der Befehlsgewalt nicht der Wehrdisziplinarordnung und der Vorgesetztenverordnung entsprach, mußte auf meine Einschaltung hin diese Regelung als rechtswidrig aufgehoben werden.

Kennzeichnend für die Stimmung der Vorgesetzten, die sich in ihrem Befehlsrisiko häufig allein gelassen fühlten, ist der Befehl eines Bataillonskommandeurs, durch den auf Grund eines Beschlusses des zuständigen Truppendienstgerichtes ein früherer Befehl über die Haar- und Barttracht im Bataillon ersetzt wurde:

„1. Der o. a. Vorgang wird hiermit aufgehoben.

2. Das als Anlage beigefügte Schreiben muß in Zukunft als verbindliche Richtschnur für Fragen der Persönlichkeitsentfaltung in Form von Haar- und Barttracht angesehen werden.

   Das Bataillon ist zudem der Ansicht, daß der Soldat den Zeitpunkt, ab dem er sich persönlich zu entfalten beabsichtigt, indem er Kopfhaar und Bart wachsen läßt, selbst bestimmen kann. Das bedeutet, daß auch gegen das Wachsenlassen des Bartes außerhalb der Freizeit und des Urlaubs kaum etwas eingewendet werden kann.

3. Da es sich bei der Haar- und Barttracht einiger Soldaten weniger um eine Frage der Mode als um eine Frage des Protestes gegen das Establishment handelt, werden Vorgesetzte aller Dienstgrade gut daran tun, sich an diese Form des Protestes zu gewöhnen.

4. Den Herren Kompanie-/Batteriechefs wird die Lektüre des Weißbuches, zumindest von Seite 115 bis 137, unter der Überschrift „Bundeswehr und Gesellschaft", empfohlen.

   Es ergeben sich daraus einige Erkenntnisse, die für den Trend im Gefüge der Bundeswehr symptomatisch sind.

5. Abschließend zum Thema Haar- und Barttracht des Soldaten wird hiermit befohlen:

   a) Es darf nur gegen die bisher noch nicht bekannte funktionsbeeinträchtigende Frisur vorgegangen werden.

   b) Wann eine Frisur dieses Kriterium erfüllt, stellt das Truppendienstgericht fest, nicht der militärische Vorgesetzte.

   c) Der Ausdruck „feminines Aussehen" im Hinblick auf einen langhaarigen Soldaten hat zu unterbleiben. Es gibt dieses Aussehen nicht mehr, es gibt nur eine Teilnahme des Soldaten an der allgemeinen modischen Entwicklung.

   d) Bärte dürfen überall und in jeder Form getragen werden.

      Mit Gewalt und genügend Vaseline bekommt man jeden Bart in eine ABC-Schutzmaske und dieselbe dann dicht.

   e) Der G 1-Hinweis Nummer 2/67 sowie die entsprechenden Ziffern des Weißbuches sind großzügig auszulegen. Engherzige, kleinliche, durch dienstliche Erfordernisse nicht überzeugend zu rechtfertigende Beschränkungen durch generelle, perfektionistische Regelungen und Einheitshaarschnitte sind nicht mehr zeitgemäß und haben zu unterbleiben."

Die aus § 17 Abs. 2 Soldatengesetz und aus dem G 1-Hinweis von 1967 herrührende Dienstpflicht zu einem äußeren gepflegten Erscheinungsbild des Soldaten konnte dessen Recht, zum Haarschneiden einen Friseur eigener Wahl aufzusuchen, nicht zum Erliegen bringen. Darum waren Befehle, sich die Haare beim Kasernenfriseur schneiden zu lassen, weil dieser über die entsprechenden Ansichten des betreffenden Einheitsführers unterrichtet ist, rechtswidrig und unverbindlich. Gleiches galt für einen schriftlich abgefaßten und am Schwarzen Brett veröffentlichten Befehl, wonach mehrere namentlich genannte Soldaten an einem bestimmten Tag zu einer bestimmten Zeit unter Aufsicht eines Oberfeldwebels zum Friseur zu gehen hatten. Schließlich konnte ich nicht billigen, daß Soldaten wegen ihrer äußeren Erscheinung auf Grund einer anderen Haar- und Barttracht die Kosten für Fotos zur Berichtigung des Wehrpasses und sonstiger Personalunterlagen aufgebürdet wurden. Wenn der Dienstherr wünscht, daß der Soldat dienstliche Ausweispapiere besitzt, durch die er seine Identität nachweisen kann, so muß er die dafür anfallenden Kosten grundsätzlich tragen. Dieser Auffassung hat sich der Bundesminister der Verteidigung angeschlossen.

Bei der Bearbeitung der zahlreichen Eingaben zu Fragen der Haar- und Barttracht habe ich wiederholt an die Soldaten appelliert, sich nicht allzu engherzig und starrsinnig auf ihre vermeintlichen Rechte zu berufen und auch zu prüfen, ob nicht auf diese Weise das Vertrauensverhältnis zwischen Vorgesetzten und Untergebenen unnötig belastet wird. Beide Seiten sollten vermeiden, ausgerechnet an der Haar- und Barttracht zu untersuchen, inwieweit das Prin-

zip von Befehl und Gehorsam in den Streitkräften „funktioniert".

Mit Fernschreiben vom 5. Februar 1971 hat der Bundesminister der Verteidigung den bisher gültigen G 1-Hinweis von 1967 in Ansehung der allgemeinen modischen Entwicklung nunmehr doch aufgehoben und im Wege der Neuregelung folgendes befohlen:

„1. Haare und Bart müssen sauber und gepflegt sein.

2. Soldaten, deren Funktionsfähigkeit und Sicherheit (Unfallschutz) durch ihre Haartracht beeinträchtigt wird, haben im Dienst ein Haarnetz zu tragen. Haare, die im Nacken nicht weiter als bis zum oberen Rand des Uniform- bzw. Hemdkragens herabfallen, bedürfen keines Haarnetzes. Über die Zuteilung von Haarnetzen folgt gesonderte Weisung.

3. Der sichere Sitz der ABC-Schutzmaske ist zu gewährleisten. Entscheidend ist die Überprüfung im ABC-Übungsraum.

Die genannten Erfordernisse der Hygiene, Funktionsfähigkeit und Sicherheit (Unfallschutz) sind dem Betroffenen durch erzieherische Einwirkung verständlich zu machen und erforderlichenfalls durchzusetzen."

Es bleibt zu hoffen, daß die vorstehende Neuregelung — insbesondere im Hinblick auf die im letzten Absatz genannte Anwendung militärischer Befehlsgewalt — geeignet ist, in der Truppe die erforderliche Rechtssicherheit herbeizuführen.

Im Berichtsjahr mußte ich bei der Überprüfung von Eingaben, mit denen die Verletzung des Grundrechts auf freie Entfaltung der Persönlichkeit gerügt wurde, gelegentlich Kontrollen des Wertfaches beanstanden. So kontrollierte im Zuge disziplinarer Vorermittlungen ein Disziplinarvorgesetzter auch das unverschlossene Wertfach im Spind eines abwesenden Unteroffiziers und entnahm diesem einen Kleinbildfilm sowie einen verschlossenen Umschlag mit mehreren Aktaufnahmen. Nachdem die hiergegen gerichtete Wehrbeschwerde in erster und zweiter Instanz im wesentlichen mit der Begründung zurückgewiesen worden war, ein unverschlossenes Wertfach genieße nicht mehr den besonderen Schutz nach Ziffern 70 und 71 der ZDv 10/5, gab der Bundesminister der Verteidigung nach Anrufung gemäß § 20 Wehrbeschwerdeordnung der Beschwerde statt und entschied, daß die nach Ziffer 71 Abs. 1 der ZDv 10/5 zulässige Spindkontrolle von dem Disziplinarvorgesetzten nicht auf das Wertfach hätte ausgedehnt werden dürfen. Das Wertfach dürfe auch bei Vorliegen besonderer dienstlicher Gründe nur im Beisein des Soldaten durch den Disziplinarvorgesetzten überprüft werden, und zwar unabhängig davon, ob es verschlossen oder unverschlossen ist. Ein unverschlossenes Wertfach könne der Disziplinarvorgesetzte allenfalls einsehen, um seine Benutzung festzustellen; eine Prüfung des Inhalts sei ihm jedoch verwehrt. Für eine Untersuchung des Wertfaches im Rahmen disziplinarer Vorermittlungen bedürfe der Disziplinarvorgesetzte zudem einer richterlichen Durchsuchungsanordnung. Diese Auffassung halte ich deshalb für richtig, weil jedem Soldaten mit dem Wertfach die Möglichkeit gegeben werden soll, auch in der Kaserne persönliche Sachen so aufzubewahren, daß sie dem unmittelbaren Zugriff seiner Vorgesetzten entzogen sind. Dabei ist darauf hinzuweisen, daß es einen Verstoß gegen Ziffer 70 Satz 1 der ZDv 10/5 darstellt, wenn dieses Fach unverschlossen ist. Die Einrichtung des Wertfaches trägt mithin in besonderer Weise dem Grundrecht des Soldaten aus Artikel 2 Abs. 1 Grundgesetz Rechnung.

Der Bundesminister der Verteidigung sollte entsprechend seiner Rechtsauffassung klarstellen, daß das Recht zur Überprüfung von Spind und Wertfach eines Soldaten nach Ziffer 71 der ZDv 10/5 keine Ermächtigungsgrundlage ist, das Wertfach eines Soldaten etwa im Rahmen disziplinarer Ermittlungen zu durchsuchen. Diese Ermächtigung kann nur durch richterliche Anordnung geschaffen werden. Der Wortlaut der Ziffer 71 der ZDv 10/5 sollte deshalb in der Weise ergänzt werden, daß die Durchsuchung eines Wertfaches nur aufgrund richterlicher Zustimmung erfolgen darf.

Die vorstehenden Fragen sind zur Zeit auch Gegenstand eines Verfahrens vor dem Bundesverwaltungsgericht, das darüber zu befinden haben wird, ob der Disziplinarvorgesetzte bei einer Spindüberprüfung Privateigentum des Soldaten ohne Vorliegen einer richterlichen Beschlagnahmeanordnung sicherstellen kann. In prozessualer Hinsicht ist darauf hinzuweisen, daß dem Soldaten der Beschluß einer Beschwerdeinstanz, sein Disziplinarvorgesetzter hätte das Wertfach nicht durchsuchen dürfen, dann nichts nützt, wenn das bei der Durchsuchung sichergestellte Material im Disziplinarverfahren zwischenzeitlich als Beweismittel gegen ihn verwandt wurde.

Das Grundrecht auf freie Entfaltung der Persönlichkeit gewährt den Soldaten auch das Recht, einen Rechtsanwalt ihres Vertrauens aufzusuchen. Bei der Überprüfung von Eingaben, in denen mir eine Beschränkung dieses Rechts vorgetragen wurde, habe ich in jedem Fall feststellen können, daß die Vorgesetzten die dienstlichen Belange berücksichtigt und daher den Soldaten Dienstbefreiung zum Besuch eines Anwaltes nicht zum gewünschten, sondern zu einem auch dienstlich vertretbaren Zeitpunkt gewähren wollten. Zu dieser Abwägung sind die Vorgesetzten verpflichtet; der Wunsch, einen Rechtsanwalt aufzusuchen, darf den Dienstbetrieb nicht ernsthaft beeinträchtigen.

Abschließend sei bei der Erörterung von Eingaben wegen Verletzung des Grundrechts auf freie Entfaltung der Persönlichkeit auf ein Formblatt hingewiesen, das von heiratswilligen Soldaten der Marine auszufüllen und durch Unterschrift zu bestätigen war. Dieses enthielt unter anderem folgende Erklärung: „Ich habe darauf zu achten, daß meine Frau einen unangefochtenen Ruf genießt, aus einer ehrbaren Familie stammt . . .". Der Befehl, ein derartiges Formblatt zu unterschreiben, ist deshalb nicht bedenkenfrei, weil einmal bei dem betroffenen Soldaten der Eindruck entstehen könnte, seine Heiratsab-

sicht müsse von seinen Vorgesetzten geprüft und gebilligt werden und zum anderen ein derartiger Befehl in die verfassungsrechtlich geschützte Privatsphäre des Soldaten und der Familie seiner Braut eingreift. Auf meine Gegenvorstellungen hin hat der Bundesminister der Verteidigung zwischenzeitlich angeordnet, daß eine derartige schriftliche Erklärung nicht mehr gefordert werden darf. Vielmehr seien die Soldaten — entsprechend dem Heiratserlaß im VMBl. 1958 Seite 95 f. — vor einer beabsichtigten Eheschließung in diesem Sinne mündlich zu belehren. Gegen eine derartige Verfahrensweise habe ich keine Bedenken.

2.3 Die Grundrechte auf Freiheit der Person und auf körperliche Unversehrtheit

Das Grundgesetz gewährleistet die Freiheit der Person, in die nur mit richterlicher Anordnung eingegriffen werden kann (Artikel 2 Abs. 2 Grundgesetz in Verbindung mit Artikel 104 Abs. 1 Grundgesetz). Diese Rechtsgarantien gelten auch im militärischen Bereich, wo sie ihre Wirkung beispielsweise bei der Einweisung von Soldaten in die geschlossene Abteilung eines Bundeswehr-Krankenhauses entfalten. Im Zusammenhang mit einer Eingabe habe ich die Auffassung vertreten, daß eine solche Einweisung zur stationären Beobachtung auf der Rechtsgrundlage der § 44 Abs. 3, § 55 Abs. 2 Soldatengesetz oder § 29 Abs. 2 Wehrpflichtgesetz nicht angeordnet und eine solche Anordnung mit Hilfe des militärischen Gehorsamsanspruches nicht durchgesetzt werden kann. Auch in diesen Fällen ist nach meiner Ansicht eine richterliche Anordnung aufgrund der einschlägigen gesetzlichen Bestimmungen notwendig, sofern sich der Soldat nicht freiwillig der stationären Behandlung unterwirft. Die Stellungnahme des Bundesministers der Verteidigung, dem ich meine Rechtsauffassung übermittelt habe, steht noch aus.

Mehrere Eingaben im Berichtsjahr waren für mich Veranlassung zu dem Hinweis, daß das Grundrecht auf körperliche Unversehrtheit für die Soldaten kein Freibrief ist, den körperlichen Anstrengungen des militärischen Dienstes, insbesondere den geforderten sportlichen Leistungen auszuweichen. Der Auftrag der Bundeswehr erfordert auch eine körperliche Schulung der Soldaten, die durch geeignete Maßnahmen — vor allem auf sportlichem Gebiet — zu fördern ist. Deshalb habe ich es als richtig angesehen, daß ein korpulenter Gefreiter, dem die Disziplin des 5000-m-Laufes Schwierigkeiten machte, nach Dienst auf Anordnung seines Kompaniechefs für den Lauf zu trainieren hatte.

Ein anderer Aspekt des Grundrechts auf körperliche Unversehrtheit ist das Recht des Soldaten, die Sanitätseinrichtungen der Streitkräfte zur Behandlung aufzusuchen. Andererseits wird mir berichtet, daß dieses Recht auch dazu genutzt wird, sich unangenehmen militärischen Diensten durch Krankmeldungen zu entziehen. Hier stehen die Vorgesetzten, die für den Ausbildungsstand und die Einsatzbereitschaft ihrer Einheiten Verantwortung tragen, häufig vor nicht leichten Fragen der Abwägung. Anläßlich entsprechender Eingaben habe ich darauf hingewiesen, daß bei der Prüfung des von einem Soldaten geäußerten Wunsches, den Arzt aufzusuchen, zunächst zugunsten des Soldaten zu entscheiden ist, es sei denn, daß offenkundig sachfremde Motive den Gang zum Truppenarzt bestimmen.

Eine Nachholung des durch den Besuch beim Truppenarzt versäumten Dienstes außerhalb der festgesetzten Dienstzeit habe ich nur in Ausnahmefällen für zulässig gehalten, etwa wenn durch den Arztbesuch wichtige Ausbildungsstunden versäumt werden oder durch häufige Krankmeldungen der Ausbildungsstand und damit die Einsatzbereitschaft der betreffenden Einheiten gefährdet werden. Jedoch dürfen derartige Maßnahmen bei Soldaten, die tatsächlich krank sind, nicht das Gefühl hervorrufen, sie würden für den Besuch beim Truppenarzt dienstlich unangemessen benachteiligt.

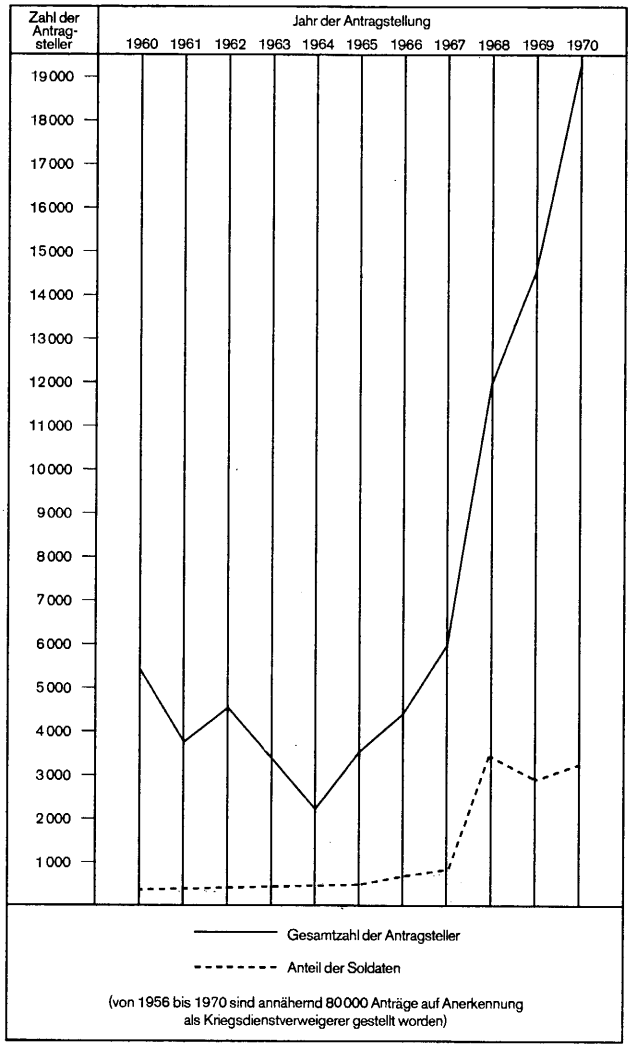
2.4 Das Grundrecht der Kriegsdienstverweigerung

Auch im Berichtsjahr vermerkt die Statistik eine weitere Zunahme von Anträgen auf Anerkennung als Kriegsdienstverweigerer aus Gewissensgründen. Die Entwicklung der Antragszahlen hat die zu Anfang des Jahres verschiedentlich prognostizierte Annahme bestätigt, daß 1970 eine Zahl von etwa 19 000 Antragstellern erreicht werden wird. Auffällig ist eine ungleichmäßige Verteilung der Anträge auf die einzelnen Quartale des Berichtsjahres: den 7076 Anträgen des ersten Quartals folgen 4376 im zweiten und 3131 Anträge im dritten Quartal; im vierten Quartal 1970 waren 4780 Anträge zu verzeichnen. Die quartalsmäßigen Schwankungen sind nach meinem Eindruck auf eine verstärkte Antragstellung seitens der Abiturienten zurückzuführen, die üblicherweise in den ersten Monaten eines jeden Jahres gemustert werden. Meine Annahme wird dadurch bestätigt, daß die Abiturienten unter der Gesamtzahl der Kriegsdienstverweigerer stark überrepräsentiert sind.

Insgesamt weist die Statistik der Kriegsdienstverweigerer eine Zunahme von 14 374 Anträgen im Jahre 1969 auf 19 363 im Jahre 1970 aus. In der Bundeswehr stieg die Zahl der Antragsteller von 2507 im Vorjahr auf 3184 im Berichtsjahr. Hieraus ergibt sich, daß die Antragszahl ingesamt von 1969 auf 1970 um ein knappes Drittel, in den Streitkräften im gleichen Zeitraum etwa um ein Viertel gestiegen ist. Die Entwicklung der Kriegsdienstverweigerung im Berichtsjahr verdeutlicht umstehende Graphik.

Die Kriegsdienstverweigerung ist nicht nur verfassungsrechtlich verbürgtes Recht, sondern sie findet darüber hinaus ihren organisatorischen Niederschlag in Gruppen, Vereinigungen und Verbänden, deren Methoden, Zielsetzungen und Selbstdarstellungen von einer kritischen Würdigung nicht ausgenommen sind. Zur Vermeidung von Mißverständnissen ist deshalb in der Diskussion zwischen dem

Entwicklung der Antragszahlen auf Anerkennung als Kriegsdienstverweigerer



Gehalt der grundgesetzlich verbürgten Rechtsposition (der Institution) einerseits und den Methoden der organisierten Grundrechtsausübung (der Organisation) andererseits scharf zu unterscheiden. Nach meinen Beobachtungen neigen organisierte Kriegsdienstverweigerer nicht selten dazu, sich auf die verfassungsrechtliche Legitimation der Kriegsdienstverweigerung zu berufen, um damit die Verfahrensweisen und Methoden ihrer Organisation einer kritischen Durchleuchtung zu entziehen.

Auch im Berichtsjahr hat sich nach meinen Erfahrungen das Verhältnis von Bundeswehr und Kriegsdienstverweigerung nicht entspannt. Dies liegt vor allem daran, daß auf Seiten der Kriegsdienstverweigerer keine größere Dialogbereitschaft vorhanden ist. Nach wie vor lehnen diese in ihrer Mehrheit die Auffassung ab, daß die Dienste mit und ohne Waffen als gleichwertige Beiträge zur Erhaltung des Friedens zu begreifen sind. Soweit ich feststellen kann, ist diese Bereitschaft in der Bundeswehr durchweg stärker ausgeprägt. Die nicht zu verkennende Politisierung weiter Teile der organisierten Kriegsdienstverweigerung hat deren Blick für die moralische Gleichwertigkeit der Friedensdienste bisher weitgehend verstellt.

Im Berichtsjahr hatte das Bundesverfassungsgericht Gelegenheit, anläßlich der Entscheidung über Verfassungsbeschwerden, mit denen Disziplinarstrafen der Bundeswehr unter grundrechtlichen Gesichtspunkten zur Überprüfung gestellt wurden, auch zu Fragen des Rechts der Kriegsdienstverweigerung Stellung zu nehmen. Die von der höchstrichterlichen Rechtsprechung, dem Bundesminister der Verteidigung und mir seit langem vertetene Rechtsauffassung, der Antrag eines Soldaten auf Anerkennung als Kriegsdienstverweigerer aus Gewissensgründen berühre bis zur rechtskräftigen Feststellung nicht seine Pflichten und Rechte als Soldat, hat nunmehr ihre verfassungsgerichtliche Bestätigung erfahren. Das Bundesverfassungsgericht sieht in einem Beschluß vom 26. Mai 1970, 1 BvR 83/69 (BVerfGE Band 28 Seite 243 f.), den zentralen Zweck des Artikels 4 Abs. 3 Grundgesetz darin, die Gewissensposition gegen den Kriegsdienst mit der Waffe zu schützen und den Kriegsdienstverweigerer vor dem Zwang zum Töten zu bewahren. Da dieser Zwang im Frieden grundsätzlich nicht unmittelbar an den Soldaten herantritt, hält es das Bundesverfassungsgericht für zumutbar, den bisher geleisteten Dienst als Soldat für eine kurze Übergangszeit noch fortzusetzen. Die Zumutbarkeit, den Dienst noch bis zur rechtskräftigen Anerkennung als Kriegsdienstverweigerer abzuleisten, leitet das Bundesverfassungsgericht auch aus dem Toleranzprinzip ab. Die Befreiung von der allgemeinen Wehrpflicht ist Ausdruck dieses Prinzips, dem das Verhalten des Berechtigten dann entsprechen müsse, wenn es sich nicht um den Kernbereich seiner Freiheit, sondern um lediglich formale Randpositionen handele. Durch die Ableistung des Wehrdienstes bis zur rechtskräftigen Anerkennung als Kriegsdienstverweigerer wird der Antragsteller nicht gezwungen, entgegen seiner Gewissensüberzeugung in einer Kriegshandlung töten zu müssen. Für das Bundesverfassungsgericht ist deshalb durch die weiterbestehende Pflichtenbindung der Soldaten der Kernbereich aus Artikel 4 Abs. 3 Grundgesetz nicht berührt.

Dem Soldaten darf dadurch aber im Anerkennungsverfahren kein Nachteil erwachsen, daß er in Ausführung gegebener Befehle Dienst mit der Waffe leistet. Es darf ihm nicht entgegen gehalten werden, er könne kein echter Kriegsdienstverweigerer sein, da er ja Waffendienst geleistet habe und noch leiste. Die Ausübung des Dienstes mit der Waffe bis zur Anerkennung als Kriegsdienstverweigerer — jedenfalls in Friedenszeiten — besagt nichts darüber, ob der betreffende Soldat in seinem Gewissen belastet ist, denn den Dienst mit der Waffe muß er, wie das Bundesverfassungsgericht festgestellt hat, aufgrund gesetzlich begründeter Pflichten leisten.

Voraussetzung für das Verbleiben im Dienst bis zur rechtskräftigen Anerkennung ist, wie das Bundesverfassungsgericht ausführt, die größtmögliche Beschleunigung der Anerkennungsverfahren. Durch Eingaben von Antragstellern und Gesprächen mit Vorsitzenden von Prüfungsausschüssen und Prüfungskammern habe ich erfahren, daß einzelne Prüfungsgremien bei Häufung von Anträgen oder aus anderen Gründen in so starkem Maße überlastet sind, daß ihre Entscheidungen erst Monate nach Einreichung der Anträge gefällt werden können, obwohl der Bundesminister der Verteidigung angeordnet hat, daß Anträge von Soldaten vorrangig zu behandeln sind. Da Soldaten, die einen Antrag auf Anerkennung als Kriegsdienstverweigerer gestellt haben, potentielle Unruheherde in der Truppe darstellen und möglicherweise dazu neigen, auch aus unbegründeten Anlässen in viel stärkerem Maße von ihren gesetzlichen Beschwerdemöglichkeiten Gebrauch zu machen, halte ich es in beiderseitigem Interesse für notwendig, ihre Verfahren mit besonderer Beschleunigung zum rechtskräftigen Abschluß zu führen.

In einer weiteren Entscheidung vom 26. Mai 1970, 1 BvR 668/68 (BVerfGE Band 28 Seite 264 ff.), hat das Bundesverfassungsgericht die mehrfache disziplinare Bestrafung von Soldaten, die unter Berufung auf ihren Antrag gemäß Artikel 4 Abs. 3 Grundgesetz ihre Dienstpflichten wiederholt verletzt haben, für verfassungsrechtlich zulässig erklärt, da ein Verstoß gegen den — ungeschriebenen — Verfassungsgrundsatz der Verhältnismäßigkeit nicht vorliegt. Das Bundesverfassungsgericht sieht in der Wiederherstellung des ordnungsgemäßen Dienstablaufes durch Erziehung des Betroffenen und in der Aufrechterhaltung der Disziplin die entscheidenden Ahndungsgesichtspunkte im Disziplinarrecht. Von dieser Position aus hält das Bundesverfassungsgericht die mehrfache Ahndung bei wiederholter Verweigerung von Befehlen für gerechtfertigt, wenn die erste Ahndung ihren Hauptzweck, den Täter zu erziehen, nicht erreicht hat. Entscheidend für das Gericht ist auch in diesem Fall die Funktionsfähigkeit der Bundeswehr, die eine vorläufige weitere Dienstleistung auch jener Soldaten erfordert, die einen Antrag auf Anerkennung als Kriegsdienstverweigerer gestellt haben.

Mit dieser Entscheidung hat das Bundesverfassungsgericht die infolge der unrechtmäßigen wiederholten Dienstverweigerungen der Antragsteller aufgetretenen rechtlichen Unklarheiten beseitigt und den Kommandeuren und Einheitsführern die notwendigen Grundlagen und Maßstäbe für die disziplinare Ahndung von Dienstvergehen an die Hand gegeben.

Im Berichtsjahr tauchte mehrfach das Problem auf, ob Soldaten, die einen Antrag auf Anerkennung als Kriegsdienstverweigerer gestellt haben, eine erteilte VS-Ermächtigung entzogen werden kann. In Übereinstimmung mit dem Bundesminister der Verteidigung bin ich der Auffassung, daß ein solcher Entzug zulässig ist, da Erteilung und Belassung einer VS-Ermächtigung allein dem pflichtgemäßen Ermessen des Vorgesetzten anheimgestellt sind. Im Gegensatz zu der von Gesetzes wegen ausgestalteten Rechtsstellung eines Vertrauensmannes oder eines militärischen Beisitzers bei den Wehrdienstgerichten gewährt die Erteilung einer VS-Ermächtigung keine auf gesetzlicher Grundlage beruhende Rechtsposition, die Ermessensentscheidungen auf diesem Gebiet begrenzen könnten. Um jegliches Sicherheitsrisiko im Interesse der Streitkräfte und des Soldaten auszuschließen, ist es deshalb nicht ermessenswidrig, wenn der Dienstherr auf eine Inanspruchnahme des Grundrechts aus Artikel 4 Abs. 3 Grundgesetz mit dem Entzug einer erteilten VS-Ermächtigung reagiert.

Im Berichtsjahr hat die Bundesregierung den Entwurf eines Gesetzes über den zivilen Ersatzdienst vorgelegt (Drucksache VI/1840), der diesem Dienst ein neues Selbstverständnis, neue Aufgaben und zeitgemäße Struktur- und Organisationsformen geben soll. Welche möglichen Auswirkungen die neue Konzeption der Bundesregierung auf das innere Gefüge der Streitkräfte haben wird, bleibt vorerst abzuwarten.

2.5 Die Grundrechte auf freie Meinungsäußerung und Information

Die konstitutive Bedeutung der Grundrechte auf freie Meinungsäußerung und ungehinderte Information für die Gesellschaft eines freiheitlichen Rechtsstaates ergibt sich aus dem Menschenbild des Grundgesetzes. Diese Grundrechte zählen als unmittelbarer Ausdruck der menschlichen Persönlichkeit in der Gesellschaft zu den vornehmsten Menschenrechten überhaupt. Sie sind unverzichtbare Bedingungen und Lebenselemente einer freiheitlichen Ordnung.

Diese Erkenntnisse und Postulate gelten auch für die Bundeswehr, in der die ganze Breite der gesellschaftlichen Auseinandersetzung — auch nach Auffassung des Bundesministers der Verteidigung — diskutiert werden kann, ohne daß dadurch das Prinzip von Befehl und Gehorsam grundsätzlich in Frage gestellt wird.

Auf der Grundlage der „Schranke" in Artikel 5 Abs. 2 Grundgesetz sind durch die Dienstpflichten des Soldatengesetzes der Ausübung der Grundrechte auf freie Meinungsäußerung und Information Grenzen gesetzt. Diese Einschränkungen der Freiheit von Wort und Antwort verursachen einen latenten Konflikt, der in den letzten Jahren durch die allgemein zu beobachtende zunehmende Politisierung der Gesellschaft offen zutage getreten ist. Die im Berichtsjahr auch in der Bundeswehr zu verzeichnende verstärkte politische Diskussion, insbesondere über Fragen des Staatsverständnisses, der verteidigungswerten Güter, des Verteidigungsauftrages der Bundeswehr und der Verteidigungsbereitschaft der Gesellschaft, hat auch die Vorgesetzten häufig vor schwierige Fragen gestellt, die in zahlreichen Eingaben an mich ihren Niederschlag fanden. Hierbei ging es vor allem um das Problem, wo im Einzelfall die Grenzlinie von der zulässigen freien Meinungsäußerung zur Verletzung der soldatischen Dienstpflichten überschritten wird. Der Wesenskern des Artikels 5 Abs. 1 Grundgesetz erschwert die Fixierung einer scharfen Trennungslinie zwischen noch verfassungskonformer und schon dienstpflichtwidriger Grundrechtsausübung. Dieser Übergang wird statt dessen durch eine „graue Zone der verbalen Manövrierfähigkeit" gekennzeichnet. In diesem Bereich, der einerseits nicht mehr ganz durch Artikel 5 Abs. 1 Grundgesetz abgedeckt ist, andererseits aber auch noch nicht in vollem Umfang als Dienstvergehen gewürdigt werden kann, sind gegensätzliche Stellungnahmen und Entscheidungen nicht auszuschließen.

Das Bundesverfassungsgericht hat im Berichtsjahr in zwei wesentlichen Entscheidungen zu Fragen des Grundrechtsschutzes aus Artikel 5 Grundgesetz Stellung genommen. Eine Grenze für die freie Meinungsäußerung in den Streitkräften sieht das Gericht — ausgehend vom Prinzip der „streitbaren Demokratie" — darin, daß die freiheitliche demokratische Grundordnung bei politischen Diskussionen innerhalb der Truppe und während des Dienstes von militärischen Vorgesetzten nicht in Frage gestellt, geschweige denn bekämpft werden darf. Die in § 10 Abs. 6 Soldatengesetz begründete Dienstpflicht zur Zurückhaltung ist nach der Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts vom 18. Februar 1970, 2 BvR 531/68 (BVerfGE Band 28 Seite 36 ff.), jedenfalls dann verletzt, wenn Offiziere und Unteroffiziere bei politischen Diskussionen während des Dienstes diese freiheitliche Ordnung in Frage stellen.

In einer weiteren Entscheidung vom 18. Februar 1970, 2 BvR 746/68 (BVerfGE Band 28 Seite 55 ff.), hat das Bundesverfassungsgericht der Verfassungsbeschwerde eines Unteroffiziers stattgegeben, der mit einer Arreststrafe disziplinar bestraft worden war, weil er in einem Leserbrief zu der gleichfalls zuvor veröffentlichten Vereidigungsrede seines Bataillonskommandeurs kritisch Stellung genommen hatte. Das Bundesverfassungsgericht hat mit diesem Beschluß auch den Soldaten zugebilligt, an der öffentlichen Meinungsbildung teilzunehmen, und zwar auch über Fragen ihres Dienstbetriebes, sofern sie einer weiteren Öffentlichkeit bekannt geworden sind. Das Gericht erblickt in der Tatsache, daß der Beschwerdeführer zu der öffentlich verbreiteten Meinung seines Vorgesetzten in einem Leserbrief gleichfalls öffentlich Stellung nahm, keine Verletzung der dem Vorgesetzten geschuldeten Achtung.

Da nach Ansicht des Bundesverfassungsgerichts der besondere Wertgehalt des Grundrechts aus Artikel 5 Abs. 1 Grundgesetz in jedem Fall gewahrt bleiben muß, treten bei Auseinandersetzungen innerhalb der Presse militärische Rangunterschiede zurück.

Auch diese beiden Beschlüsse des Bundesverfassungsgerichts geben den Kommandeuren und Einheitsführern wertvolle Hinweise für die Ausübung, aber auch für die Grenzen des Grundrechts der freien Meinungsäußerung in den Streitkräften.

Im Berichtsjahr haben sich junge wehrpflichtige Soldaten mit ihrer Schrift „Soldat 70 — Wehrpflichtige melden sich zu Wort" in die Diskussion über Auftrag und Selbstverständnis der Bundeswehr und ihre innere Ordnung eingeschaltet.

Neben einigen diskussionwürdigen Anregungen und Verbesserungsvorschlägen stellt diese Schrift in der Gesamtheit ihrer Aussagen die freiheitliche demokratische Grundordnung unseres Staates, ihre Verteidigungswürdigkeit, die Grundlagen des Verteidigungsauftrages und den Defensivcharakter der Streitkräfte sowie die rechtsstaatliche Orientierung ihres inneren Gefüges in Frage. Hierdurch haben die Soldaten, wie Vorgesetzte, der Bundesminister der Verteidigung und auch Truppendienstgerichte in Einzelfällen festgestellt haben, ihre Dienstpflichten verletzt, da sie das Grundrecht der freien Meinungsäußerung dazu mißbraucht haben, durch falsche Behauptungen die Bundeswehr in der Öffentlichkeit herabzusetzen und Unruhe in die Truppe hineinzutragen. Die im einzelnen vorgenommenen Würdigungen und personellen Maßnahmen erfolgten aufgrund eines ausdrücklichen Befehls des Bundesministers der Verteidigung. Die betreffenden Soldaten wurden teils belehrt, teils disziplinar bestraft oder versetzt bzw. entlassen; gerichtliche Verfahren sind noch anhängig.

Nach meinen Beobachtungen haben sich bei der Behandlung der Schrift „Soldat 70" und ihrer Verfasser, die offensichtlich von außen gesteuert waren, in der Truppe Verhaltensunsicherheiten gezeigt. Die Truppe war nicht darauf vorbereitet, diesen Angriffen auf ihre Grundlagen entschlossen und wirksam entgegenzutreten. Die Soldaten haben eine rechtzeitige, umfassende und gezielte Gegendarstellung des Bundesministers der Verteidigung, die auch die Hintergründe dieser Aktion ausleuchtet, vermißt. Mit dem Verbot, diese Schrift in den Streitkräften zu diskutieren, und dem Befehl, das Verhalten ihrer Verfasser disziplinar zu würdigen, war es angesichts des Interesses, das die Schrift sowohl in der Truppe als auch in bestimmten Kreisen der Öffentlichkeit gefunden hatte, nach meinem Dafürhalten allein nicht getan.

Derartige Aktionen können sich jederzeit wiederholen. Die Truppe sollte hierauf durch umfassende Informationen und klare Befehle vorbereitet werden. Ich bin der Ansicht, daß Aussprachen in der Truppe zu solchen Fragen nützlich sein können. Als Beispiel verweise ich auf das Vorgehen eines Bataillonskommandeurs, der in einer Maßnahme aktiver Gegenwehr die Soldaten seines Verbandes über die Aussagen der Schrift „Soldat 70" diskutieren ließ und dabei durchaus positive Ergebnisse erzielte. Hierbei verkenne ich nicht, daß Schriften mit verfassungswidrigen Zielsetzungen nicht zum Gegenstand offizieller Diskussionen in der Bundeswehr gemacht werden können. Andererseits hat sich gezeigt, daß man solchen Vorkommnissen mit einem bloßen Diskussionsverbot nicht begegnen kann.

Bestimmte Maßnahmen der Truppe gegen Autoren und Sympathisanten gaben mir Anlaß zu rechtlichen Bedenken. So wurde mir in einem Fall bekannt, daß einem Mitverfasser von seinem Einheitsführer durch Befehl verboten worden war, an einer außerhalb der Kaserne stattfindenden Diskussionsveranstaltung über die Schrift „Soldat 70" teilzunehmen. Mit seiner Wehrbeschwerde gegen diesen Befehl hatte der Soldat keinen Erfolg. Ich halte diesen Befehl für grundrechtswidrig, weil er dem Soldaten die Möglichkeit nimmt, von seinem Recht auf freie Meinungsäußerung Gebrauch zu machen. Die durch Artikel 5 Abs. 1 Grundgesetz verbürgte Freiheit der Rede umfaßt auch den Anspruch, zur Teilhaberschaft an der öffentlichen Meinungsbildung zugelassen zu werden. Das Risiko, in der öffentlichen Diskussion durch ausdrückliche Unterstützung verfassungswidriger Zielsetzungen eine Dienstpflichtverletzung zu begehen, muß der Soldat selbst tragen. Zwar konnte der Einheitsführer Verdachtsmomente, der Soldat würde die Zielvorstellungen der Schrift „Soldat 70" unterstützen, nicht ausschließen. Diese reichen indes nicht aus, dem Soldaten den Besuch der Diskussionsveranstaltung von vornherein zu verbieten.

Die Verbreitung derartiger Schriften oder anderen zersetzenden Materials in der Truppe zu unterbinden, wie es vom Bundesminister der Verteidigung der Truppe fernschriftlich im Zusammenhang mit der Schrift „Soldat 70" aufgetragen war, ist für die Vorgesetzten sehr schwierig. Vielfach erfahren sie zu spät, um welches Material es sich handelt und in welchem Umfang es Soldaten zugesandt oder an sie verteilt worden ist.

Für Durchsuchungs- und Beschlagnahmemaßnahmen durch militärische Vorgesetzte besteht nach meiner Auffassung keine hinreichende gesetzliche Grundlage. Darauf hat schon der Jahresbericht 1969 im Zusammenhang mit der Beschlagnahme von Postsendungen an Soldaten hingewiesen. Durchsuchungen und Beschlagnahmen sind bei strafbaren Handlungen grundsätzlich nur auf richterliche Anordnung möglich; lediglich bei Gefahr im Verzuge können diese Maßnahmen auch durch die Staatsanwaltschaft oder durch deren Hilfsbeamte (Polizei) durchgeführt werden (§ 98 Abs. 1 und § 105 Abs. 1 Strafprozeßordnung). In Disziplinarangelegenheiten können nach § 67 Wehrdisziplinarordnung Beschlagnahmen und Durchsuchungen selbst bei Gefahr im Verzuge nur auf richterliche Anordnung durchgeführt werden. Aufgrund dieser gesetzlichen Regelung, die fundamentalen Grundsätzen des Rechtsstaates entspricht, kann es nicht als rechtlich zulässig erachtet werden, daß vielfach Vorgesetzte diese Vorschriften dadurch zu umgehen versuchen, daß sie entsprechende Befehle, die letztlich ihrem Charakter nach

Beschlagnahmen beinhalten, an Soldaten erteilen und durchsetzen.

Die Schwierigkeiten, das Grundrecht der freien Meinungsäußerung im militärischen Bereich verfassungskonform einzugrenzen, wurden im Berichtsjahr an folgenden vier Fällen deutlich:

In drei Vorgängen hatten Soldaten Porträts von Che Guevara, Lenin und Mao Tse-tung an der Stubenwand bzw. im Spind angebracht. In einem vierten Fall befestigte ein Soldat an seinem Arbeitsplatz einen postkartengroßen Zettel mit der Notiz „Hasta la victoria siempre! Ernesto Che Guevara † 9. Oktober 1967" (in deutscher Übersetzung: „Immer bis zum Sieg"). In allen Fällen war den Soldaten der Befehl erteilt worden, diese Bilder und Inschriften abzunehmen. Ziel der an mich gerichteten Eingaben war die Überprüfung der Befehle auf ihre Rechtmäßigkeit und Verbindlichkeit.

Mit den hierbei auftretenden schwierigen Rechtsfragen auf der Grenze zwischen freier Meinungsäußerung und Dienstvergehen ist der Wehrbeauftragte seit Jahren befaßt. Der Jahresbericht 1965 hatte die Anbringung eines Plakates der „Kampagne für Frieden und Abrüstung" an der Innenseite einer Spindtür für noch verfassungskonform bezeichnet. Diese Rechtsauffassung teilten weder der Bundesminister der Verteidigung noch der Verteidigungsausschuß (Drucksache V/1641). Die Befestigung einer postkartengroßen Fahne der Sowjetunion an der Innenseite der Spindtür hielt der Jahresbericht 1968 hingegen für einen Verstoß gegen die Gemeinsamkeit des Dienstes und die kameradschaftliche Verbundenheit der Soldaten, wie sie in § 15 Abs. 2 Soldatengesetz als zu schützendes Rechtsgut ihren Niederschlag gefunden haben. Er rechnete diese Fahne antidemokratischen Symbolen zu, deren Entfernung dienstlichen Zwecken entsprach. Diese Auffassung hat die Zustimmung des Bundesministers der Verteidigung und des Bundestages gefunden.

Nach der oben erwähnten Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts findet die Ausübung des Grundrechts, seine Meinung in Wort, Schrift und Bild frei zu äußern, für den Soldaten ihre Grenze in der freiheitlichen demokratischen Grundordnung. Nach der ständigen Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts (BVerfGE Band 2, Seite 1) handelt es sich hierbei um

> „eine Ordnung, die unter Ausschluß jeglicher Gewalt und Willkürherrschaft eine rechtsstaatliche Herrschaftsordnung auf der Grundlage der Selbstbestimmung des Volkes nach dem Willen der jeweiligen Mehrheit und der Freiheit und Gleichheit darstellt. Zu den grundliegenden Prinzipien dieser Ordnung sind mindestens zu rechnen: die Achtung vor den im Grundgesetz konkretisierten Menschenrechten, vor allem vor dem Recht der Persönlichkeit auf Leben und freie Entfaltung, Volkssouveränität, die Gewaltenteilung, die Verantwortlichkeit der Regierung, die Gesetzmäßigkeit der Verwaltung, die Unabhängigkeit der Gerichte, das Mehrparteienprinzip und die Chancengleichheit für alle politischen Parteien mit dem Recht auf verfassungsmäßige Bildung und Ausübung einer Opposition."

Diese Dienstpflicht des § 8 Soldatengesetz verlangt vom Soldaten, diese Grundordnung anzuerkennen und durch sein gesamtes Verhalten für ihre Erhaltung einzutreten.

Zu prüfen ist, ob bereits in der Anbringung von Emblemen der kommunistischen Ideologie ein pflichtwidriges Bekenntnis zu antidemokratischen Bestrebungen und verfassungswidrigen Zielvorstellungen liegt oder ob der im Einzelfall nachzuweisende Wille hinzukommen muß, sich in diesem Sinne auch zu betätigen.

Dem Gedanken der Rechtssicherheit, insbesondere einer sicheren Handhabung der Befehlsgewalt, entspräche das Abheben auf objektive Kriterien; schon die Anbringung derartiger Embleme könnte wegen der Gefährdung der Gemeinsamkeit des Dienstes und der kameradschaftlichen Verbundenheit unter den Gesichtspunkten eines Pflichtenverstoßes gewürdigt werden. Ob indes die subjektiven Voraussetzungen in jedem Fall bereits hierdurch erfüllt sind, erscheint zumindest dann fraglich, wenn es dem betreffenden Soldaten erkennbar nicht um ein Bekenntnis zu revolutionären Bestrebungen und zur Beseitigung der freiheitlichen demokratischen Grundordnung geht, sondern vorzugsweise darum, das Verhalten der Vorgesetzten zu beobachten und ihre Reaktion zu testen. Hierzu eignete sich der Sinnspruch von Che Guevara zweifellos besonders gut. Er verkörpert eher eine allgemeine Lebensregel als eine prononcierte politische Äußerung. Politisch-rechtliche Relevanz gewinnt die Aussage erst durch die Verkoppelung mit ihrem Urheber; in Verbindung mit einem anderen Verfasser hätten die Vorgesetzten wohl kaum Anstoß genommen. Den Historikern dürfte es nicht schwerfallen, eine Vielzahl von Aussagen mit ähnlichen Sinngehalten in der Geschichte nachzuweisen.

Aus den vorstehenden Erwägungen neige ich dazu, in der bloßen Anbringung antidemokratischer Embleme noch kein Dienstvergehen zu erblicken. Eine Verletzung der gesetzlichen Dienstpflicht zum Eintreten für die demokratische Grundordnung setzt nach meinem Dafürhalten auch die Absicht voraus, verfassungswidrige Zielvorstellungen zu bejahen und sich in ihrem Sinne zu betätigen. Hierbei bin ich mir bewußt, daß in dieser schwierigen Frage auch eine andere Rechtsansicht Platz greifen kann. Kommandeuren und Einheitsführern, die ihren Entscheidungen in ähnlichen Fällen stärker objektive Kriterien zugrunde gelegt haben, kann deshalb nicht der Vorwurf einer rechtswidrigen Befehlsausübung gemacht werden. In Anbetracht der Rechtsunsicherheit auf diesem Gebiet wäre jedoch zu wünschen, daß das Bundesverfassungsgericht Gelegenheit bekäme, sich zu diesen Grenzfällen der Grundrechtsausübung aus Artikel 5 Abs. 1 Grundgesetz im Bereich der Streitkräfte zu äußern.

Unabhängig davon halte ich es für sinnvoll und hilfreich, daß die Vorgesetzten mit ihren Soldaten aus gegebenem Anlaß diese Frage besprechen und einer Diskussion nicht auszuweichen suchen. Das

bessere Argument dürfte gerade bei dieser Problematik die größere Langzeitwirkung erzielen als der bloße Befehl.

2.6 Politische Betätigung in den Streitkräften

Die Entscheidung des Grundgesetzes für den Soldaten als Staatsbürger im Waffendienst beinhaltet auch die Zuerkennung des aktiven und passiven Wahlrechts. Diese Rechte garantieren ihm Teilhabe an der politischen Willensbildung und ermöglichen ihm die Mitgestaltung der politischen Entscheidungsprozesse. In ihrer Wahlbeteiligung und in ihrem Wahlverhalten gegenüber extremen politischen Richtungen unterscheiden sich die Soldaten nicht von anderen Großgruppen der Gesellschaft. Gelegentlich anderslautende Behauptungen über politisch abweichendes Verhalten in den Streitkräften blieben bisher unbewiesen.

Die Schwierigkeiten, die durch die Eigenart des soldatischen Dienstes der Ausübung des aktiven Wahlrechts entgegenstehen, sind durch die Einführung der Briefwahl weithin beseitigt. In diesem Zusammenhang kann ich mit Freude darauf hinweisen, daß nunmehr auch Hessen als letztes Bundesland die Möglichkeit einer schriftlichen Stimmabgabe von Gesetzes wegen eingeräumt hat.

Politische Mitverantwortung wird auch von Soldaten getragen. In Kommunal- und Länderparlamenten haben 364 Soldaten politische Mandate inne; im Bundestag sitzen 6 Soldaten als Abgeordnete. Näheren Aufschluß über die politischen Mandate, die von Soldaten ausgeübt werden, gibt folgende Übersicht:

Soldaten in den Parlamenten von Bund und Ländern und in den kommunalen Vertretungskörperschaften

Gewählt in	Teilstreitkraft								Gesamt
	Heer		Luftwaffe		Marine		Zusammen		
	Offiziere	Unteroffiziere	Offiziere	Unteroffiziere	Offiziere	Unteroffiziere	Offiziere	Unteroffiziere	
Bundestag	3	1	2	—	—	—	5	1	6
Landtag	1	—	—	—	—	—	1	—	1
Kreistag	15 (8)	13 (8)	2	5 (1)	1 (1)	2 (1)	18 (9)	20 (10)	38 (19)
Gemeindevertretung	66 (8)	154 (8)	19	61 (1)	21 (1)	23 (1)	106 (9)	238 (10)	344 (19)
insgesamt	77	160	23	65	21	24	121	249	370

Die in ( ) angegebenen Zahlen betreffen Soldaten, die sowohl in einen Kreistag als auch in eine Gemeindevertretung gewählt worden sind.

Der Erlaß des Bundesministers der Verteidigung „Politische Betätigung von Soldaten, insbesondere bei Bundestags-, Landtags- und Kommunalwahlen" vom 3. Dezember 1970 hat die in diesem Zusammenhang auftretenden Fragen durchaus sachgerecht gelöst. Da sich früher in der Praxis gelegentlich Schwierigkeiten bei Soldaten ergeben hatten, die in kommunalen Vertretungskörperschaften Mandate innehatten oder hierfür kandidierten, hat der Bundesminister der Verteidigung in dem vorerwähnten Erlaß auch die Fragen der Dienstbefreiung zur Wahlvorbereitung und der Beurlaubung als Mandatsträger für kommunalpolitisch tätige Soldaten neu geregelt. Die Frage der Versetzung von Soldaten, die bei einer Wahl kandidieren oder bereits Mandatsträger sind, hatte der Bundesminister der Verteidigung bereits in einem früheren Erlaß vom 3. September 1970 einer Klärung zugeführt.

Im Berichtsjahr haben mir mehrere Soldaten Eingaben zum aktiven und passiven Wahlrecht übersandt, in denen eine Beschränkung dieser Rechte behauptet wurde. Meine Überprüfungsverfahren haben jedoch ergeben, daß keine schwerwiegenden Beeinträchtigungen des Wahlrechts zu verzeichnen waren. In einem Fall konnte ein Oberfeldwebel, der wenige Tage vor einer Landtagswahl zu einer stationären Untersuchung in ein Bundeswehr-Krankenhaus eingewiesen worden war, sein aktives Wahlrecht deshalb nicht ausüben, weil einerseits eine Reise zum Wahllokal aus medizinischen Gründen nicht vertrebar erschien, andererseits die Zeit zu kurz war, nun noch von der Möglichkeit der Briefwahl Gebrauch zu machen. In einem anderen Fall hatten Soldaten, die am Tage eines Volksbegehrens Bereitschaftsdienst hatten, die ihnen rechtzeitig bekanntgegebene Möglichkeit der schriftlichen Stimm-

abgabe deshalb nicht genutzt, weil sie hofften, durch eine kurzfristige Änderung des Dienstplanes aus Anlaß einer persönlichen Stimmabgabe in den Genuß eines freien Tages zu kommen.

In Presse und Öffentlichkeit erregte die Behauptung Aufsehen, Vorgesetzte hätten versucht, zwei Hauptleute, die bei der Kommunalwahl in Schleswig-Holstein zu kandidieren beabsichtigten, in ihrem passiven Wahlrecht zu beeinträchtigen. Im einzelnen war hierzu behauptet worden, einer der Offiziere sei kurzfristig an einen anderen Standort versetzt worden, um auf diese Weise seine Kandidatur zu verhindern. Beide Offiziere seien mit Hinweisen auf ihr berufliches Fortkommen unter Druck gesetzt worden, von ihrer beabsichtigten Kandidatur Abstand zu nehmen. Außerdem sollte ein höherer Offizier die beiden Hauptleute darauf aufmerksam gemacht haben, daß eine parteipolitische Betätigung mit den Berufsaufgaben eines Offiziers kaum zu vereinbaren sei.

Die Überprüfung hat ergeben, daß die auch in der Presse erhobenen Vorwürfe im wesentlichen unbegründet waren. Die Versetzung des einen Offiziers erfolgte mit seiner Zustimmung. Zudem standen beide Offiziere vor der für ihre weitere berufliche Entwicklung entscheidenden Heeresauswahlprüfung; hierauf waren sie von ihren Vorgesetzten pflichtgemäß aufmerksam gemacht worden. Soweit hierbei nicht mit der gebotenen Korrektheit verfahren wurde, sind die entsprechenden Belehrungen erfolgt. Bei der Überprüfung dieser Anlegenheit konnte ich mich insgesamt betrachtet des Eindrucks nicht erwehren, daß infolge der politischen Brisanz dieses Falles im Kern unberechtigte Vorwürfe von verschiedener Seite unkritisch übernommen worden waren.

Das Interesse an politischen Fragen und gesellschaftlichen Entwicklungen hat in der Bundeswehr im Berichtsjahr allgemein zugenommen. Das legitime Bemühen der politischen Parteien, dieses Interesse aufzufangen und durch Mitgliederwerbung ihre personelle Basis zu verbreitern, findet jedoch für die Streitkräfte seine Grenze an den Dienstpflichten des Soldatengesetzes. Gegen das Verbot, sich zugunsten oder zuungunsten einer bestimmten politischen Richtung zu betätigen (§ 15 Abs. 1 Soldatengesetz), verstoßen die Hinweise einer großen süddeutschen Partei für die Mitgliederwerbung unter den Soldaten. Unter der Überschrift „Wo kann man heute Mitglieder werben?" heißt es hinsichtlich der Bundeswehr: „Unter den Soldaten sind viele, die ernsthaft an Politik interessiert sind. Versuchen Sie in der Ihnen nächstgelegenen Kaserne einen Mann zu finden, der für Sie wirbt." Diese Aufforderung an die Parteimitglieder zur Nachwuchswerbung in den Kasernen der Bundeswehr verstößt gegen die Dienstpflicht des § 15 Abs. 2 Soldatengesetz, wonach der Soldat insbesondere nicht als Werber für eine politische Gruppe wirken darf, indem er Ansprachen hält, Schriften verteilt oder als Vertreter einer politischen Organisation arbeitet. Die verantwortliche Landesleitung wird meinen rechtlichen Bedenken, die ich ihr übermittelt habe, bei einem Nachdruck der Hinweise Rechnung tragen.

Im Berichtsjahr hat der Bundesminister der Verteidigung befohlen, anläßlich des staatsbürgerlichen Unterrichts zum 17. Juni auch einen Überblick über die Deutschlandpolitik der Bundesregierung zu geben. In Eingaben wurde die Rechtsfrage aufgeworfen, ob hierdurch gegen das gesetzliche Verbot verstoßen wurde, sich zugunsten einer bestimmten politischen Richtung zu betätigen und den staatsbürgerlichen Unterricht auf die Darlegung einer einseitigen politischen Meinung auszurichten. Zur Durchführung des Unterrichts hat der Bundesminister der Verteidigung auf Unterrichtsgrundlagen aus den Jahren 1963, 1966 und 1970 (Soldatenheft 1963 „Wir wollen freie Menschen sein", Schriftenreihe Innere Führung „Politische Geschichte unserer Zeit" und entsprechende Materialien in der „Information für die Truppe") hingewiesen sowie auf eine „Aufzeichnung über den gegenwärtigen Stand der Deutschlandpolitik" des Bundesministers für innerdeutsche Beziehungen, die der Truppe in den „Mitteilungen für den Soldaten" am 13. Juni 1970 zugestellt wurde. Da die derzeitige Deutschlandpolitik der Bundesregierung nach Ansicht der Petenten überwiegend den politischen Vorstellungen einer Partei entspreche, empfanden die Einsender deren Darstellung und Interpretation durch militärische Vorgesetzte im Rahmen des befohlenen dienstlichen Unterrichts als Verstoß gegen das Unparteilichkeitsgebot der § 15 Abs. 1 und § 33 Abs. 1 Soldatengesetz.

Ich habe demgegenüber die Auffassung vertreten, daß die vorbezeichneten Dienstpflichten des Soldatengesetzes das Recht der Bundesregierung, ihre Politik auch in den Streitkräften zu verdeutlichen, nicht einschränkt. Politische Sachfragen sind in einem Staatswesen mit parlamentarischer Verfassung zwischen Regierungs- und Oppositionsparteien häufig kontrovers; derartige gegensätzliche Auffassungen sind dem demokratischen Staatswesen eigentümlich. Dieser systemimmanente Sachverhalt kann deshalb nicht als gesetzlicher Hinderungsgrund für eine Informationspolitik der Regierung in den Streitkräften vorgebracht werden.

Nach dem in gleicher Sache ergangenen Fernschreiben des Generalinspekteurs der Bundeswehr blieb es den militärischen Vorgesetzten unbenommen, auch die Auffassung der Oppositionsparteien zur Deutschlandpolitik im befohlenen staatsbürgerlichen Unterricht darzulegen. Allerdings hätte eine vom Bundesminister der Verteidigung herausgegebene Zusammenstellung der Meinung der Opposition oder eine Gegenüberstellung der unterschiedlichen Ansichten von Regierung und Opposition die Arbeit der Kommandeure und Einheitsführer erleichtert.

Das Bundesverwaltungsgericht hat am 22. Dezember 1970 (I WB 115/70) die vorstehenden Überlegungen zur Rechtmäßigkeit des beanstandeten Befehls, die ich den Einsendern mitgeteilt habe, in einem sachgleichen Wehrbeschwerdeverfahren bestätigt.

2.7 Grundrechtsbewußtsein und Staatsverständnis

In zahlreichen Gesprächen mit der jungen Generation habe ich den Eindruck gewonnen, daß gerade

den jungen Menschen die Entwicklung eines tragfähigen Staatsverständnisses außerordentlich schwerfällt. Der Pluralismus in Staat und Gesellschaft erscheint ihnen vor allem als ein kleinlicher Streit um Macht und Einfluß, um Positionen, Prestige und ökonomische Vorteile. Die Funktionsweisen eines pluralistischen Mehrparteienstaates können von den jungen Menschen häufig nur schwer durchschaut werden. In den Auseinandersetzungen um vorrangig wirtschaftliche Interessen kommt dem Staat nach ihrem Verständnis nur die Funktion einer Verteilerapparatur für soziale und finanzielle Leistungen zu. Der Staat und seine Institutionen besitzen in ihren Augen kaum noch Autorität. Sie vermögen häufig nicht einzusehen, warum sie in dem verwirrend anmutenden und für sie häufig unüberschaubaren pluralistischen System die Wehrpflicht als eine allgemeine staatsbürgerliche Pflicht gegenüber einer Gemeinschaft abzuleisten haben, in der doch der ökonomische Individualismus augenscheinlich dominiert. Diese Einstellung führt häufig zu einer Staatsverdrossenheit junger Bürger, die angesichts der gegenwärtigen Verfassung unseres staatlichen und gesellschaftlichen Lebens keine verteidigenswerten Güter mehr zu erblicken vermeinen.

So läßt sich in der Gegenwart verstärkt das beunruhigende Phänomen beobachten, daß unsere staatliche und gesellschaftliche Ordnung, die als eine der freiheitlichsten in der ganzen Welt gelten kann, von jungen Menschen angezweifelt und nicht als schützens- und erhaltenswert erachtet wird.

Das gestörte Staatsverständnis der jungen Generation hat sicherlich vielerlei Ursachen. Eine davon scheint mir zu sein, daß über Staatsbegriff und Staatsidee des Grundgesetzes nur unvollkommene Vorstellungen herrschen. Häufig wird nicht begriffen, daß der Pluralismus der Meinungen und Interessen in der Entscheidung des Grundgesetzes angelegt ist. Diese Entwicklung kann weder angehalten noch rückgängig gemacht werden, da dies einen Angriff auf einen Wesenskern der Verfassung bedeuten würde.

Statt dessen muß die Einsicht in den Zusammenhang von Pluralismus und Verfassungsordnung wachsen. Die freiheitliche demokratische Grundordnung ist Grundlage unseres Staatsbegriffes. Diese Grundlage kennt für den einzelnen Bürger nicht nur Rechte, sondern auch Pflichten. Dieser Bedingungszusammenhang unserer staatlichen und gesellschaftlichen Existenz, der im Menschenbild des Grundgesetzes selbst angelegt ist, muß vornehmlich der jungen Generation stärker als bisher bewußt gemacht werden. Dies erscheint um so notwendiger, als die Erfahrung der Freiheit keineswegs unmittelbar in die Bereitschaft einmündet, diese Freiheit gegen Angriffe von außen auch zu verteidigen.

3. Die Grundsätze der Inneren Führung

Auch im Berichtsjahr haben die Auseinandersetzungen um die Innere Führung angehalten. Der Versuch junger Offiziere, das Selbstverständnis ihres Berufes thesenartig zu formulieren, hat in der Öffentlichkeit und in den Streitkräften Interesse gefunden. Auch die wissenschaftliche Publizistik weist im Berichtsjahr einige bemerkenswerte Beiträge zu diesem Themenkreis auf. Demgegenüber gibt das Weißbuch 1970 den Fragen der Inneren Führung nur wenig Raum; es beschränkt sich zudem vornehmlich auf die beschreibende Darstellung institutioneller Aspekte der Inneren Führung. Zur notwendigen Klärung und Weiterentwicklung der Inneren Führung läßt das Weißbuch 1970 wegweisende Markierungspunkte vermissen. Trotz des ausdrücklichen Bekenntnisses zur Inneren Führung bleibt unklar, wie der Prozeß der Weiterentwicklung und Konkretisierung der Inneren Führung inhaltlich ausgestaltet werden soll. Die Diskussionen in den Streitkräften haben auch im Berichtsjahr erneut gezeigt, daß über die Grundsätze der Inneren Führung nach wie vor keine ausreichende Klarheit besteht. Der Bundesminister der Verteidigung kann deshalb nach meiner Auffassung nicht aus seiner Verantwortung entlassen werden, deutlicher als bisher der Truppe zu sagen, was er unter den Grundsätzen der Inneren Führung versteht. Schon bei den parlamentarischen Beratungen des Jahresberichts 1968 hat der Bundestag aufgrund eines Entschließungsantrages (Umdruck 731) in seiner 244. Sitzung vom 27. Juni 1969 einstimmig beschlossen, das Handbuch Innere Führung sei so zu bearbeiten, daß es ein schlüssiges, erschöpfendes, allgemein verständliches und praktikables Konzept der Inneren Führung enthalte. Auf diesen Beschluß hatte bereits der Jahresbericht 1969 hingewiesen. Die Ausführung dieses parlamentarischen Beschlusses seitens des Bundesministers der Verteidigung steht immer noch aus. Im Dezember des Berichtsjahres verlautete aus dem Bundesministerium der Verteidigung, daß die Vorbereitungen zur Herausgabe des geplanten Kompendiums der Inneren Führung noch nicht hätten abgeschlossen werden können, da diese Arbeit viel Zeit und Sorgfalt erfordere.

Bei den Bemühungen, das Konzept der Inneren Führung einer sozial- und verhaltenswissenschaftlichen Aufbereitung zu unterziehen, kann es sicherlich nicht darum gehen, die vielfältigen und diffizilen Aspekte und Probleme der Menschenführung in den Streitkräften bis in Details hinein normativ zu regeln. Statt dessen kommt es nach meinem Verständnis darauf an, den Gehalt der Inneren Führung als übergreifende pädagogische Zielvorstellung zu begreifen, ihre Prinzipien als verbindliche Lerninhalte aufzuschließen und sie in ständigen Lernprozessen im Bewußtsein von Vorgesetzten und Untergebenen zu verankern. Die Entwicklung einer allgemeinen militärischen Führungslehre unter pädagogischen Aspekten sollte das Ziel aller Bemühungen sein.

3.1 Zur Struktur der Inneren Führung

3.1.1 Die Integration als Problem der Inneren Führung

Die Jahresberichte 1968 und 1969 haben eingehend dargelegt, daß politische und verfassungsrechtliche Postulate die Eingliederung der Streitkräfte in die staatliche und gesellschaftliche Ordnung zwingend erfordern. Zugleich wurde darauf hingewiesen, daß

dem dynamischen Prozeß der Integration aufgrund des verfassungsrechtlichen Verteidigungsauftrages und der sich daraus ableitenden spezifischen Funktions- und Lebensbedingungen der militärischen Organisation gewisse Grenzen gesetzt sind. Diese Problematik von Integration und Integrationsfähigkeit wird im Weißbuch 1970 (Ziffer 142) unscharf gesehen. Einerseits wird festgestellt, daß die Eigentümlichkeiten der Streitkräfte auch in der Gesellschaft ihre Entsprechung finden; andererseits heißt es jedoch, daß es Eigentümlichkeiten des militärischen Dienstes gibt, die der uneingeschränkten Übernahme vorherrschender gesellschaftlicher Verhaltensweisen in den militärischen Bereich Grenzen setzen. Der im Weißbuch 1970 (Ziffer 142) im einzelnen vorgenommene Vergleich zwischen dem Berufsbild des Soldaten und Berufsbildern der zivilindustriellen Arbeitswelt stellt vornehmlich auf technologisch bedingte Angleichungsprozesse ab. Die sich aus dem verfassungsrechtlichen Verteidigungsauftrag ergebenden Berufsmerkmale des Soldaten werden hierbei offenkundig nicht genügend in Rechnung gestellt. Vor dem Hintergrund des Verteidigungsauftrages vollzieht sich die Berufsbewährung des Soldaten in der Spannung zwischen der friedenssichernden Präsenz und der gegebenenfalls erforderlichen friedenswiederherstellenden militärischen Aktion. Allen zivilen Berufen ist der Gedanke eines bloßen Vorhandenseins als eigenständige Wertgröße durchaus fremd. Sie erfahren ihre Bewährung im täglichen Vollzug der erlernten Fähigkeiten und Kenntnisse. Dies gilt auch für die gern als Gegenbeispiel angeführten Polizeibeamten und Feuerwehrleute, die die öffentliche Ordnung zu schützen haben. Die soziale Einschätzung auch dieser Berufe und das Urteil des Bürgers über deren Nützlichkeit bestimmen sich vornehmlich nach den beobachtbaren beruflichen Aktionen und ihren statistisch nachweisbaren Erfolgen.

Alle anderen im Weißbuch 1970 erörterten Merkmale des soldatischen Berufsbildes gewinnen gegenüber zivilen Berufsbildern erst dann Aussagekraft und Trennschärfe, wenn sie auf den verfassungsrechtlichen Verteidigungsauftrag bezogen werden. So muß der Soldat in weit höherem Maße als Polizisten und Feuerwehrleute Gefahren nicht nur ertragen, sondern durch seinen Waffeneinsatz gegebenenfalls auch erzeugen. Damit ist ein doppelter existenzieller Bezug im Denken und Handeln des Soldaten begründet, der in dieser Spannung bei keinen zivilen Berufen auftritt.

Die Strukturprinzipien und Funktionsbedingungen des militärischen Dienstes schlagen sich in zahlreichen Sonderbelastungen für den einzelnen Soldaten nieder. In einer anschaulichen Sozialbeschreibung des soldatischen Dienstes zählt das Bundessozialgericht (Urteil vom 29. Januar 1970, 8 RV 91/68) zu den Eigentümlichkeiten des Wehrdienstes, daß der Soldat durch seinen Dienst an seinen Standort oder Einsatzort gebunden ist, für die Dauer seines Wehrdienstverhältnisses aus seinem bürgerlichen Leben herausgenommen und von dem Orte ferngehalten wird, an dem sich der räumliche Schwerpunkt seiner bürgerlichen Lebensinteressen befindet. Das Gericht führt dazu weiter aus, daß der Wehrdienst den Lebensrhythmus des Soldaten grundlegend ändert und ihn in seiner Freizeitgestaltung und Bewegungsfreiheit einengt. Der wehrpflichtige Soldat muß den Kreis seiner Familie, seiner Freunde und Bekannten für einen langen Zeitraum verlassen und ist nunmehr nicht nur während der Dienstzeit — das entspräche etwa der Situation im zivilen Arbeitsleben —, sondern auch während seiner Freizeit tatsächlich gezwungen, mit einer größeren Anzahl fremder, individuell verschiedener Menschen zusammenzuleben. Diese Umstände werden vom Bundessozialgericht abschließend wie folgt gewürdigt:

„Diese Besonderheiten, die Störung des Lebensrhythmus, Entfernung vom räumlichen und personellen Bereich der Lebensinteressen und damit Mangel des gewohnten Umganges, Schwierigkeiten der Soldaten untereinander und Härten und Andersartigkeit des Dienstes sind zwangsläufig mit dem Soldatendasein verbunden. Kein Soldat kann sich ihnen entziehen. Es handelt sich insoweit also um wehrdiensteigentümliche Verhältnisse."

Die Frage nach dem rechten Verhältnis von Militär und Gesellschaft kann bei dem gegenwärtigen Stand der Diskussion noch nicht als entschieden angesehen werden. Das Problem der Integrationsfähigkeit der Streitkräfte und der Bewertung ihrer spezifischen Eigentümlichkeiten bedarf deshalb weiterer analytischer Durchdringung. Die Aussagen des Weißbuches 1970 haben in dieser Hinsicht jedenfalls keine Hilfen gebracht.

3.1.2 Die Binnenstruktur der Streitkräfte als Problem der Inneren Führung

Die Funktionsfähigkeit der Streitkräfte erfordert eine optimale Ausschöpfung und Verwendung aller hierfür zur Verfügung gestellten Mittel und Möglichkeiten. Eine leistungsgerechte Organisationsform qualifiziert sich damit als unverzichtbare Voraussetzung für die bestmögliche Erfüllung des Verteidigungsauftrages. Darüber hinaus sind sachgerechte Organisationsstrukturen auch unabdingbare Grundlagen einer erfolgreichen Menschenführung, da organisatorische Schwachstellen erfahrungsgemäß auch durch positives Führungsverhalten der Vorgesetzten auf die Dauer nicht ausgeglichen und überbrückt werden können. Die Innere Führung kann im *individuellen* Bereich nur dann funktionieren, wenn gleichzeitig die *institutionellen* Voraussetzungen für eine erfolgreiche Menschenführung in den Streitkräften gegeben sind. Fragen der Organisation werden häufig einseitig nur unter technizistischen Gesichtspunkten betrachtet und bewertet. Dabei wird übersehen, daß Führungsverhalten und Führungserfolge von Vorgesetzten in großem Maße auch von den vorliegenden Organisationsformen abhängig sind.

Das im hochmechanisierten, arbeitsteilig organisierten und leistungsorientierten Arbeitsprozeß der Industriegesellschaft entwickelte „industrielle Bewußtsein" vieler Soldaten gerät mit den in der

Bundeswehr anzutreffenden bürokratischen Strukturen häufig in Konflikt. Die Verringerung dieser Konflikte und Konfliktmöglichkeiten ist nicht allein eine Frage des Führungsstiles und des persönlichen Führungsgeschicks der Vorgesetzten, sondern in erster Linie ein Problem richtiger Organisationsstrukturen.

Die Übernahme erprobter Verfahrensweisen des betrieblichen Management in die Streitkräfte hat sich bewährt. Die positiven Erfahrungen gaben im Berichtsjahr Veranlassung, auf dem Wege zur Modernisierung der Bedingungen und Voraussetzungen für eine optimale Führung der militärischen Großorganisation fortzuschreiten. Hierzu zählen vor allem die durchgeführte Neugliederung der Leitung des Bundesministeriums der Verteidigung, eine vermehrte Nutzung der Möglichkeiten elektronischer Datenverarbeitung, die verstärkte Einrichtung von Planungsstäben und Planungskommissionen sowie die Vorbereitung eines Management-Informationssystems.

Die Führung und Steuerung der Streitkräfte als eines betriebswirtschaftlichen Leistungssystems beinhalten vielfältige Fragen der Meßbarkeit militärischer Arbeit. Die zur Bewältigung dieses Problems in den Streitkräften angestellten Bemühungen werden auf der Grundlage detaillierter Arbeitsplatzanalysen auch die wichtige Frage einer leistungsgerechten Besoldung, die mit dem gegenwärtigen Zulagensystem nur mühsam bewältigt werden kann, einer Lösung näherbringen.

Alle diese organisatorischen Entwicklungen und Verbesserungen zeitigen Rückwirkungen auch auf die Innere Führung in den Streitkräften. In dieser Hinsicht lassen sich die vielfältigen Anregungen und Zielsetzungen des Weißbuches 1970 gerade auf dem Sektor der Organisation noch keineswegs abschließend würdigen. Hierunter rechnen auch die Bemühungen um ein neues System der Bildung und Ausbildung in den Streitkräften, die die innere Struktur der Bundeswehr entscheidend verändern werden und in der ganzen Tragweite ihrer Auswirkungen gegenwärtig noch kaum abzusehen sind. In der Luftwaffe haben gleichfalls Überlegungen stattgefunden, Aufgaben, Anforderungsprofile, Ausbildung und Verwendungsbereiche des modernen Soldaten vor dem Hintergrund des besonderen Auftrags der Luftwaffe, der technischen Entwicklung in dieser Teilstreitkraft und der gesellschaftlich veränderten Stellung des Soldaten in der Gegenwart neu zu bestimmen. Diese Erwägungen haben in dem vom Inspekteur der Luftwaffe herausgegebenen Leitbild „Soldat in der Luftwaffe" vom 18. Dezember 1970 ihren Niederschlag gefunden.

3.1.3 Die Menschenführung als Problem der Inneren Führung

Die letzten beiden Jahresberichte haben die verschiedenen militärischen Führungsstile dargelegt und auf die pädagogischen Möglichkeiten hingewiesen, richtiges Führungsverhalten weitgehend auch lehr- und lernbar darzustellen. Diese Anregungen haben sich nach meinen Beobachtungen als hilfreich erwiesen, die vielfältigen Fragen der Menschenführung bewußter und transparenter werden zu lassen. Der kooperative Führungsstil und seine besonderen Anforderungen an Vorgesetzte und Untergebene besitzen im Konzept der Inneren Führung zentralen Stellenwert.

Die ständig zunehmende Technisierung der Streitkräfte hat inzwischen zu einer derartigen Spezialisierung der einzelnen Funktionen geführt, daß die Führungsaufgabe des militärischen Vorgesetzten vor allem darin besteht, durch ständige Koordination und Kooperation sinnvolle Handlungsabläufe herzustellen. Damit zeichnet sich das Modell kooperativer Führungstechnik durch wechselseitige Abhängigkeit und den Zwang zur Zusammenarbeit aus. Die richtige Handhabung der kooperativen Führungsmethode beinhaltet, vor einer anstehenden Entscheidung auch die Auffassung der Untergebenen kennenzulernen und in die eigenen Erwägungen einzubeziehen. Wichtige Aufgabe des Vorgesetzten in diesem Stadium der Entscheidungsvorbereitung ist deshalb, die aktive Mitarbeit seiner Untergebenen zu gewinnen.

Die Nutzung des spezialisierten Sachverstandes aller Mitarbeiter vermag die Informationsgrundlagen des Vorgesetzten zu verbreitern und damit seine Entschlußfassung auf eine größere Basis zu stellen. Voraussetzung hierfür sind Bereitschaft und Fähigkeit, die Untergebenen in die Diskussion über die speziellen Sachfragen ihres Tätigkeitsbereiches einzubeziehen. Darum muß der Vorgesetzte bestrebt sein, in ständigem Dialog mit seinen Soldaten solidarische Mitarbeit und initiatives Handeln zu wecken und zu fördern. Unverzichtbare Voraussetzung für eine enge Kooperation bereits im Stadium der Entscheidungsfindung ist eine hinreichende Information der Untergebenen über die Einbindung ihrer jeweiligen Tätigkeiten in den übergeordneten Gesamtwillen der militärischen Führung.

Die Berücksichtigung auch des Meinungsspektrums der Untergebenen ändert nichts an der von Gesetzes wegen begründeten Verantwortlichkeit des militärischen Führers für seinen Entschluß, den er nunmehr auf der Grundlage der erarbeiteten Lösungsmöglichkeiten und der Abwägung aller aufgezeigten Vor- und Nachteile alleinverantwortlich zu treffen hat. Das elementare Strukturprinzip von Befehl und Gehorsam verbietet aus Gründen der militärischen Funktionsfähigkeit bei aller sonstigen Dialogbereitschaft eine Diskussion über einmal gefaßte Entschlüsse. Dieser Entschluß schlägt sich im militärischen Befehl nieder, für dessen Rechtmäßigkeit, Verbindlichkeit und Zweckmäßigkeit der Vorgesetzte allein die Verantwortung trägt.

Die gesetzlich begründete Verantwortlichkeit für Entschlußfassung und Befehlserteilung hindert den Vorgesetzten nicht, je nach Sachlage und persönlichen Qualifikationen den Untergebenen Teilaufgaben im Rahmen des Gesamtauftrages zur selbstantwortlichen Erfüllung zu übertragen. Diese Delegation von Aufgaben und Verantwortung ist in einer technischen Armee eine zwingende Notwendigkeit, da der Vorgesetzte in der Regel die viel-

fältigen und spezialisierten Aufgaben und Tätigkeiten seiner Untergebenen allein nicht mehr im erforderlichen Umfange beherrscht.

Die Führung im Mitarbeiterverhältnis entlastet einerseits den Vorgesetzten von Detailproblemen und stellt ihn für seine eigentlichen Führungsaufgaben frei; andererseits entspricht sie am ehesten dem demokratischen Prinzip nach Teilhabe an der Verantwortung und ermöglicht gleichzeitig die aktive Entfaltung des Untergebenen anstelle rein reaktiver Befehlsausführung. Die ordnungsgemäße Durchführung delegierter Aufgaben und Verantwortlichkeiten hat der Vorgesetzte im Wege der Dienstaufsicht zu überwachen. In einer abschließenden Erfolgskontrolle muß sich die erwartete richtige Ausführung des erteilten Auftrages bestätigen.

Die Führung im Mitarbeiterverhältnis im Wege des kooperativ-partnerschaftlichen Führungsstils bedingt über die Beherrschung der vorstehend geschilderten formalen Handlungsabläufe hinaus eine geistige Grundeinstellung, die in dem untergebenen Soldaten den verantwortungsbewußten Mitarbeiter zu sehen bereit ist. Mit dieser Grundhaltung muß sich der rechte Gebrauch der Führungshilfen Lob und Tadel verbinden. Hierbei hat die Wehrdisziplinarordnung nicht umsonst die Würdigung besonderer Leistungen durch Anerkennungen redaktionell vor die Ahndung von Dienstvergehen durch Disziplinarstrafen gestellt.

3.2 Zur Verwirklichung der Inneren Führung

3.2.1 Probleme im Bereich der Zuordnung und Abhängigkeit von Bundeswehr und Gesellschaft

Bildung und Ausbildung in den Streitkräften

Der Bundesminister der Verteidigung beabsichtigt eine grundlegende Neuordnung der Ausbildung und Bildung in der Bundeswehr. Die von ihm hierfür eingesetzte Kommission hat gegen Ende des Berichtsjahres ihre Vorstellungen in einem „Rahmenkonzept zur Neuordnung der Ausbildung und Bildung in der Bundeswehr" vorgelegt. Dieser Zwischenbericht der Kommission hat in Bundeswehr und Öffentlichkeit eine lebhafte Diskussion in Gang gesetzt.

Mit dem Bundesminister der Verteidigung bin ich der Auffassung, daß eine Neuordnung des gesamten Ausbildungs- und Bildungswesens in der Bundeswehr von großer Dringlichkeit ist. Die Streitkräfte müssen gerade auf diesem Sektor alle Anstrengungen unternehmen, um das Entwicklungstempo der Gesellschaft mitzugehen. Hierzu zwingt nicht allein die schlechte Nachwuchssituation, sondern auch die Notwendigkeit, die Streitkräfte durch eine moderne Gesellschafts- und Bildungspolitik auch bewußtseinsmäßig den Erfordernissen unserer Gegenwart ständig anzupassen. Gegenüber ersten kritischen Stellungnahmen, die Reform führe zu einer Schwächung der Streitkräfte, hat der Bundesminister der Verteidigung klargestellt, daß die Neuordnung der Erhaltung und Steigerung von Effektivität und Attraktivität der Bundeswehr diene und die Wiedereingliederung der ausscheidenden Zeitsoldaten in das zivile Erwerbsleben erleichtern solle.

Die Schwierigkeiten, die sich einer baldigen Gesamtumstellung der Ausbildung und Bildung in den Streitkräften angesichts der noch im Fluß befindlichen allgemeinen Bildungsreform entgegenstellen, werden im Rahmenkonzept der Kommission nicht verkannt. Ich messe diesem Gesichtspunkt außerordentliche Bedeutung zu, da nach meinem Dafürhalten ein bildungspolitischer Alleingang der Bundeswehr, der zu einer weiteren Zersplitterung des Bildungswesens führen würde, unter allen Umständen vermieden werden muß. Die Einführung einer neuen Bildungskonzeption in den Streitkräften sollte deshalb in enger Zusammenarbeit mit den zivilen Gremien der Bildungsreform erfolgen. Die Kooperationsbereitschaft der zivilen Bildungsinstitutionen kann keinesfalls als selbstverständlich vorausgesetzt werden. Die zahlreichen Schwierigkeiten, denen sich die gedienten Studienbewerber bei der Zulassung und termingerechten Aufnahme ihres Studiums gegenübersehen, haben zur Genüge gezeigt, daß die Vertreter der zivilen Bildungseinrichtungen den Belangen der Streitkräfte nur wenig Interesse entgegenzubringen geneigt sind. Auf die Notwendigkeit, gerade in dieser Frage zu befriedigenden Regelungen zu kommen, hat der Wehrbeauftragte seit Jahren in aller Eindringlichkeit aufmerksam gemacht, ohne daß das Problem bisher auch nur in annähernd erträglicher Weise gelöst werden konnte.

Auch die Bildungsreform in den Streitkräften ist wie jede Reform Chance und Risiko zugleich. Ihre Chance besteht in der Entwicklung progressiver Lösungen, die sie als Schrittmacherdienste in die allgemeine Bildungsdiskussion einbringen kann; ihr Risiko liegt in dem vorgegebenen Zwang, ein Gebäude errichten zu müssen, das sich im zivilen Bereich noch nicht auf ein festes Fundament gründen kann.

Die Einbettung der Ausbildungs- und Bildungsreform der Bundeswehr in die allgemeinen Reformbestrebungen auf dem Bildungssektor muß unter allen Umständen gesichert sein. Deshalb ist die Neuordnung der Ausbildung und Bildung in den Streitkräften nicht nur ein organisatorisch-technisches Problem, sondern auch eine vorrangig politische Aufgabe.

Das Rahmenkonzept betont zu Recht die Notwendigkeit, den jeweiligen Ausbildungsgang und die hierfür jeweils erforderlichen Qualifikationen transparent und überschaubar zu gestalten. Dieser Forderung muß durch geeignete Maßnahmen Rechnung getragen werden. In der industriellen Gesellschaft richten sich soziale Anerkennung und Bewertung eines Berufes maßgeblich nach der Qualifikation des Ausbildungsganges. Je besser sich die Ausbildungsverfahren und Anforderungsprofile in der Öffentlichkeit darstellen, um so größer ist auch die soziale Wertschätzung der jeweiligen beruflichen Position. Die soziale Wertung, die ein Beruf im Urteil der Bevölkerung erfährt, ist sicherlich nicht der einzige, aber doch einer der entscheidenden

Faktoren, nach denen sich die Berufswahl bestimmt. Zwischen der Transparenz des Ausbildungsganges und den Ausbildungsanforderungen für einen Beruf, seiner Attraktivität und der Gewinnung ausreichenden und geeigneten Nachwuchses besteht ein erkennbarer Kausalzusammenhang.

Aus diesem Grunde muß mit der Neuordnung der Ausbildung und Bildung in der Bundeswehr notwendigerweise eine breit angelegte Orientierungsoffensive über die neue Konzeption in der Bevölkerung einhergehen. Meine bisherigen Erfahrungen lassen darauf schließen, daß dieser notwendige Bedingungszusammenhang bei ähnlichen Anlässen in der Vergangenheit nicht immer deutlich genug gesehen worden ist. Es genügt nicht, ein Reformkonzept in der Bundeswehr zu installieren; es muß in der Öffentlichkeit auch erfolgreich „verkauft" werden.

Über die Bildungsziele, wie sie das Rahmenkonzept in Übereinstimmung mit dem Strukturplan für das Bildungswesen, der Bildungskommission des Deutschen Bildungsrates und dem Bildungsbericht der Bundesregierung entwickelt hat, besteht weithin Einigkeit. In dieser Zielbestimmung spiegelt sich der gegenwärtig erreichte Stand der erziehungswissenschaftlichen Diskussion wider. Die Ziele der neuen Ausbildungskonzeption werden vorrangig in der Fähigkeit zur Analyse und Argumentation, der Bereitschaft zu alternativem Denken und der Aufgeschlossenheit für wissenschaftliche Denk- und Arbeitsweisen gesehen. Auf diese Ziele der Bildungsarbeit in den Streitkräften hatte schon der Jahresbericht 1969 ausführlich hingewiesen. Gleichzeitig wurde auf die Notwendigkeit einer allgemeinen Wissenschaftsorientierung, insbesondere bei der Offizierausbildung, aufmerksam gemacht. Dagegen werden die „inhaltlichen Felder", also die Bildungsgüter, auf denen diese Bildungsziele eingeübt werden sollen, eingehender Überlegung und Auswahl bedürfen. Gleiches gilt für die Schaffung der adäquaten Lernbedingungen. Hier sind zunächst die konkreten Vorschläge und Empfehlungen der Kommission abzuwarten.

Die grundsätzliche Vergleichbarkeit zahlreicher militärischer Funktionen mit zivilen Tätigkeiten wird auch im Weißbuch 1970 betont und hat von dort Aufnahme in die Überlegungen des Rahmenkonzeptes gefunden. Mir ist jedoch bisher keine systematische Übersicht jener militärischen Tätigkeiten bekannt, die diesen „unmittelbaren" Übergang in zivile Berufe garantieren. Trotz der vielbeschworenen „Verzivilisierung" des Militärs gibt es doch auch Anzeichen dafür, daß zwischen militärischer und ziviler Arbeit nach wie vor erhebliche Unterschiede bestehen. Die spezialisierte militärische Verwendung in technischen Funktionen ist fachlich wesentlich enger orientiert als ein ziviler Beruf, in dem in der Regel mehrere Verwendungen möglich sind. Von hier aus wird verständlich, daß der Bundesminister der Verteidigung trotz aller Bemühungen bisher nur die vergleichsweise geringe Zahl von 22 zivilberuflichen Anerkennungen entsprechender militärischer Verwendungen erreichen konnte.

Für die Neuordnung der Ausbildung und Bildung in den Streitkräften, die vorrangig auch auf die gleichzeitige Verwendbarkeit der in der Bundeswehr erforderlichen Kenntnisse und Fähigkeiten im Zivilleben abstellt, ist diese Frage von nicht geringer Bedeutung. Deshalb wird es darauf ankommen, diesen Sachkomplex stärker als bisher einer eingehenden Untersuchung zu unterziehen. Die grundsätzliche Vergleichbarkeit von militärischer und ziviler Arbeit ist einer der Basisannahmen des vorgelegten Rahmenkonzeptes; es bleibt zu klären, ob und inwieweit dieser notwendige Bedingungszusammenhang tatsächlich gegeben ist.

Auf die Bedenken der Truppe, der künftige Offizier werde allzu truppenfremd ausgebildet und werde allzu spät eigene Führungserfahrungen in der Truppe selbst sammeln können, ist nach meiner Unterrichtung nunmehr eine fünfzehnmonatige truppendienstliche Ausbildung vorgesehen, die dem geplanten wissenschaftlichen Studiengang vorgeschaltet ist. Auch nach meinen Überlegungen kann hierdurch eine bessere Abstimmung zwischen truppendienstlichen Erfahrungen und wissenschaftlichem Studium erreicht werden als dies nach der ursprünglich beabsichtigten nur dreimonatigen Vorlaufzeit in der Truppe der Fall gewesen wäre.

Das Rahmenkonzept geht für die Zeitsoldaten von einer mindestens acht- bzw. zwölfjährigen Dienstzeit als Regelfall aus. Es ist sicherlich zutreffend, daß nur bei solchen Verpflichtungszeiten so hohe Bildungsinvestitionen vertretbar sind. Das gute Ausbildungs- und Bildungsangebot an den längerdienenden Personenkreis kann indes dazu führen, daß Bewerber, die sich höchstens für zwei bis sechs Jahre verpflichten wollen, nunmehr hiervon abgehalten werden, da ihnen das Ausbildungs- und Bildungsgefälle gegenüber den längerdienenden Zeitsoldaten zu groß erscheint. Auf Zeitsoldaten mit kürzeren Verpflichtungszeiten wird die Bundeswehr aber vorerst nicht verzichten können. Es bliebe daher zu prüfen, inwieweit diese Bedenken zutreffen und durch geeignete Maßnahmen ausgeräumt werden können.

Vorauszusehen ist schon heute, daß eine Verwirklichung der Vorstellungen des Rahmenkonzepts auf Jahre hinaus zu einer erheblichen Belastung der Truppe führen wird. Es gehört zu den Fürsorgepflichten des Dienstherrn, die auftretenden Schwierigkeiten den Soldaten im Hinblick auf die Notwendigkeit einer umfassenden Bildungsreform in aller Klarheit deutlich zu machen. Schließlich zählt es zu den Aufgaben des Dienstherrn, durch geeignete Übergangsregelungen die besonderen physischen und psychologischen Belastungen der Umstellung zu mildern.

Politische Bildung in der Bundeswehr

Politische Bildung in den Streitkräften hat die Aufgabe, dem Soldaten die Lebensordnung der freien Welt nahezubringen und ihm Wert und Wirklichkeit unserer freiheitlichen demokratischen Grundordnung zu verdeutlichen. Das Ziel aller politischen Bildungsarbeit in den Streitkräften ist der geistig

und politisch mündige Staatsbürger, der seine soldatischen Dienstpflichten aus Einsicht versieht und bereit ist, eine Gefährdung unserer Freiheit auch unter Einsatz seines Lebens abzuwehren.

Aufgabe und Durchführung der politischen Bildung sind in der ZDv 12/1 „Geistige Rüstung" niedergelegt. In Gesprächen mit Lehroffizieren und Dozenten wurde mir ein allgemeines Unbehagen über diesen Begriff vorgetragen, der heute nicht mehr als zeitgemäß empfunden wird. Es ist in der Tat nicht recht einzusehen, warum die Vermittlung von staatsbürgerlichem Wissen und die Erziehung zum politisch mündigen und kritisch mitdenkenden Staatsbürger unbedingt mit dem martialisch anmutenden Begriff der „Geistigen Rüstung" bezeichnet werden muß. Ich rege deshalb an, diesen Begriff durch eine weniger dramatische Formulierung zu ersetzen.

Die politische Bildungsarbeit in den Streitkräften hat sich seit jeher besonderen Widrigkeiten gegenübergesehen. Angesichts des zumeist überaus geringen staatsbürgerlichen Wissens, das die jungen Soldaten von Schule und Elternhaus in die Kaserne mitbringen, ist auch die Bundeswehr letztlich nicht in der Lage, mit den ihr zur Verfügung stehenden Mitteln und Möglichkeiten die Versäumnisse der zivilen Gesellschaft nachzuholen. Solange die jungen Soldaten nur mit minimalen Kenntnissen und einem oft nur spärlich entwickelten Informationsinteresse in die Streitkräfte kommen, muß auch die politische Bildungsarbeit der Bundeswehr auf die Dauer ein unbefriedigendes Unternehmen bleiben und Vorgesetzte wie Untergebene ständig überfordern.

Die Einheitsführer, die mit der Durchführung der politischen Bildung verantwortlich betraut sind, besitzen in der Regel weder die erforderliche fachlich-pädagogische Ausbildung, noch verfügen sie angesichts der gerade auf diesem Dienstposten anfallenden vielfältigen Aufgaben über die hierfür notwendige Vorbereitungszeit. Auf diese Schwierigkeiten hat der Jahresbericht 1969 eingehend aufmerksam gemacht. Im Berichtsjahr habe ich anläßlich meiner Truppenbesuche festgestellt, daß entscheidende Verbesserungen auf diesem Gebiet nicht eingetreten sind. Ich wiederhole daher die Anregung, für die politische Bildungsarbeit in den Streitkräften Persönlichkeiten aus dem zivilen Bereich, z. B. Abgeordnete, Lehrkräfte ziviler Institutionen, führende Mitglieder von Verbänden und Organisationen, in verstärktem Maße als Referenten zu gewinnen.

Die Masse der jungen Soldaten ist an politischer Bildung und Unterrichtung nur wenig interessiert. Über dieses Desinteresse darf das Wort von der kritischen Jugend nicht hinwegtäuschen. Die erste Schwierigkeit bei der politischen Bildungsarbeit besteht darin, Interesse und Mitarbeit der Soldaten zu wecken. Dies gelingt nach meinen Beobachtungen am ehesten dort, wo Fragen der eigenen Rechtsposition erörtert werden. Eine weitere Schwierigkeit ergibt sich daraus, daß der Bildungsstand der Soldaten einen Unterricht erfordert, der kaum an Vorkenntnisse anknüpfen kann und in der Regel ganz von vorn beginnen muß. Dieser voraussetzungslose Unterricht hat zur Folge, daß der Lehrplan in dem Bemühen, den Soldaten zumindest einen Überblick über die politische Bildung zu verschaffen, nach meinen Beobachtungen eine stoffliche Überfülle enthält, die von den Soldaten nur schwer verkraftet werden kann. Hier wäre deshalb zu überlegen, ob nicht durch eine Straffung des Lehrstoffes am Ende letztlich doch mehr erreicht werden könnte.

Bei meinen Truppenbesuchen frage ich die Soldaten gelegentlich nach Stellung und Aufgaben meines Amtes. Diese Frage kann sicherlich auch als ein Test für staatsbürgerliche Informiertheit gelten. Dabei mache ich immer wieder die Feststellung, daß dem größeren Teil der von mir befragten Soldaten Amt und Aufgaben des Wehrbeauftragten nahezu unbekannt sind; der Rest gibt häufig eine falsche Antwort. Diese Ergebnisse werden durch eine sozialwissenschaftliche Umfrage bestätigt, die meinem Amt kürzlich zur Verfügung gestellt wurde. Soldaten, die ihre Grundausbildung bereits abgeschlossen hatten, gaben in dieser Untersuchung auf die Frage nach Amt und Aufgaben des Wehrbeauftragten unter anderem folgende Antworten:

— „... den angehenden Soldaten bei der Musterung zu beraten und Tips zu geben";

— „... jeden gesunden und jungen Bürger zum Wehrdienst einzuziehen";

— „... einen körperlich und geistig fähigen Soldaten aus mir zu machen, der dann auch seinen Mann steht, wenn es mal ernst wird."

Ein Teil der befragten Soldaten setzte den Wehrbeauftragten schlicht mit den Wehrpflichtigen gleich und hielt dementsprechend für seine Aufgaben:

— „... zu lernen, unser Land zu verteidigen";

— „... das Vaterland zu verteidigen, wenn es Krieg gibt";

— „... seiner Pflicht nachgehen, gehorsam und pflichtgetreu."

Angesichts der politischen Apathie der Mehrheit der Soldaten werden gerade jene besonders benachteiligt, die ein größeres Interesse an staatsbürgerlicher Unterrichtung aufbringen und bereits über ein größeres Maß an Vorkenntnissen verfügen. Da die staatsbürgerliche Unterrichtung des Einheitsführers bereits bei der Erläuterung einfachster Begriffe beginnen muß, kann ihnen insbesondere die Allgemeine Information nur wenig Neues bieten. Ihrem Diskussionsdrang kann während des Unterrichts kaum nachgegeben werden, da die Vermittlung des Stoffes schon aus zeitlichen Gründen ein Zwiegespräch vor der Kompanie in der Regel verbietet. Aus diesem Grunde begrüße ich, daß die Streitkräfte dazu übergegangen sind, wehrpflichtigen Abiturienten und Unteroffizieren Gelegenheit zu geben, sich auf Informationstagungen mit Fragen der staatsbürgerlichen Bildung intensiver auseinanderzusetzen.

Im Berichtsjahr haben meine Mitarbeiter und ich an einigen dieser Tagungen teilgenommen. Ich

konnte mich davon überzeugen, daß die Soldaten die Anregungen, die ihnen durch Vorträge, Podiumsgespräche und Diskussionen gegeben wurden, dankbar aufnahmen. Dabei haben mich vor allem die Ergebnisse der Gruppenarbeit beeindruckt, durch die die Soldaten aus der sonst häufig anzutreffenden Passivität herausgeführt und aktiv am Prozeß der Meinungsbildung beteiligt wurden. Wenn die Truppe ihrem Auftrag zur staatsbürgerlichen Weiterbildung gerecht werden will, muß sie zunehmend von der Vermittlung einer formalen Institutionenkunde im Frontalunterricht zu modernen Lehrmethoden übergehen, wie sie etwa in der Erwachsenenbildung seit langem eingeführt und erprobt sind.

Bei meinen Besuchen dieser Informationstagungen wurden mir die Schwierigkeiten vorgetragen, die einer Teilnahme von Unteroffizieren an Lehrgängen und Tagungen von Bildungsstätten und Organisationen außerhalb der Bundeswehr auf Grund des einschlägigen Erlasses vom 15. April 1970 (VMBl Seite 130) entgegenstehen. Die gegenwärtige Regelung sieht die Teilnahme nur jener Soldaten vor, die auf Grund ihrer Dienst- und Aufgabenstellung die staatsbürgerliche Weiterbildung in der Truppe durchzuführen haben. Dies ist in der Regel der Einheitsführer (Ziffer 14 der ZDv 12/1). Dadurch werden insbesondere die Unteroffiziere von der Mitwirkung an derartigen Lehrgängen und Tagungen zur staatsbürgerlichen Weiterbildung außerhalb der Bundeswehr nahezu ausgeschlossen. Meine Bedenken gegen diese Regelung habe ich dem Bundesminister der Verteidigung mit dem Hinweis vorgetragen, daß die Unteroffiziere gerade auch von den zahlreichen informellen Diskussionen über politische und gesellschaftliche Fragen keineswegs ausgeschlossen sind und in dieser Hinsicht häufig die Hauptlast der Auseinandersetzung und Argumentation zu tragen haben. Die sich lediglich auf formale Positionen abstützende Stellungnahme des Bundesministers der Verteidigung (Schwierigkeiten bei der Terminabstimmung, ungleichmäßige geographische Streuung der Bildungsstätten, Desinteresse vieler Unteroffiziere und intellektuelle Verständnisschwierigkeiten) konnte mich nicht befriedigen und wird auch den im Weißbuch 1970 zu dieser Frage niedergelegten Absichtserklärungen nicht gerecht. Das Bekenntnis zur Diskussion beinhaltet in seiner logischen Konsequenz die Verpflichtung des Dienstherrn, den interessierten Soldaten ohne kleinlichen Formalismus im Rahmen der dienstlichen Möglichkeiten auch die entsprechenden Hilfen an die Hand zu geben.

Der Presseoffizier der Bundeswehr

Wie der Jugendoffizier, dessen Aufgaben und Probleme der Jahresbericht 1969 dargelegt hatte, steht auch der Presseoffizier der Bundeswehr an der Nahtstelle zwischen Streitkräften und Öffentlichkeit. Seine Tätigkeit ist ein besonders bedeutsamer Bestandteil der gesamten Öffentlichkeitsarbeit der Bundeswehr. Die Wichtigkeit einer ausreichenden Unterrichtung und Information der Gesellschaft wird heute von niemandem mehr bestritten. Wer in das Konzert der öffentlichen Information nicht einzustimmen bereit ist, macht sich durch seine Informationsunwilligkeit geradezu verdächtig. Alle Organisationen, Verbände und Interessenvereinigungen betreiben Öffentlichkeitsarbeit. Für die Bundeswehr gilt dieser publizistische Sachzwang in besonderem Maße: Wegen der Bedeutung, die den Streitkräften in personeller und materieller, aber auch in finanzieller Hinsicht zukommt, hat die Öffentlichkeit ein Anrecht darauf zu erfahren, was hinter den Kasernentoren geschieht. Zugleich ist die Bundeswehr auch ihrerseits daran interessiert, die Bevölkerung an ihrem Dasein teilhaben zu lassen und die öffentliche Meinung auf ihre Aufgaben und die sich dabei ergebenden Schwierigkeiten und Probleme aufmerksam zu machen. Hierzu gehört auch die Erläuterung der Sicherheitspolitik der Bundesrepublik Deutschland. Transparenz und Überschaubarkeit des militärischen Bereichs fördern zugleich die Verankerung der Streitkräfte im Bewußtsein der Bevölkerung und dienen damit dem politischen Gebot der Integration.

Schließlich bildet eine wirksame Öffentlichkeitsarbeit die unverzichtbare Voraussetzung für die Gewinnung geeigneten Nachwuchses. In Gesprächen wurde mir immer wieder vorgetragen, die Bundeswehr „verkaufe sich zu schlecht". In einer hochindustrialisierten Gesellschaft wie der unseren, in der sich jede vorhandene Arbeitskraft einem mehrfachen Arbeitsplatzangebot gegenübersieht, kann auch die Bundeswehr im Wettbewerb um die beste Arbeitskraft nur bestehen, wenn sie über die vielfältigen Möglichkeiten beruflicher Verwendung in ihrem Bereich sachgerecht und umfassend informiert.

Der Bundesminister der Verteidigung ist bemüht, diesem Sachverhalt Rechnung zu tragen und die im Weißbuch 1970 angekündigte Überprüfung der gesamten Öffentlichkeitsarbeit seines Geschäftsbereiches vorzunehmen. Im Ministerium selbst wurde die Presse-, Informations- und Öffentlichkeitsarbeit im Informations- und Pressestab organisatorisch neu geordnet und unmittelbar unter der Leitung des Hauses zentralisiert. Zu welchen konkreten Ergebnissen die gegen Ende des Berichtsjahres einberufenen Kommissionen zur Neuordnung der Informations- und Pressearbeit in den Streitkräften und zur Verbesserung der Nachwuchswerbung gelangen werden, bleibt zunächst abzuwarten. Hierbei ist zu hoffen, daß auch der Arbeitsbereich des Presseoffiziers als wesentlicher Träger der Öffentlichkeitsarbeit einer eingehenden Überprüfung unterzogen wird.

In der Bundeswehr sind hauptamtliche Presseoffiziere bis herab auf Divisionsebene eingesetzt; in Brigaden und Bataillonen und den entsprechenden Verbänden von Luftwaffe und Marine wird die Pressearbeit meist von einem Offizier des Stabes nebenamtlich wahrgenommen. Die Schwierigkeiten dieser nebenamtlichen Presseoffiziere sind weitgehend mit den Problemen der nebenamtlichen Jugendoffiziere vergleichbar: Der personelle Engpaß an jüngeren Offizieren verengt die Auswahl, erschwert eine fundierte Ausbildung und beeinträch-

tigt infolge ständiger dienstlicher Überbelastung eine effektive Pressearbeit im Nebenamt.

Nach meinen Beobachtungen im Berichtsjahr stehen einer effektiven und befriedigenden Arbeit der bei den militärischen Kommandobehörden hauptamtlich tätigen Presseoffizieren eine Anzahl von Hindernissen entgegen, die im Zuge der Neuordnung der Öffentlichkeitsarbeit beseitigt werden sollten. Diese Hemmnisse lassen sich in Schwierigkeiten organisatorischer, personeller, materieller und psychologischer Art unterteilen.

In *organisatorischer* Hinsicht muß die Eingliederung des Presseoffiziers in den Stab seiner Kommandobehörde sicherstellen, daß er seine unkonventionellen Aufgaben eigenverantwortlich und selbständig wahrnehmen kann und nicht durch sachfremde Unterstellungen an der Erfüllung seiner spezifischen Funktionen gehindert wird. Die mir vorgetragenen Versuche, den Presseoffizier durch festen Einbau in die Stabshierarchie militärisch „in den Griff zu bekommen", werden der besonderen Aufgabe des Presseoffiziers nicht gerecht. Sachfremde Unterstellungen bremsen Information und Initiative. Der Presseoffizier sollte deshalb in möglichst engem Kontakt mit der Führung seiner Kommandobehörde stehen und dem Chef des Stabes unmittelbar nachgeordnet sein, wie dies auch in den internationalen NATO-Stäben der Fall ist. Die mir vorgetragenen Klagen über mangelnde Koordination und Kooperation unter den mit der Öffentlichkeitsarbeit betrauten Organen (Presseoffizier, Jugendoffizier, Stabsoffizier für Reservistenbetreuung, Wehrdienstberater) legen den Gedanken nahe, in den Kommandobehörden eine Stabsabteilung für Öffentlichkeitsarbeit einzurichten, durch die eine bessere gegenseitige Abstimmung gewährleistet werden könnte. Überschneidungen gegenüber der Presse ergeben sich häufig auch durch das unkoordinierte Nebeneinander der Presseoffiziere von Wehrbereichskommandos, Korps, Divisionen und den entsprechenden Kommandobehörden der Luftwaffe und der Marine. Eine Neuorganisation sollte hier Abhilfe schaffen.

In *personeller* Hinsicht beginnen die Schwierigkeiten bei der Auswahl und Ausbildung geeigneten Nachwuchses für eine Verwendung als Presseoffizier. Die derzeitigen hauptamtlichen Presseoffiziere verfügen meist noch über eigene journalistische Erfahrungen, die sie sich vor Eintritt in die Bundeswehr erworben haben. Dies ist bei den Offizieren, die ihre Ausbildung in der Bundeswehr selbst erfahren haben, kaum der Fall. Es ist deshalb notwendig, sie in geeigneter und nachhaltiger Weise auf ihre vielfältigen Aufgaben vorzubereiten. Der Besuch der Journalistenschule in München und ein mehrmonatiges Volontariat bei einer Zeitung und/oder einer Nachrichtenredaktion von Rundfunk und Fernsehen bieten sich an. Die sich aufgrund der Zugehörigkeit der Bundeswehr zum Verteidigungsbündnis der NATO ergebenden zahlreichen internationalen Kontakte machen ausreichende Kenntnisse zumindest der englischen Sprache erforderlich. Es wäre deshalb zu erwägen, den zukünftigen Presseoffizieren auch den Besuch der Sprachenschule der Bundeswehr zu ermöglichen. Im Zusammenhang mit der geplanten Neuordnung der gesamten Offizierausbildung wären schließlich auch diese speziellen Ausbildungsfragen zu klären. Die derzeitige Form der Ausbildung wird von den angehenden Presseoffizieren selbst als ungenügend empfunden. In Gesprächen wurde mir vorgetragen, daß der junge Presseoffizier häufig in seine Aufgabe „hineinfalle". Der Bedarf der Streitkräfte an Presseoffizieren kann nur durch freiwillige Meldung geeigneter Offiziere gedeckt werden. Die nicht sonderlich große Neigung jüngerer Offiziere für eine Verwendung als Presseoffizier beruht nach meinen Beobachtungen zu einem guten Teil darauf, daß dieser Dienstposten ganz allgemein als das Ende der militärischen Laufbahn angesehen wird. Die zur Anbahnung und Förderung der publizistischen Vertrauenskontakte notwendige mehrjährige Verwendungsdauer und die geringe Nähe zu den eigentlichen militärischen Aufgaben drohen in der Tat, in eine Laufbahn-Sackgasse hineinzuführen. Aus diesem Grunde müssen gerade bei den Presseoffizieren die Möglichkeiten geeigneter Anschlußverwendungen sorgfältig geprüft werden.

In *materieller* Hinsicht halte ich es für erforderlich, den Ausstattungsstand der Presseoffiziere den vorgegebenen Erfordernissen anzupassen. In der Bundeswehr muß sich die Erkenntnis stärker durchsetzen, daß erfolgreiche Öffentlichkeitsarbeit nicht allein mit Idealismus nebenher betrieben werden kann, sondern die notwendigen materiellen Aufwendungen voraussetzt.

In *psychologischer* Hinsicht bedarf es eines Abbaues von Hemmnissen und Widerständen, die in der Truppe gegenüber der Presse gelegentlich noch anzutreffen sind. Das Verhältnis zu den Massenmedien ist seitens der Truppe noch mit einem gewissen Ressentiment belastet. Presseoffiziere genießen nach meinen Beobachtungen in den Streitkräften selbst nicht immer das erforderliche Ansehen; die gelegentlich zu hörende Bezeichnung „Laberheini" bringt dies deutlich zum Ausdruck. Auch die Tatsache, daß ein befähigter junger Offizier von einer Verwendung als Presseoffizier mit der Begründung abgehalten wurde, man wolle nicht „Perlen vor die Säue werfen", zeugt nicht gerade von publizistischer Aufgeschlossenheit.

Im Selbstverständnis mancher Presseoffiziere scheint mir insofern ein Umdenken erforderlich, als sie ihrerseits anstelle reaktiven Abwartens von sich aus stärker das Gespräch mit der Presse suchen sollten. Die von den Journalisten gelegentlich kolportierte Redewendung vom „Presseabwehr-Offizier" der Bundeswehr deutet darauf hin, daß die Notwendigkeit einer aktiven Pressepolitik seitens der Streitkräfte noch nicht überall begriffen ist.

Nach meinen Erfahrungen stehen die Presseorgane den Belangen der Bundeswehr durchweg aufgeschlossen und positiv gegenüber. Berechtigte kritische Äußerungen entsprechen der Kontrollfunktion der Presse in einem demokratischen Rechtsstaat. Sie

sollten in der Truppe nicht zu jenen Aversionen und Verärgerungen führen, wie sie in solchen Fällen gelegentlich noch anzutreffen sind.

Bundeswehr und Bevölkerung

Zum Verhältnis von Bundeswehr und Bevölkerung gab es im Berichtsjahr zwei bemerkenswerte Aussagen. Das Weißbuch 1970 gelangt zu dem Ergebnis, daß die Bundeswehr weit stärker in die Gesellschaft integriert ist, als zuweilen vermutet wird: „der Soldat ist Bürger unter Bürgern". Anläßlich der Eröffnungsfeier der „Woche der Brüderlichkeit" in Köln war demgegenüber zu vernehmen: Bundeswehrsoldaten rechneten neben anderen sozialen Gruppen zu den „verfemten Minderheiten" unserer Gesellschaft.

In den vielfältigen Wechselbeziehungen zwischen den Streitkräften und der Bevölkerung gab es im Berichtsjahr sowohl positive Ereignisse und Entwicklungen als auch weniger erfreuliche Geschehnisse und Vorfälle.

Die Bundeswehr hat bei den zahlreichen Naturkatastrophen des Jahres 1970 im In- und Ausland umfangreiche Hilfen geleistet. Im Februar und März war sie der vom Hochwasser bedrohten Bevölkerung an Rhein, Mosel und Donau behilflich; ebenfalls im März war sie bei Schneeräumungsarbeiten in Süddeutschland eingesetzt; im April und Juni half sie der von schweren Erdbeben betroffenen Bevölkerung in der Türkei und in Peru und war schließlich im November und Dezember an der internationalen Hilfsaktion für die Opfer der Flutkatastrophe in Ostpakistan maßgeblich beteiligt. Über diese umfangreichen Katastrophenhilfen haben Presse, Rundfunk und Fernsehen jeweils ausführlich berichtet.

Mit der Umwandlung der Lazarette in Bundeswehr-Krankenhäuser haben nunmehr auch zivile Patienten die Möglichkeit, diese Sanitätseinrichtungen der Streitkräfte in Anspruch zu nehmen. Die Öffnung zum zivilen Sektor zeitigt Nutzen für beide Seiten. Für die zivilen Patienten erweitert sich hierdurch das Angebot an Krankenhausbetten; die Bundeswehr sieht ihre Vorteile in den erweiterten ärztlichen Fortbildungsmöglichkeiten und in einer verbesserten medizinischen Nachwuchswerbung. Diesem Ziel dient auch die eingeleitete und zum Teil bereits verwirklichte Integration der Bundeswehr-Krankenhäuser in den medizinischen Ausbildungsbereich der Hochschulen.

Der engen Zusammenarbeit von Bundeswehr und Verkehrspolizei, Unfallrettungsdiensten und Krankenhäusern ist es auch zu danken, daß in zahlreichen Fällen Menschen aus höchster Lebensgefahr gerettet werden konnten. Das moderne Rettungsgerät der Bundeswehr und ihr Bestandteil an gut ausgebildeten Sanitätssoldaten kamen auch der Zivilbevölkerung in großem Umfang zugute. Außerdem ist eine Vielzahl sonstiger Hilfeleistungen einzelner Soldaten und ganzer Einheiten zu verzeichnen. Hierzu zählen etwa Blutspendeaktionen, Bescherung von Waisenkindern, Sammlungen für karitative Zwecke, Alten- und Krankenbetreuung sowie Pflege von Kriegsgräbern im In- und Ausland. Alle diese Aktionen haben dazu beigetragen, die Bundeswehr auch als bewährten Helfer in Notlagen im Bewußtsein der Bevölkerung zu verankern.

Pressemeldungen entnehme ich ein gelungenes Beispiel praktizierter Mitverantwortung für die Eingliederung des wehrpflichtigen Soldaten in das Leben seines neuen Standortes, das ich zur Nachahmung empfehlen darf. In einer süddeutschen Garnisonstadt wird den einrückenden Rekruten ein vom Oberbürgermeister und Landrat gemeinsam unterzeichnetes Begrüßungsschreiben überreicht, mit dem sie willkommen geheißen werden. Dieses Schreiben vermittelt einen Einblick in die neue Garnison und unterrichtet gleichzeitig über die Möglichkeiten sportlicher und kultureller Betätigung am Standort.

Der Bundesminister der Verteidigung hat im Berichtsjahr eine Schrift mit dem Titel „Gebrauchsanweisung für die Bundeswehr" herausgegeben, die dem wehrpflichtigen Soldaten zusammen mit dem Einberufungsbescheid überreicht wird und ihn auf den nunmehr beginnenden neuen Lebensabschnitt als Soldat vorbereiten soll. Ich halte diese Unterrichtung über das Leben in der Kaserne für eine begrüßenswerte Maßnahme. Sie sollte durch eine zivile Informationsschrift ergänzt werden, die den neu hinzukommenden Soldaten ausgehändigt wird und neben einem persönlichen Willkommensgruß auch über die sozialen, kulturellen und sportlichen Gegebenheiten am Standort aufklärt.

Die umfangreiche Katastrophenhilfe der Bundeswehr im Berichtsjahr warf erneut die Frage der Kostenerstattung auf. Angesichts des Ausmaßes der im vergangenen Jahr an Rhein, Mosel und Donau entstandenen Hochwasserschäden hat der Bundesminister der Verteidigung auf die nach seinen Erlassen (VMBl. 1962 Seite 402 und 1963 Seite 466) an sich mögliche Kostenerstattung verzichtet. Demgegenüber hat die Bundeswehr jedoch bei Hilfseinsätzen kleineren Umfanges von der Möglichkeit der Kostenerstattung Gebrauch gemacht. Die Bindung des Ersatzanspruches an dem Umfang der Katastrophe hat in der Presse und Öffentlichkeit zu Verwunderung und darüber hinaus zu Rechtsstreitigkeiten geführt. In diesem Zusammenhang ist der Vorwurf erhoben worden, daß mit zweierlei Maß gemessen werde. Die Frage des Kostenersatzes sollte nach meinem Dafürhalten deshalb nicht nur unter einseitig fiskalischen Gesichtspunkten, sondern auch unter dem Aspekt eines guten Verhältnisses von Bundeswehr und Bevölkerung gesehen werden. Ich rege deshalb an, die Regelung der Kostenerhaltung für gewährte Hilfeleistungen nach Möglichkeit großzügiger zu handhaben.

Unter der Überschrift „Marine: unser guter Wille blieb leider im Gestrüpp bürokratischer Verordnungen hängen" berichtete eine norddeutsche Tageszeitung über den Abbruch einer bereits begonnenen Spendenaktion zugunsten bedürftiger Kinder. Der zur Veranstaltung einer Tombola in einem Geschwader gesammelte Betrag von 1 000 DM sollte durch Sachspenden von Geschäftsleute des

Standortes aufgestockt werden. Dabei war beabsichtigt, den Reinerlös dieser Veranstaltung den Kindern eines Waisenhauses als Weihnachtsgeschenk zu überreichen. Die bereits eingeleitete Spendenaktion mußte auf Befehl des Bundesministers der Verteidigung aus überwiegend formalen Gründen abgebrochen werden, ohne daß der Kommandeur zur Sache gehört worden war. Bereits eingegangene Sachspenden mußten den Spendern zurückgegeben werden.

Gegen diese Entscheidung des Bundesministers der Verteidigung bestehen in formalrechtlicher Hinsicht keine Bedenken, da Sammlungen für karitative Zwecke aufgrund des einschlägigen Erlasses (VMBl 1963 Seite 238) auf den Kreis der Angehörigen des Truppenteils oder der Dienststelle beschränkt sein müssen. Im vorliegenden Falle wäre es jedoch nach meiner Auffassung richtiger gewesen, die bereits angelaufene Aktion durchführen zu lassen. Der formelle Verstoß gegen einen Ministerialerlaß wäre nach meiner Ansicht gegenüber der tatsächlich eingetretenen Ansehensminderung des betroffenen Geschwaders, die vor allem durch die Rückgabe bereits erhaltener Spenden ausgelöst wurde, das geringere Übel gewesen. Die Behandlung der Angelegenheit und die in diesem Grenzfall ergangene Entscheidung ist für mich auch eine Frage richtig praktizierter Innerer Führung in den Streitkräften. Der Bundesminister der Verteidigung vermochte sich diesen Erwägungen indes nicht anzuschließen.

Neben zahlreichen erfreulichen Kontakten zwischen Bevölkerung und Bundeswehr waren im Berichtsjahr auch negative Erscheinungen und Vorfälle festzustellen, mit denen ich von Amts wegen befaßt war. So wurde auf einer Kunstausstellung ein Plakat gezeigt, das auf rotem Untergrund einen mit dem Bajonett aufgespießten Säugling darstellte und die Aufschrift trug: „Geh' zur Bundeswehr, lerne schlachten!" Das gleiche Plakat war zuvor in einer süddeutschen Schülerzeitschrift abgebildet; hier lautete die Aufschrift: „Geh' zur Armee, lerne ein Handwerk: Schlachter. Solche Männer braucht unsere Bundeswehr". Die wegen Verunglimpfung der Bundeswehr eingeleiteten Strafverfahren führten in einem Fall zu gerichtlichem Freispruch, im anderen Fall zur Einstellung durch die Staatsanwaltschaft, da die Verfasser in gerade noch verfassungskonformer Ausübung des Grundrechts der freien Meinungsäußerung nur die Schrecken des Krieges anprangern, nicht aber die Soldaten der Bundeswehr verunglimpfen wollten. Nach meinen Beobachtungen vermögen die Soldaten, die in beiden Plakaten als Schlachter apostrophiert wurden, für diese subtile Rechtsauffassung kein Verständnis aufzubringen. Beide Verfahren sind noch nicht abgeschlossen. Zu diesen weniger erfreulichen Vorgängen im Verhältnis von Bundeswehr und Gesellschaft zählt schließlich auch das Flugblatt einer ÖTV-Jugendgruppe, das in einer westdeutschen Großstadt anläßlich der Wanderausstellung „Unsere Luftwaffe" verteilt worden war. In diesem Flugblatt wurde unterstellt, die „zum Nutzen der Wirtschaftsbosse" aufgebaute Bundeswehr „brauche(n) junge Leute, um Menschen zu töten, Städte und Fabriken zu zerstören, Ernten zu vernichten . . ."; dieser Vorfall, mit dem ich aufgrund einer Eingabe befaßt war, ist bereits im Bundestag erörtert worden.

Durch eine Eingabe wurde ich auf den alljährlich durchgeführten Aufsatzwettbewerb des Landtages Baden-Württemberg hingewiesen, bei dem im Berichtsjahr der Beitrag eines Abiturienten mit dem Thema „Die Bundeswehr — Schule der Nation?" den Ia-Preis des Landtages erhalten hatte. Der in einer Lokalzeitung abgedruckte Aufsatz zeichnet sich nach meinem Dafürhalten durch geringes Differenzierungsvermögen und voreingenommene Wertungen auf Kosten der Sache aus. Die friedenssichernde Funktion der Streitkräfte wird völlig verkannt („. . . der Krieg [ist] ihr einzigstes Handwerk"); die verfassungsrechtlichen Sicherungen werden ausgeblendet („. . . kann sie [die Bundeswehr] auch gegen innere Unruhen, wie z. B. Streiks und Demonstrationen, eingesetzt werden") und der Dienstbetrieb in der Bundeswehr in einer entstellenden und wahrheitswidrigen Weise geschildert („Der Soldat ist nicht Mensch, sondern wird unter der Bezeichnung ‚Menschenmaterial' geführt". — „. . . zu harte Grundausbildung am Anfang, die im Gegensatz zur folgenden laschen Dienstzeit steht". — „In der Bundeswehr geht das Wissen verloren, weil es brachliegt, und die Denkkraft verkümmert, weil sie bei der sturen Ausbildung und dem langweiligen Dienst nicht beansprucht wird"). Woher der Verfasser sein Wissen bezieht, daß „die Bundeswehr dem Bemühen der Schulen und Hochschulen um Wissensvermittlung geradezu entgegensteht", bleibt ebenso unerfindlich wie seine Behauptung, daß „niemand durch die Bundeswehr entscheidende Impulse für sein Leben erhält".

Zu diesen Schlußfolgerungen kann nur gelangen, wer in beharrlicher Ignoranz an allen Leistungen der Bundeswehr sowohl auf dem Sektor der staatsbürgerlichen Bildung als auch im Bereich der Berufsförderung vorbeigeht. Die Bemühungen auf diesen Gebieten können nicht einfach als „Abfallprodukte" abgetan werden, wie der Verfasser dieses Aufsatzes meint. Die Bundeswehr bekennt sich zu ihren Bildungs- und Ausbildungsaufgaben, die integrierter Bestandteil ihres gesamten Dienstbetriebes sind. In der Gegenwart verkörpert sie als „dritter Bildungsweg" nicht nur in der Breite ihres Angebotes, sondern auch nach Maßgabe ihrer Erfolge die wahrscheinlich am besten funktionierende Institution der Erwachsenenbildung. Ich habe meine Bedenken gegen die Auszeichnung gerade dieses Aufsatzes dem Landtagspräsidenten mitgeteilt, der sich der Überprüfung dieses Vorganges angenommen hat. Seine abschließende Entscheidung steht noch aus.

Auch im Berichtsjahr kam es vor, daß Soldaten wegen ihrer Uniform am Betreten von Gaststätten gehindert oder hinausgewiesen wurden und Provokationen in der Öffentlichkeit über sich ergehen lassen mußten. Hierbei handelt es sich sicherlich um Einzelfälle, die für das Verhältnis von Bundeswehr und Gesellschaft nicht repräsentativ sind und demzufolge auch nicht überbewertet werden sollten.

Die gesamten Vorgänge des Berichtsjahres im Grenzbereich zwischen Bundeswehr und Bevölkerung geben mir Veranlassung auf folgendes grundsätzlich hinzuweisen:

1. Die Gesellschaft kann erwarten, daß sich die Bundeswehr als eines ihrer bedeutsamsten Teilsysteme an die gesellschaftlich vorherrschenden Wertvorstellungen und Verhaltensweisen soweit möglich anpaßt. Dieser Anspruch der Gesellschaft hat auch zur Folge, daß die Bundeswehr nicht unbestritten in einem sozialen Schonraum existieren kann und insbesondere ihre nichtfunktionalen Erscheinungen der Kontrolle und Kritik der Öffentlichkeit unterworfen sind.
2. Die Bundeswehr kann erwarten, daß die Gesellschaft, die im Grundgesetz den Verteidigungsauftrag erteilt hat, durch Verteidigungswillen und Verteidigungsbereitschaft auch die geistige Basis für die Erfüllung dieses Auftrages schafft. Hierzu gehört die selbstverständliche Anerkennung funktionsbedingter Besonderheiten der Streitkräfte, die im Wesen jeder militärischen Organisation begründet sind.
3. Das Verhältnis von Streitkräften und Bevölkerung ist mithin als ein ständiger kritischer Verständigungsprozeß zu begreifen, der sich in toleranter und geistig aufgeschlossener Atmosphäre zu vollziehen hat. Hierzu zählt insbesondere das Bemühen um die Überwindung fest eingefahrener Stereotype und Denkklischees auf beiden Seiten.

3.2.2 Probleme im Bereich der institutionellen Menschenführung

Fragen der Personalführung

Angesichts der seit Jahren angespannten Personallage auf dem Arbeitsmarkt ist die Gewinnung neuer Mitarbeiter, die Planung und Lenkung des Personals und die Aus- und Weiterbildung der vorhandenen Kräfte zu einer Existenzfrage der Unternehmen geworden. Die Bundeswehr macht hier keine Ausnahme. Eine sachgerechte Personalführung in den Streitkräften ist darüber hinaus unverzichtbarer Bestandteil der Inneren Führung.

Der Bundesminister der Verteidigung hat seine Bemühungen um eine Verbesserung der Personalsituation in der Bundeswehr durch die Einsetzung der Personalstruktur-Kommission fortgesetzt. Die Kommission hat ihre Arbeit im Herbst 1969 aufgenommen und hat den Auftrag, ein neues Personalstrukturkonzept für die Bundeswehr zu entwickeln, das den Streitkräften bei voller Einsatzbereitschaft für den Verteidigungsfall die Anpassung an neue technologische und gesellschaftliche Entwicklungen über einen längeren Zeitraum ermöglicht. Die Kommission soll das Ergebnis ihrer Überlegungen bis zum 31. März 1971 vorlegen.

Zu einer sachgerechten Personalführung in den Streitkräften sind ferner eine Vielzahl von Informationen nötig, die mit herkömmlichen Mitteln allein nicht zu beschaffen sind. Hierzu bedarf es des Einsatzes elektronischer Datenverarbeitungsanlagen (EDV). Ein neues System zur Verbesserung und Erweiterung der Anwendungsmöglichkeiten der EDV im Bereich der Personalführung ist nunmehr erarbeitet worden und soll schrittweise eingeführt werden. Die Aussagekraft der mit Hilfe des neuen Verfahrens gewonnenen Informationen wird jedoch weitgehend von den Ordnungsmitteln (Dienststellennummern, STAN-Nummern, Lehrgangsnummern, personelle Schlüsselunterlagen, Personalbegriffe und -ordnungsnummern) abhängen. Insofern kommt der „Neuordnung der Organisationsgrundlagen Personal" besondere Bedeutung zu.

Auf dem Gebiet der *Werbung und Beratung* kam es auch im Berichtsjahr, wie ich durch Eingaben und Gespräche bei Truppenbesuchen erfuhr, wiederholt zu Schwierigkeiten. Insgesamt muß die Bundeswehr nach meinen Beobachtungen stärker eine personalbezogene Imagewerbung betreiben, mittels derer sich das Vorstellungsbild der angesprochenen Zielgruppe vom Arbeitgeber Bundeswehr wesentlich klarer als bisher profiliert. Das Schwergewicht für die Werbung von längerdienenden Soldaten in den Streitkräften liegt in Inseraten und Werbeschriften. Hierbei kommt es leicht zu Mißverständnissen, da die Interessenten die in den Anzeigen genannten Möglichkeiten der beruflichen Entwicklung und finanziellen Dotierung häufig so verstehen, daß sie diese während ihrer Dienstzeit auch mit Bestimmtheit erwarten können.

Im Berichtsjahr veröffentlichte die Bundeswehr in einem auflagestarken Wochenmagazin eine Werbeanzeige, in der darauf hingewiesen wurde, daß ein von der Luftwaffe zum Elektroniker ausgebildeter Oberfeldwebel mit insgesamt achtjähriger Verpflichtungszeit (verheiratet, ein Kind) bei Berücksichtigung aller Einkommensbestandteile durch Verpflichtungsprämie, Übergangsbeihilfe und Übergangsgebührnisse in seinem achten Dienstjahr ein monatliches Nettogehalt von 1 329,20 DM erziele. Diese Anzeige enthält zwei schwerwiegende Fehler: zum einen entspricht sie nicht den gesetzlichen Grundlagen, da die Beförderung von Soldaten auf Zeit zum Oberfeldwebel eine Verpflichtungszeit von mindestens zwölf Jahren voraussetzt. Bei der Teilstreitkraft Marine wird diese Verpflichtungszeit sogar als Voraussetzung für die Zulassung zur Bootsmannausbildung gefordert. Nur in den Fällen, in denen ein Bewerber aufgrund einer abgelegten Meisterprüfung für einen technischen Beruf mit dem Dienstgrad Feldwebel in die Bundeswehr eingestellt wird, ist eine Beförderung zum Oberfeldwebel mit einer Verpflichtungszeit von mindestens acht Jahren möglich und zulässig. Auf diesen Ausnahmefall hat die Werbeanzeige aber nicht abgestellt; das ergibt sich aus dem ausdrücklichen Hinweis „Von uns ausgebildet". Die Anzeige hat — wie ich entsprechenden Eingaben entnehme — den falschen Eindruck hervorgerufen, der Dienstgrad Oberfeldwebel sei für alle Soldaten mit einer Verpflichtungszeit von acht Jahren erreichbar. Zum anderen ist das monatliche Nettoeinkommen unrichtig berechnet, da die Verpflichtungsprämie und die Übergangsgebührnisse unversteuert auf das monatliche Nettogehalt umgelegt wurden. Nach meiner Überprüfung liegt das

tatsächliche Nettogehalt mehr als fünf Prozent unter der in der Anzeige angegebenen Summe. Der Bundesminister der Verteidigung hat auf meine Einschaltung hin von einer weiteren Veröffentlichung dieser Anzeige Abstand genommen.

Text der beanstandeten Werbeanzeige

Franjo R. produziert bei uns seit 7 Jahren Sicherheit. An seinem Beispiel wollen wir eins von vielen Gerüchten um uns aus der Welt schaffen: das Gerücht vom Geld. Er ist Elektroniker. Von uns ausgebildet. Oberfeldwebel bei der Luftwaffe. 27 Jahre jung, verheiratet. Und 1 mal Vati.

Er hat einen Achtjahresvertrag mit uns gemacht. So sieht für ihn monatlich das 8. Jahr in D-Mark aus:

brutto	DM	1.102,90
minus Steuern	DM	120,01
das sind netto	DM	982,89
das müssen Sie dazurechnen:		
Verpflichtungsprämie	DM	6.000,00
Übergangsbeihilfe	DM	12.131,90
Übergangsgebührnisse	DM	15.114,15
	DM	33.246,05
geteilt durch 96 Dienstmonate	DM	346,31
macht zusammen netto	DM	1.329,20

Um das zu bekommen, müssen Sie woanders ca. 1.800,00 D-Mark brutto haben. Und dann haben Sie vieles noch lange nicht: Keine preiswerten Zimmer oder Wohnungen. Keine kostenlose Dienstkleidung. Keine freie Heilfürsorge. Keinen zwölfmonatigen kostenlosen Fachschulbesuch während Ihrer Arbeitszeit (Sie lernen, Ihr Gehalt läuft weiter). Und Sie haben keine kostenlose Fachausbildung, anderthalb Jahre lang.

Die aber haben Sie bei uns, wenn Sie nach 8 Jahren Arbeit Ihre Arbeit an den Nagel hängen wollen. (Falls Sie überhaupt wollen.)

Summa summarum: Sooo wenig ist es gar nicht, was wir Ihnen alles bieten. In puncto Geld. In puncto Wissen. Und was Sie einmal können, das zahlt sich immer wieder aus.

Bei Truppenbesuchen wurde auch im Berichtsjahr darüber Klage geführt, daß die Wehrdienstberater bei den Kreiswehrersatzämtern und Freiwilligenannahmestellen gelegentlich dazu neigten, die Verwendungsmöglichkeiten in der Truppe auch im Hinblick auf die Wiedereingliederung in das zivile Erwerbsleben allzu günstig darzustellen. Zudem sei die Information häufig nicht exakt genug. So wurde mir vorgetragen, daß freiwillige Bewerber zwar auf die Zahlung von Verpflichtungsprämien hingewiesen würden, nicht jedoch auch darauf, daß diese in voller Höhe der Versteuerung unterliegen. Das bedeutet im konkreten Fall, daß bei einer Verpflichtungsprämie von 6 000 DM nur 4 500 DM bis 4 800 DM tatsächlich zur Auszahlung gelangen. Nach meinen Erfahrungen läßt es sich im Nachhinein immer nur schwer feststellen, ob es sich bei den Klagen über eine falsche Beratung in der Tat um unzutreffende Zusicherungen und nicht einlösbare Versprechungen der Wehrdienstberater handelt oder ob nicht die an sich richtige Information über Verwendung und Aufstiegsmöglichkeiten in der Bundeswehr bei einem Bewerber, der diese Chancen aufgrund mangelnder persönlicher Qualifikation nicht nutzen konnte, schließlich zu dem falschen Verständnis führte, daß ihm die angestrebten Ziele böswillig vorenthalten wurden.

Die Fragen einer gerechten *Personalbeurteilung* sind um so schwieriger zu lösen, je weniger die Arbeitsnormen festgelegt sind und sich das Arbeitsergebnis in quantitativen Größen ausdrücken läßt. Dies ist in vielen Tätigkeitsbereichen der Bundeswehr der Fall. Die Gefahren subjektiver Fehleinschätzung hat der Bundesminister der Verteidigung mit den „Bestimmungen über die Beurteilung der Soldaten der Bundeswehr" vom 30. November 1969 zu verringern gesucht. Mit diesen Bestimmungen, die zu Beginn des Berichtsjahres in Kraft getreten sind, ist durch die Standardisierung der Persönlichkeitsmerkmale auch nach meinen Beobachtungen eine größere Objektivität der Beurteilungsverfahren als bisher gewährleistet. Dabei dürfte der Zwang zur größeren Sachlichkeit auch der gelegentlich anzutreffenden Unsitte, eine Beurteilung „zwischen den Zeilen" zu lesen, Einhalt gebieten.

Die mit der *Übernahme in das Dienstverhältnis eines Berufssoldaten* verknüpften Schwierigkeiten haben im Berichtsjahr zu zahlreichen Eingaben geführt. Bei der Mehrzahl der Einsender handelt es sich um militärisch und technisch qualifizierte Portepeeunteroffiziere mit zwölf- bzw. fünfzehnjährigen Verpflichtungszeiten, deren Ausscheiden auch von ihren Vorgesetzten als Verlust für die Truppe bedauert wurde. Bei der Bearbeitung der Eingaben habe ich den Eindruck gewonnen, daß nicht nur die Antragsteller, sondern auch die vorschlagsberechtigten Kommandeure nicht hinreichend darüber orientiert sind, wie hoch der tatsächliche Bedarf an Berufsunteroffizieren in den einzelnen Laufbahnen und Fachrichtungen ist. Nach meinen Beobachtungen werden Unteroffiziere nicht selten jahrelang darüber im unklaren gelassen, ob sie in das Dienstverhältnis eines Berufssoldaten übernommen werden können oder nicht. In zahlreichen Eingaben wird darüber Klage geführt, daß noch nicht einmal zu Beginn des dienstzeitbeendenden Unterrichts eine Entscheidung über den Antrag auf Übernahme in das Dienstverhältnis eines Berufssoldaten ergangen war. Derartige Verstöße gegen die Grundsätze einer geordneten Personalführung sind zugleich Verstöße gegen die Grundsätze der Inneren Führung. Sie sollten durch eine umfangreiche Information der Antragsteller über ihre Chancen und eine raschere Bearbeitung ihrer Übernahmeanträge unter allen Umständen vermieden werden.

In zahlreichen Eingaben über *Versetzungsprobleme* wurde darüber Klage geführt, daß dienstliche Veränderungen nicht rechtzeitig genug bekanntgegeben werden. Dies wirkt sich vor allem bei verheirateten Soldaten in besonders nachteiliger Weise aus. Sowohl bei der Verlegung von Verbänden als auch bei Einzelversetzungen sollten zum einen die beabsichtigten Personalveränderungen rechtzeitig mitgeteilt und zum anderen früh genug Vorsorge dafür getroffen werden, daß im Interesse einer baldigen Familienzusammenführung auch im neuen Standort ausreichender Wohnraum zur Verfügung steht. Diese selbstverständlich erscheinenden Grundsätze werden nicht immer befolgt. So teilte mir bei einem

Truppenbesuch der Kommandeur einer Unteroffizierschule des Heeres mit, daß ein Stabsoffizier zu ihm versetzt worden sei, ohne daß er vorher über diese Maßnahme unterrichtet worden war. Planungen hinsichtlich der Verwendung dieses Offiziers hätten deshalb auch nicht vorgenommen werden können. Ein anderer Offizier derselben Schule trug mir vor, er sei erst zehn Tage vor seiner Versetzung hiervon fernmündlich in Kenntnis gesetzt worden. Noch sechs Wochen vorher sei ihm auf seine telefonische Anfrage erklärt worden, daß eine Versetzung nicht beabsichtigt sei.

Besonderen Schwierigkeiten sehen sich im Falle einer Versetzung jene Soldaten ausgesetzt, deren Frauen als Landesbeamtinnen — vornehmlich als Lehrerinnen — im öffentlichen Dienst tätig sind. Hier sollte geprüft werden, ob es nicht möglich ist, im Benehmen mit den Kultusministern der Länder auf einen leichteren Übergang hinzuwirken.

Die Vielzahl von Eingaben auf diesem Gebiet, insbesondere soweit sie die Familienzusammenführung betreffen, veranlaßt mich zu dem Hinweis, daß dem im Grundgesetz verankerten Schutz der Familie gerade von seiten der personalbearbeitenden Dienststellen die gebührende Beachtung geschenkt werden muß.

Zum Sachbereich *Wehrübungen* hat der Jahresbericht 1969 ausführlich Stellung genommen. Die beiden Anregungen, dienstliche Veranstaltungen im Sinne des § 4 Abs. 4 des Wehrpflichtgesetzes, die sich über mindestens einen Tag erstrecken, auf Pflichtwehrübungen teilweise anzurechnen und die Bestimmungen für die Teilnahme von Beamten und Arbeitnehmern der Bundeswehr an Wehrübungen zu lockern, hat der Bundesminister der Verteidigung in seine Überlegungen einbezogen. Er hat mir mitgeteilt, daß eine Neuregelung dieses Fragenkomplexes bevorsteht. In der Frage einer angemessenen Versorgung wehrübender Beamter im Falle einer Wehrdienstbeschädigung, für die der Bundesminister des Innern federführend zuständig ist, konnte im Berichtsjahr kein Fortschritt erzielt werden.

Der Jahresbericht 1969 hat darauf hingewiesen, daß bei der Ableistung von Wehrübungen infolge mangelnder Organisation sowie nicht ausreichender Information und Abstimmung die Wehrübung sowohl für die Truppe als auch für die wehrübenden Reservisten nicht immer den beabsichtigten Erfolg gehabt hat. Personelle Fehlplanungen und Fehlsteuerungen sind auf diesem Gebiet besonders ärgerlich. Die meist verheirateten wehrübenden Reservisten stehen voll im zivilen Erwerbsleben; sie sehen ihr Opfer an Zeit, Geld und Arbeitskraft infolge falschen Einsatzes häufig nicht richtig gewürdigt. Die Streitkräfte und insbesondere die Kreiswehrersatzämter, denen die Einplanung der Reservisten obliegt, sollten sich darüber im klaren sein, daß jeder von seiner Wehrübung enttäuschte Reservist einen negativen Werbefaktor für die Truppe darstellt, dessen Breitenwirkung nicht unterschätzt werden darf.

Folgende Fälle erscheinen mir geeignet, diese Feststellungen zu verdeutlichen: So trug ein Wehrübender vor, bei seinem Eintreffen in der Kaserne habe er feststellen müssen, daß die Einheit, zu der er einberufen worden war, bereits vor Monaten aufgelöst worden sei. Bedingt durch diese Fehlplanung des Kreiswehrersatzamtes, das von den Umgliederungsmaßnahmen hätte unterrichtet sein müssen, sei er mehrere Male von einer Einheit zur anderen verwiesen worden; niemand habe Verwendung für ihn gehabt. Erst am sechsten Tag seiner vierwöchigen Wehrübung sei er bei einer Einheit aufgenommen worden. Die durch die zahlreichen Umbeorderungen entstandenen zusätzlichen Fahrkosten in Höhe von 64 DM seien ihm noch nicht erstattet worden. Das sachgleiche Wehrbeschwerdeverfahren ist noch nicht abgeschlossen.

In einem anderen Fall wurde ein staatlich geprüfter Elektrotechniker, der in der Luftwaffe zum ersten Flugzeugwart ausgebildet worden war und den Facharbeiterbrief für Flugzeugmechanik erworben hatte, bei einem Luftwaffenversorgungsregiment als erster Lagerverwalter eingeplant. Seiner Beschwerde gegen diese Einplanung gab das Kreiswehrersatzamt nicht statt. Aufgrund meiner Einschaltung hat der Bundesminister der Verteidigung die Einplanung des Wehrpflichtigen bei einer Einheit veranlaßt, bei der seine beruflichen Kenntnisse sinnvoll genutzt werden können.

Auf das Sonderproblem der Zahlung der Verdienstausfallentschädigung bei Wehrübungen, auf das bereits der Jahresbericht 1969 eingehend aufmerksam gemacht hatte, weise ich nochmals hin. Meiner Anregung, das Nachweis- und Berechnungsverfahren bei der Zahlung der Verdienstausfallentschädigung für Wehrübende zu vereinfachen und die Bearbeitungsdauer zu verkürzen, ist bisher nicht entsprochen worden.

Bei der Berechnung der Verdienstausfallentschädigung haben die Unterhaltssicherungsbehörden des öfteren nicht die ausgefallenen Arbeitstage, sondern nur die Kalendertage der Wehrübung zugrunde gelegt. Bei diesem Berechnungsmodus erhielten die wehrübenden Reservisten geringere Zahlungen für die Unterhaltssicherung als ihnen von Gesetzes wegen zustand. Aufgrund meiner Einschaltung hat der Bundesminister der Verteidigung die Unterhaltssicherungsbehörden angewiesen, für den arbeitsfreien Sonnabend und Sonntag, die einer Wehrübung folgen, je ein Dreißigstel des Monatsbetrages zu gewähren.

Die Einführung der *Laufbahn des militärfachlichen Dienstes* hat nach meinen Beobachtungen keine nennenswerten Umstellungsschwierigkeiten verursacht. Im Berichtsjahr haben mich nur wenige Eingaben erreicht, in denen neben organisatorischen Mängeln auch die Bewertung von Prüfungsarbeiten gerügt wurde. Die Eingaben haben sich bis auf wenige Ausnahmen als unbegründet erwiesen.

Um den Bedarf der Streitkräfte an Berufssanitätsoffizieren sicherzustellen, ist im Berichtsjahr von Gesetzes wegen die Möglichkeit geschaffen worden, *Sanitätsoffizieranwärter im Dienstverhältnis eines Soldaten auf Zeit* einzustellen. Die Anwärter absol-

vieren das medizinische Studium im Statusverhältnis eines Soldaten auf Zeit und werden mit der Approbation in das Dienstverhältnis eines Berufssoldaten übernommen. Im Berichtsjahr wurde zahlreichen Sanitätsoffizieranwärtern, die ihr Studium der Medizin aufnehmen wollten, von den Universitäten die erforderliche Zulassung verweigert. Im Wege der direkten Vereinbarung zwischen dem Bundesminister der Verteidigung und den jeweiligen Hochschulen konnte etwa für die Hälfte der betroffenen Sanitätsoffizieranwärter die Zulassung erwirkt werden. Wie ich Eingaben entnehme, rechnen die Zulassungskommissionen der Universitäten teilweise überhaupt keine Wehrdienstzeiten mehr an; auch das in den Bundeswehr-Krankenhäusern abgeleistete Krankenpflegepraktikum wird teilweise nicht anerkannt.

Angesichts dieser Sachlage bin ich der Auffassung, daß der Dienstherr dafür Sorge zu tragen hat, den Sanitätsoffizieranwärtern eine zügige Ausbildung und eine ordnungsgemäße Durchführung des medizinischen Studiums zu ermöglichen. Deshalb muß der Bundesminister der Verteidigung mit den zuständigen Gremien verbindliche Abmachungen treffen, durch die eine verzugslose Zulassung zum Universitätsstudium als Teil der Ausbildung zum Sanitätsoffizier ermöglicht wird. Die derzeitige Regelung, wonach der Sanitätsoffizieranwärter selbst die Zulassung zum Studium nachweisen muß, erscheint mir keine zufriedenstellende Lösung dieses Problems.

Die gegenwärtige Regelung für die *Einstellung von Truppenoffizieren mit wissenschaftlicher Vorbildung* sieht vor, daß nach erfolgreichem Abschluß eines Studiums mit einer ersten Staatsprüfung oder einer Hochschulprüfung die Einstellung als Hauptmann, mit der zweiten Staatsprüfung oder dem Erwerb des Grades eines Dr.-Ing. als Major erfolgt. Diese Bestimmungen haben bei den Offizieren des militärgeographischen Dienstes zu ungerechtfertigten Unterschieden im Einstellungsdienstgrad geführt. Die jeweilige Einstellung dieser Offiziere im Dienstgrad eines Hauptmanns oder eines Majors richtet sich nur nach der Fakultät, in der sie promoviert haben. Auf die Art ihres Doktorgrades haben sie aufgrund der unterschiedlichen Regelungen an den einzelnen Universitäten keinen Einfluß, so daß es ausschließlich von der jeweiligen Promotionsordnung abhängt, ob die Einstellung als Hauptmann (Dr. phil., Dr. rer.nat.) oder als Major (Dr.-Ing.) erfolgt. Die Promotion in den Studiendisziplinen für Offiziere des militärgeographischen Dienstes (Geodäsie, Geographie oder Geologie) setzt wie der Grad eines Dr.-Ing. in der Regel ein bereits abgelegtes Diplom-Examen voraus, so daß eine unterschiedliche Behandlung bei der Einstellung nicht gerechtfertigt erscheint.

Der Bundesminister der Verteidigung hält diese Bedenken für grundsätzlich gerechtfertigt und hat eine Überprüfung der Einstellungsvoraussetzungen für Offiziere mit wissenschaftlicher Vorbildung in Aussicht gestellt. Darüber hinaus hat er mir von seiner Absicht Kenntnis gegeben, die Beförderungsbestimmungen für die Offiziere des militärgeographischen Dienstes an die Vorschriften der in vergleichbaren Aufgabenbereichen tätigen höheren Beamten anzugleichen und ihre Laufbahnbestimmungen an die der Offiziere des Sanitätsdienstes weitgehend anzupassen.

Im Berichtsjahr erreichten mich mehrere Eingaben, die die Verwendung von Truppenoffizieren mit abgeschlossener volkswirtschaftlicher oder betriebswirtschaftlicher Ausbildung zum Gegenstand hatten. Hierbei stellte ich fest, daß insbesondere ältere wehrmachtgediente Offiziere nicht immer ihrer wissenschaftlichen Vorbildung entsprechend eingesetzt werden. Die Einsender beklagen sich vornehmlich darüber, daß auf den hierfür in Frage kommenden Dienstposten jüngere Offiziere verwendet werden, die ihre wissenschaftliche Ausbildung durch die Bundeswehr erfahren haben. Die neue Konzeption der wissenschaftlichen Offizierausbildung birgt ihrer Ansicht nach die zusätzliche Gefahr in sich, daß ihre wissenschaftlichen Kenntnisse in naher Zukunft noch weniger gefragt sein werden. Ich rege daher an, gerade im Hinblick auf die von mir angesprochenen Übergangsregelungen im Zusammenhang mit der Neuordnung der Offizierausbildung die Einsatz- und Verwendungsmöglichkeiten dieser älteren Offiziere eingehend zu prüfen.

Des weiteren halte ich es für erforderlich, daß bei Truppenoffizieren mit abgeschlossenem Studium, die nach ihrer Einstellung auf Dienstposten mit wissenschaftlichen Qualifikationsmerkmalen eingesetzt werden, die Zeit ihres Studiums auf die ruhegehaltfähige Dienstzeit gemäß § 23 des Soldatenversorgungsgesetzes anzurechnen ist.

Zulagewesen

Mit der Gewährung von Zulagen zu den gesetzlichen Dienstbezügen unternimmt der Dienstherr den Versuch, besondere dienstliche Belastungen finanziell abzugelten. Im Bestreben nach möglichst weitgehender Gerechtigkeit ist ein perfektionistisches Zulagesystem entstanden, das bei zunehmender Ausweitung und Differenzierung vornehmlich durch Schwierigkeiten der Abgrenzung und Zuordnung seine eigenen Ungerechtigkeiten produziert. Das verbreitete Schlagwort vom „Zulageunwesen" bringt diesen Sachverhalt treffend zum Ausdruck. Es bleibt zu hoffen, daß die Besoldungsvereinheitlichung und die Besoldungsneuregelung diese Entwicklung beenden und die gegenwärtig gewährten Zulagen leistungsbezogen in die Dienstbezüge, Gehälter und Löhne einbauen.

Solange diese Lösung noch aussteht, müssen die Besonderheiten des soldatischen Dienstes auch weiterhin durch die Gewährung von Zulagen ausgeglichen werden. Bei der Entscheidung über eine Zulage, für die in der Regel der Bundesminister des Innern federführend zuständig ist, verbieten die sich aus dem Verteidigungsauftrag ableitenden Eigentümlichkeiten des soldatischen Dienstes eine allzu schematische Gleichsetzung der Soldaten mit den zivilen Bediensteten des Bundes. Dieser Umstand ist nach meinen Erfahrungen nicht immer hinreichend beachtet worden.

Der Jahresbericht 1969 hatte vorgeschlagen, auch den *technisch verwendeten Soldaten in den Instandsetzungsgruppen der Luftwaffenversorgungsbereiche* die Zulage zu gewähren, die den in technischer Verwendung besonders beanspruchten Soldaten der Strahlflugzeug-Verbände und -Schulen gezahlt wird. Zu dieser Frage habe ich dem Verteidigungsausschuß im Berichtsjahr einen Einzelbericht erstattet. Sowohl der Verteidigungsausschuß als auch der Bundesminister der Verteidigung haben sich jedoch nicht in der Lage gesehen, gegenwärtig auf eine Erweiterung des nach § 45 a Bundesbesoldungsgesetz zulageberechtigten Personenkreises hinzuwirken, da die Fragen der finanziellen Besserstellung des technischen Personals der Bundeswehr nur im Zusammenhang mit den Überlegungen für eine neue Personalstruktur der Streitkräfte gelöst werden könnten.

Besonderen finanziellen Belastungen sind die Soldaten in *abgelegenen Standorten* ausgesetzt, da hier die Lebenshaltungskosten infolge des geringeren Warenangebots und mangelnder Konkurrenz häufig überdurchschnittlich hoch sind. Ich begrüße daher die Absicht der Bundesregierung, als Sofortmaßnahme eine Zulage als Ausgleich für die erhöhten Lebenshaltungskosten in abgelegenen Standorten einzuführen.

Im Berichtsjahr haben mich Eingaben von den Nordseeinseln erreicht, in denen dort stationierte Soldaten über die durch den Kurbetrieb bedingten hohen Lebenshaltungskosten sowie über die finanziellen Belastungen durch die Übersetzgebühren Klage führten. Ich rege daher an, den besonderen Teuerungsverhältnissen auf den deutschen Inseln durch die Zahlung einer *Inselzulage* baldmöglichst Rechnung zu tragen; hierzu zählt zumindest auch die teilweise Übernahme der Übersetzgebühren für Kraftfahrzeuge. Das Land Schleswig-Holstein hat die gesetzlichen Voraussetzungen geschaffen, den Beamten, die ihren dienstlichen Wohnsitz auf einer Nordseeinsel ohne Straßenverbindung zum Festland oder auf einer Hallig haben, eine Zulage von 10 bis 25 Prozent des für sie maßgeblichen Ortszuschlages zu gewähren.

Ferner begrüße ich es, daß die Bundesregierung die *Zulage für Luftfahrzeugführer* mit Erlaubnis zum Fliegen mit anderen als Düsenflugzeugen und die *Bordzulage* erhöht hat. Im Zusammenhang mit der Zahlung der Bordzulage ist mir bei einem Truppenbesuch vorgetragen worden, daß an die als Arbeiter im Geschäftsbereich des Bundesministers der Verteidigung beschäftigten zivilen Besatzungen von See- und Binnenfahrzeugen sowie von schwimmenden Geräten eine *Auswärtszulage* gezahlt wird, sofern die Übernachtungsräume und Kochgelegenheiten nicht den einschlägigen Bestimmungen entsprechen, die der Arbeitgeber zu erlassen hat. Der Bundesminister der Verteidigung hat derartige Vorschriften für seinen Bereich noch nicht herausgegeben, da zwischen ihm und der Personalvertretung über den Inhalt dieser Bestimmungen noch kein Einvernehmen erzielt werden konnte. Als Folge eines Urteils des Bundesarbeitsgerichts vom 1. August 1969 wendet er für die Übergangszeit die Bestimmungen über die Übernachtungsräume und Kochgelegenheiten auf Schiffen, schwimmenden Geräten und sonstigen See- und Binnenfahrzeugen des Bundesministers für Verkehr vom 31. Dezember 1963 an. Aufgrund dieser Regelung erhalten die als Arbeiter beschäftigten Zivilbediensteten auf den Hilfsschiffen der Bundesmarine die Auswärtszulage; außerdem sind ihnen zum Teil erhebliche Nachzahlungen gewährt worden. Dies ist den Soldaten der Marine nicht unbekannt geblieben. Wegen der noch beengteren Unterbringungsverhältnisse an Bord vermögen sie nicht einzusehen, warum die zivilen Besatzungen der Hilfsschiffe durch die Zahlung einer Auswärtszulage privilegiert werden. Ich rege deshalb an, auch diesen Sachverhalt einer eingehenden Prüfung zu unterziehen.

Die im Jahresbericht 1969 vorgeschlagene Zahlung der Zulage *Dienst zu ungünstigen Zeiten* auch an Wehrpflichtige hat die Zustimmung des Bundesministers der Verteidigung gefunden. Seine Bemühungen um die Ausweitung dieser Zahlung auch auf die Wehrpflichtigen sind bislang an haushaltsrechtlichen Widerständen des Bundesministers des Innern sowie des Innen- und des Haushaltsausschusses des Bundestages gescheitert. Da mich auch im Berichtsjahr zahlreiche Eingaben erreicht haben, in denen sich wehrpflichtige Soldaten über die ihrer Ansicht nach ungleiche Behandlung beschwerten, kann ich meine Anregung nur wiederholen, die Zahlung dieser Zulage auch an Wehrsoldempfänger ernsthaft in Erwägung zu ziehen. Diese leisten schließlich den gleichen Dienst unter den gleichen Bedingungen wie Berufs- und Zeitsoldaten und sind infolge des Personalmangels vielfach auf deren Dienstposten eingesetzt. In diesem Zusammenhang verweise ich auch auf den Vorschlag der Wehrstruktur-Kommission, den Wehrpflichtigen dann eine angemessene Funktionszulage und funktionsgebundene Vergünstigungen zu gewähren, wenn sie länger als vier Wochen Funktionen von Zeitsoldaten ausüben.

Der Jahresbericht 1969 hatte angeregt, auch den *Offizieren auf Zeit des Sanitätsdienstes* wie den Berufsoffizieren des Sanitätsdienstes und den Medizinalbeamten der Bundeswehr eine widerrufliche nicht ruhegehaltfähige Zulage auf der Rechtsgrundlage des § 23 b des Bundesbesoldungsgesetzes zu gewähren, um hierdurch besondere, bei der Bewertung dieser Verwendung nicht berücksichtigte und nach Zeit und Umfang unterschiedliche Erschwernisse abzugelten. Da Sanitätsoffiziere auf Zeit den gleichen Belastungen wie Berufssanitätsoffiziere ausgesetzt sind, habe ich den Bundesminister der Verteidigung gebeten, auch im Hinblick auf den verfassungsrechtlichen Grundsatz der Gleichbehandlung die unterschiedliche Zahlung dieser Zulage zu überprüfen. Der Bundesminister der Verteidigung hat sich meiner Anregung nicht angeschlossen. Da die Zahlung dem Ziel diene, den Dienst als Berufssanitätsoffizier attraktiv zu machen und das personelle Fehl auszugleichen, würde seiner Auffassung nach eine Ausdehnung dieser Zulage der eigentlichen Zielsetzung widersprechen. Die nur für die Dauer der Verpflichtungszeit zutreffende Arbeitsüberlastung lasse einen Verstoß gegen den Grundsatz der Gleichbehandlung nicht erkennen.

Schließlich erhielten die ausscheidenden Sanitätsoffiziere auf Zeit Übergangsgebührnisse und Übergangsbeihilfe; auch diese erheblichen Leistungen dürften nicht außer Betracht bleiben.

Ich habe demgegenüber die Ansicht vertreten, daß es bei der Frage der Zulage für Sanitätsoffiziere auf Zeit um die Honorierung der besonderen Tätigkeiten im Sanitätsdienst geht, die auch von diesen Sanitätsoffizieren ausgeübt werden. Durch den allgemeinen Ärztemangel in der Bundeswehr sind die Sanitätsoffiziere auf Zeit derselben Arbeitsbelastung ausgesetzt wie die Berufssanitätsoffiziere. Die jedem Soldaten nach dem Soldatenversorgungsgesetz zustehende Zahlung der Übergangsbeihilfe und Übergangsgebührnisse muß bei der Prüfung dieser Frage außer Ansatz bleiben. Wie ich einschlägigen Eingaben entnehme, ist die Zahlung der Zulage nur an Berufssanitätsoffiziere für die Sanitätsoffiziere auf Zeit kein hinreichender Anreiz, die Übernahme in das Dienstverhältnis eines Berufssanitätsoffiziers anzustreben. Insofern entfaltet die Zulage wegen ihres als ungerecht empfundenen Verstoßes gegen den Grundsatz der Gleichbehandlung keine werbende Wirkung. Ich rege deshalb an, diese Frage erneut zu prüfen.

Trennungsgeld

Durch die Trennungsgeldverordnung vom 12. August 1965 sind die *Einzugsgebiete* grundsätzlich festgelegt. Diese Regelung hat in der Praxis häufig dazu geführt, daß Soldaten, die in einer größeren Entfernung vom Wohnort Dienst leisten, keine Entschädigung für die Fahrt zum Dienstort erhalten, während anderen, die näher am Wohnort eingesetzt sind, eine Entschädigung gewährt wird. So wurde mir bei einem Truppenbesuch berichtet, daß z. B. das 15 km vom Ortsrand Darmstadt entfernt liegende Gundernhausen noch zum Einzugsgebiet von Darmstadt gehört, nicht indes Seeheim, das nur 4 km vom Ortsrand Darmstadt entfernt ist. Die hier wohnenden Soldaten erhalten daher Trennungsgeld in Form von Wegstreckenentschädigung, ihren in Gundernhausen wohnenden Kameraden wird dagegen keine Unterstützung zu ihren Fahrkosten gewährt.

Bei einem weiteren Truppenbesuch beklagten sich die Soldaten über die unterschiedliche Zahlung der für den Dienst außerhalb des Standortes zu zahlenden Aufwandsvergütung. Die von mir besuchte Einheit hat außerhalb der Unterkunft liegende Einsatzstellungen, die einige Kilometer voneinander entfernt liegen. Die Entfernung von der Truppenunterkunft weicht nur unwesentlich voneinander ab; die Soldaten werden von der Unterkunft aus zu beiden Einsatzstellungen hin- und zurücktransportiert. Der Schichtdienst stimmt zeitlich überein; auch Dienstart und Belastung sind vergleichbar. Dennoch wird die Aufwandsvergütung an die Besatzungen der beiden Einsatzstellungen in unterschiedlicher Höhe gewährt, da die eine Einsatzstellung innerhalb und die andere außerhalb der Gemeindegrenzen liegt. Diese unterschiedlichen finanziellen Entschädigungen sind sachlich nicht gerechtfertigt. Ich rege deshalb an, die Aufteilung der Einzugsgebiete zu überprüfen und Korrekturen dort vorzunehmen, wo es infolge der derzeit bestehenden Regelungen trotz vergleichbarer oder übereinstimmender tatsächlicher Verhältnisse zu unterschiedlichen finanziellen Abfindungen kommt. Die schematische Bindung der Aufwandsvergütung an die Gemeindegrenze scheint mir insbesondere der Überprüfung bedürftig. Wie beim Zulagewesen zwingen auch hier die Besonderheiten des militärischen Dienstes stets zu der Prüfung, ob eine für den allgemeinen Bundesdienst geltende Regelung auch für den soldatischen Bereich verwendbar ist.

Berufsförderung

Der Gesetzgeber hat im Soldatenversorgungsgesetz für die Soldaten auf Zeit in den Laufbahngruppen der Unteroffiziere und Mannschaften die Institution der Berufsförderung geschaffen. Damit soll den aus dem Wehrdienst ausscheidenden Soldaten der Übergang in das zivile Erwerbsleben erleichtert werden. Die Berufsförderung umfaßt einen allgemeinberuflichen Unterricht an Bundeswehrfachschulen, eine Fachausbildung außerhalb der Bundeswehrfachschulen in öffentlichen und privaten Einrichtungen sowie Hilfestellungen bei der Eingliederung in das spätere Berufsleben. Der Berufsförderungsdienst der Bundeswehr bestand im Berichtsjahr zehn Jahre und hat sich nach meinen Beobachtungen vollauf bewährt. Hiervon konnte ich mich durch Besuche bei verschiedenen Einrichtungen des Berufsförderungsdienstes überzeugen. In Gesprächen mit den Soldaten haben sich folgende Sachprobleme herausgestellt:

Angesichts der vielfältigen Möglichkeiten des Berufsförderungsdienstes kommt der fachkundigen Beratung der anspruchsberechtigten Soldaten entscheidende Bedeutung zu. Deshalb wurde beim Berufsförderungsdienst eine eigene Berufsberatung eingerichtet, die insbesondere zum letzten Disziplinarvorgesetzten des Soldaten enge Verbindung halten soll, um auf diese Weise ein objektives Urteil über die beruflichen Entwicklungsmöglichkeiten des Soldaten zu gewährleisten. Die enge Zusammenarbeit des Berufsförderungsdienstes mit den Disziplinarvorgesetzten setzt voraus, daß den Einheitsführern die vielfältigen Möglichkeiten beruflicher Förderung bekannt sind, damit sie auf Anfragen ihrer Soldaten sachgerechte Auskünfte erteilen können. Nach meinem Eindruck haben Truppe und Berufsförderungsdienst noch nicht überall den notwendigen engen Kontakt gefunden. Die ohnehin schon überlasteten Einheitsführer sind nach meinem Dafürhalten mit dieser zusätzlichen Aufgabe überfordert. Es wäre daher zu erwägen, in den einzelnen Bataillonen den S 1-Offizier mit der Beratung der Soldaten und ihrer Betreuung während der Lehrgänge an den Bundeswehrfachschulen zu beauftragen. Nach Rücksprache mit dem Einheitsführer könnten auch die erforderlichen Angaben über die persönliche Veranlagung und das Leistungsvermögen der Soldaten von ihm erteilt werden.

Nach der gegenwärtigen Regelung ist für die berufliche Beratung des Soldaten der Berufsförderungsdienst seines letzten dienstlichen Standortes zuständig. Wie mir bei meinem Besuch an der Bun-

deswehrfachschule in Mainz mitgeteilt wurde, hat sich diese Regelung als überaus schwerfällig erwiesen. Ich rege deshalb an, die Schüler ausschließlich durch den Berufsförderungsdienst am Standort der Bundeswehrfachschule zu beraten.

Der Unterricht in den Bundeswehrfachschulen leidet darunter, daß der Bedarf an Fachschullehrern, insbesondere soweit sie hauptamtlich tätig sind, nicht gedeckt werden kann. Schwierigkeiten der Bedarfsdeckung ergeben sich auch daher, weil die Lehrer im Bundesdienst schlechter bezahlt werden als Lehrer im Landesdienst. Eine abschließende Besoldungsvereinheitlichung und Besoldungsneuregelung mit der Bindung der Länder an ein im Bundesgebiet allgemein geltendes Besoldungssystem ist deshalb auch für die Bundeswehrfachschulen unerläßlich. Darüber hinaus müssen größere Anstrengungen unternommen werden, nebenamtliche Lehrkräfte zu gewinnen. Die derzeitige beengte Personallage führt nicht nur zu einer starken Belastung der vorhandenen Lehrkräfte, sondern sie kann auch eine negative Einstellung der Schüler zum Bundeswehrfachschulsystem zur Folge haben.

Die Ausstattung der Unterrichtsräume und die Gestellung von Lehr- und Unterrichtsmaterialien bedürfen weiterer Verbesserung. Im Berichtsjahr wurde wiederholt beanstandet, daß die Lehrbücher veraltet seien und das Lehrmaterial nicht ausreiche.

Beim Besuch einer Bundeswehrfachschule habe ich festgestellt, daß die Schüler, die zum Wohnen in einer Gemeinschaftsunterkunft verpflichtet sind, in drei verschiedenen Unterkünften — zum Teil völlig unzulänglich — untergebracht sind. Etwa ein Viertel der Lehrgangsteilnehmer pendelt täglich zwischen Wohnort und Bundeswehrfachschule. Zeitweilig war es auch erforderlich, die Schüler auf die Anmietung von Privatzimmern zu verweisen. Diese verstreute Unterbringung führte zu Schwierigkeiten in der Verpflegungsausgabe. Auch die sanitären Anlagen der Gemeinschaftsunterkünfte ließen zu wünschen übrig. Derartige Unterkunftsverhältnisse lassen in den Schülern das Gefühl aufkommen, daß sie nach dem Ausscheiden aus der Truppe von der Fürsorge ihres Dienstherrn nunmehr weitgehend ausgeschlossen sind.

Fürsorge und Betreuung

Die Pflicht des Dienstherrn zur Fürsorge gegenüber den Soldaten beruht auf dem Soldatengesetz; sie ist Ausfluß der gegenseitigen Treue, mit der Staat und Soldaten verbunden sind. Der Bundesminister der Verteidigung hat in seinem Weißbuch 1970 den Fragen der Fürsorge und Betreuung im Hinblick auf eine Verwirklichung des Sozialstaats auch in der Kaserne eine herausragende Bedeutung beigemessen. In organisatorischer Hinsicht hatte der Jahresbericht 1969 angeregt, das zersplitterte Fürsorgewesen der Bundeswehr zu zentralisieren, um auf diese Weise den gesetzlichen Anspruch der Soldaten auf Fürsorgeleistungen seitens des Dienstherrn besser erfüllen zu können. Ich begrüße deshalb die Absicht des Bundesministers der Verteidigung, in seinem Hause eine sozialpolitische Abteilung einzurichten und hoffe, daß dieses Vorhaben im Laufe dieses Jahres verwirklicht werden kann.

Auf dem Gebiet des *Gesundheitswesens* erreichten mich im Berichtsjahr unverhältnismäßig viele Eingaben, von denen die meisten den Bereich der ärztlichen Versorgung betrafen. Diese Tatsache ist nach meinen Beobachtungen darauf zurückzuführen, daß es den Streitkräften trotz zahlreicher Anstrengungen immer noch nicht gelungen ist, das personelle Fehl an Sanitätsoffizieren fühlbar zu verringern. Auch die verstärkte Einberufung von jungen Restanten hat dieses Problem nicht befriedigend zu lösen vermocht. Aus der großen Zahl von Eingaben seien zwei Fälle geschildert, die mir der Erwähnung wert erscheinen:

Ein Rekrut hatte sich wegen einer Erkältung und heftiger Kopfschmerzen krank gemeldet. Der Stabsarzt diagnostizierte bei einer Temperatur von 38,8 °C grippalen Infekt und befreite ihn für einen Tag vom Außendienst und Sport, schrieb ihn aber nicht bettlägerig. Als Innendienstfähiger wurde er zum Abladen eines Lkw herangezogen und mußte außerdem in der Küche aushelfen. Auf seine erneute Krankmeldung am anderen Morgen wurde er für einen weiteren Tag innendienstfähig geschrieben. Zwei Tage später fuhr er in den Wochenendurlaub nach Hause, wo er sich wegen erhöhter Temperatur zu Bett begeben mußte. Nach einem Schwächeanfall wurde der Hausarzt herbeigerufen, der eine Lungen- und Mandelentzündung feststellte.

Meine Überprüfung ergab, daß der Soldat ärztlicherseits nicht richtig behandelt worden war, auch wenn bei seiner ersten Krankmeldung eine Lungenentzündung noch nicht hätte festgestellt werden können.

Ein Panzerschütze, der an einer Mittelohrentzündung erkrankt war, wurde von seinem Truppenarzt zur fachärztlichen Untersuchung geschickt. Obwohl der Soldat auch danach weiterhin über Schmerzen klagte, wurde er vom Truppenarzt gesund geschrieben. Nach der Teilnahme an einem 20-km-Marsch am folgenden Tag hatte er starke Kopfschmerzen und war völlig erschöpft.

Die Überprüfung durch den Divisionsarzt ergab, daß der Panzerschütze nach der fachärztlichen Untersuchung vom Truppenarzt zu Unrecht voll dienstfähig geschrieben worden war, da dieser es verabsäumt hatte, sich vor seiner Entscheidung vom Ergebnis der fachärztlichen Untersuchung zu informieren.

Gelegentlich erreichen mich Eingaben, in denen sich Soldaten über mangelhafte ärztliche Versorgung in zivilen Krankenhäusern beklagen. So war in einem Falle ein Soldat, der nach einem Sportunfall in ein ziviles Krankenhaus überwiesen worden war, nach Anfertigung einer Röntgenaufnahme mit dem Bemerken entlassen worden, eine Fraktur sei nicht festzustellen. Bei einer danach im Bundeswehrlazarett durchgeführten Untersuchung wurde indes ein senkrechter und ein waagerechter Bruch im Schienbeinkopf, Absplitterungen am Wadenbeinkopf, ein

schwerer Bluterguß und Zerrungen an beiden Kniebändern diagnostiziert.

Der zuständige Divisionsarzt, den ich um Überprüfung der Angelegenheit gebeten hatte, sah sich hierzu außerstande, da die Vorgänge in einem zivilen Krankenhaus nicht in seine Zuständigkeit fielen.

Der Bundesminister der Verteidigung stimmte jedoch meiner Auffassung zu, daß ein Soldat auch nach Überweisung in ein ziviles Krankenhaus nicht aus der Fürsorge seines Dienstherrn entlassen ist. Es bleibt selbstverständliche Pflicht aller Sanitätsoffiziere, sich bei Klagen von Soldaten über Mängel hinsichtlich der Behandlung in zivilen Krankenhäusern mit dem zuständigen Arzt in Verbindung zu setzen und um Klärung und notfalls Abhilfe bemüht zu sein.

Mehrfach ist an mich die Klage herangetragen worden, die Truppe habe sich nach Einlieferung eines Soldaten in ein Krankenhaus um diesen nicht mehr gekümmert. So beschwerte sich ein Soldat, daß ihm über einen Zeitraum von zweieinhalb Monaten hinweg kein Wehrsold ausgezahlt worden sei. Meine Überprüfung ergab, daß der Wehrsold zwar jeweils bei der Standortkasse eingezahlt, dem Soldaten aber wegen mehrfachem Krankenhauswechsel nicht überwiesen worden war. Hier wäre es Pflicht der Einheit des Soldaten gewesen, dessen jeweilige Anschrift ausfindig zu machen und die Auszahlung des Wehrsoldes sicherzustellen.

Trotz der Jahr für Jahr wiederholten Hinweise auf die ungelösten Probleme der *gedienten Studienbewerber* konnte auch im Berichtsjahr eine befriedigende Lösung nicht erzielt werden. Es blieb auch in diesem Jahr wieder bei einseitigen Vorleistungen der Streitkräfte, die jedoch endlich durch beiderseitig befriedigende und dauerhafte Übereinkünfte abgelöst werden sollten. Dies gilt sowohl für die Fragen eines reibungslosen Übergangs vom Grundwehrdienst in das Studium als auch für das Problem der Zulassung gedienter Studienbewerber.

Trotz entsprechender Aufforderungen haben sich die Hochschulen noch immer nicht bereit gefunden, die Ableistung des Wehrdienstes in ihren Zulassungsverfahren angemessen zu berücksichtigen. Die psychologischen Auswirkungen dieser Benachteiligung auf die gedienten Abiturienten hat bereits der Jahresbericht 1969 eingehend dargestellt. Ich habe keine Veranlassung, an diesen Feststellungen Abstriche vorzunehmen.

Die folgenschweren Auswirkungen der mangelnden Abstimmung zwischen Abitur- und Einberufungsterminen sowie der Entlassung aus dem Grundwehrdienst und des Beginns des Studiums sind hinlänglich bekannt. Im Berichtsjahr wurde die ohnehin angespannte Situation durch verspätete und widersprüchliche Maßnahmen des Bundesministers der Verteidigung zusätzlich verschärft. Am 30. Januar 1970 bestimmte der Bundesminister der Verteidigung, daß Anträgen auf Genehmigung von Sonderurlaub zur Aufnahme des Studiums an einer staatlichen oder staatlich anerkannten Ingenieurakademie für Mitte Februar 1970 zugunsten der im Oktober 1968 einberufenen Wehrpflichtigen nicht stattzugeben sei. Dieser Erlaß führte zu einer unterschiedlichen Handhabung, da zum Zeitpunkt seiner Herausgabe viele hiervon betroffene Soldaten bereits Urlaub zur Aufnahme des Studiums erhalten und entsprechend disponiert hatten. Die schon erteilten Urlaubsgenehmigungen wurden nun zum Teil wieder zurückgenommen, zum Teil jedoch aufrechterhalten. Durch meine Einschaltung haben in den mir bekanntgewordenen Fällen die Soldaten jedenfalls dann wieder Urlaub erhalten, wenn neben dem Verlust eines Semesters weitergehende Härtegründe nachgewiesen werden konnten. Diese unterschiedliche Behandlung hat verständlicherweise zu einer erheblichen Unruhe unter den betroffenen Soldaten geführt und war kein Zeichen einer geschickten Personalführung.

Entsprechend früheren Regelungen wurde den zum Juli 1969 zur Ableistung des Grundwehrdienstes einberufenen wehrpflichtigen Abiturienten auf Antrag Sonderurlaub zur Aufnahme des Studiums gewährt, soweit dieses in den vorgesehenen Fachrichtungen nur im Wintersemester begonnen werden konnte. Frühester Zeitpunkt der Beurlaubung war der 9. Oktober 1970. Hierdurch konnte verhindert werden, daß die betreffenden Abiturienten einen über den Wehrdienst hinausgehenden Zeitverlust von fast einem Jahr erleiden mußten.

Dieser Erlaß wurde in einigen Kommandobereichen unter Hinweis auf die Empfehlung der Hochschulen zu einem allgemeinen Studienbeginn im Wintersemester dahin gehend ausgeweitet, daß allen Anträgen auf Urlaub zur Aufnahme des Studiums stattzugeben sei. Diese Abweichung wurde ausgelöst durch ein Fernschreiben des Führungsstabs des Heeres an ein Korps. Infolge der hierauf zurückzuführenden unterschiedlichen Handhabung des Erlasses durch die jeweiligen personalbearbeitenden Dienststellen wurden in diesem Korps die entsprechenden Urlaubsanträge der Soldaten unterschiedlich beschieden. So wurden in einem Bataillon lediglich die Fahnenjunker nicht beurlaubt, da für die Offizieranwärter nicht die Division, sondern das Personalstammamt der Bundeswehr die zuständige personalbearbeitende Dienststelle ist. Die anderen wehrpflichtigen Abiturienten konnten dagegen ihr Studium fristgerecht aufnehmen. Diese unterschiedliche Behandlung verstieß nicht nur gegen den verfassungsrechtlichen Grundsatz der Gleichbehandlung, sondern stellt nach meinem Dafürhalten auch kein gutes Beispiel einer Werbung für die Bundeswehr und speziell für die Reserveoffizierlaufbahn dar.

Im übrigen halte ich es für unerläßlich, daß derartige Urlaubsregelungen des Bundesministers der Verteidigung frühzeitig genug ergehen. Auch die verzögerte Herausgabe derartiger Erlasse führt zu Unsicherheiten und Unruhe.

Auch die Eingaben zu Fragen der *Wohnungsfürsorge* sind im Berichtsjahr angestiegen. Der inhaltliche Schwerpunkt hat sich von Klagen über den Wohnungsmangel auf die Fragen der Mietpreissteigerungen und der zum Teil unzumutbar hohen Heizkosten verlagert.

Die in den Eingaben immer wieder angesprochene Sorge, die Bundesdarlehenswohnungen könnten in der nächsten Zeit aus dem Besetzungsrecht des Bundes ausscheiden, habe ich dem Bundesminister der Verteidigung übermittelt. Dieser hat mich davon in Kenntnis gesetzt, daß mit dem Wegfall des Besetzungsrechts erst ab 1976 in größerem Umfang gerechnet werden müsse, da die Rückzahlung der den Bauherrn zur Verfügung gestellten Darlehen frühestens nach zwanzig Jahren möglich sei. Zudem sei der überwiegende Teil der Bundesdarlehnswohnungen von gemeinnützigen Wohnungsbaugesellschaften errichtet worden, bei denen eine vorzeitige Darlehenstilgung deshalb nicht befürchtet werden müsse, weil sie aus den laufenden Einnahmen entsprechende Ablösungserträge nicht erwirtschaften könnten. Weiterhin sei beabsichtigt, die in den Jahren 1956 bis 1964 errichteten Wohnungen durch Vergabe weiterer Darlehen zu modernisieren. Hierdurch verlängere sich das Besetzungsrecht des Bundes um weitere zehn Jahre. Außerdem befänden sich die meisten Bundesdarlehenswohnungen, die im Besetzungsrecht der Bundeswehrverwaltung stehen, in mittleren und kleineren Standorten, an denen der Wohnungsmarkt inzwischen weitgehend ausgeglichen sei und bereits jetzt Besetzungsschwierigkeiten aufträten.

In der Frage der *Heizkosten* hat der Bundesminister der Verteidigung im Weißbuch 1970 die Möglichkeit angedeutet, einen Zuschuß dann zu gewähren, wenn die Aufwendungen für den Hausbrand einen noch zu bestimmenden Prozentsatz des Grundgehaltes überschreiten. Angesichts der erheblichen Verteuerungen der Hausbrandmittel haben die Soldaten in neuerer Zeit hierfür Aufwendungen zu leisten, die insbesondere in den unteren Besoldungsgruppen oft kaum noch tragbar erscheinen. Die vom Bundesminister der Verteidigung zwischenzeitlich erarbeiteten neuen Richtlinien für die Gewährung eines Heizkostenzuschusses konnten aufgrund von Bedenken der Bundesminister des Innern und der Finanzen bisher noch nicht in Kraft gesetzt werden. Im Hinblick auf die gesetzliche Fürsorgepflicht des Dienstherrn halte ich eine Lösung dieser Frage für dringlich.

In den Eingaben über die *Bekleidung* wurde im wesentlichen wegen der uneinheitlichen Bekleidungsausstattung Klage geführt. Zur Verringerung der Altbestände an getragenen Tuchuniformen wurden diese im Berichtsjahr vermehrt an Ausbildungseinheiten ausgegeben. Dies führte dazu, daß die Soldaten, die während der Grundausbildung ohnehin körperlich besonders belastet sind, auch während der heißen Sommermonate im Tuchanzug Gefechtsübungen durchführen mußten. Anderen Eingaben habe ich entnommen, daß Wachen während der kalten Jahreszeit nicht ausreichend mit Wintermänteln und Winterstiefeln ausgestattet waren.

In der Frage des *Wach- und Schichtdienstes* habe ich aufgrund der mir vorgelegten Eingaben mit Sorge wiederum feststellen müssen, daß die bereits in früheren Jahresberichten erörterte Überbelastung vor allem der Soldaten in den Flugabwehrraketenbataillonen nicht abgenommen hat. Der erhebliche Personalmangel gerade in diesen Verbänden hat zur Folge, daß die Soldaten in einem kaum vertretbaren Ausmaß zum Wach-, Schicht- und Bereitschaftsdienst herangezogen werden. Diese Überforderung der Soldaten tritt in der Urlaubszeit in besonderer Weise zutage. In außergewöhnlichen Härtefällen war es mir möglich, im Benehmen mit den Kommandobehörden für Abhilfe zu sorgen. Die Möglichkeiten der Truppe, durch eine geschickte Dienstgestaltung Erleichterungen für die Soldaten zu erreichen, sind jedoch nach meinen Beobachtungen erschöpft.

Eine im Zusammenwirken mit dem Kommandeur einer Luftwaffendivision durchgeführte Überprüfung ergab, daß im Standort eines Flugabwehrraketenbataillons, in dem Unterkunftsbereich, Stellungsbereich und technischer Bereich getrennt liegen, die Soldaten auch während ihrer schichtfreien Zeit zum Wachdienst eingeteilt werden müssen. In Ausnahmefällen mußten Soldaten sogar in ihrer schichtfreien Zeit zweimal zum Wachdienst herangezogen werden. Die Truppe ist bemüht, die hierin liegende Härte wenigstens dadurch zu mildern, daß der Wachdienst an den Anfang oder Ende der schichtfreien Zeit gelegt wird. Trotzdem bleibt es für die Soldaten eine kaum zumutbare Belastung , wenn sie direkt im Anschluß an einen längeren Schichtdienst auf Wache ziehen müssen oder unmittelbar nach vierundzwanzigstündiger Wache ihren turnusmäßigen Schichtdienst zu übernehmen haben. Die Zulage für Dienst zu ungünstigen Zeiten, von der die wehrpflichtigen Soldaten ohnehin ausgenommen sind, vermag bei diesen Belastungen keinen wirksamen Ausgleich zu schaffen. In Anbetracht der unzumutbaren Verhältnisse halte ich eine bessere personelle Ausstattung der Flugabwehrraketenbataillone nunmehr für unbedingt erforderlich.

Werftliegezeiten

Im Berichtsjahr habe ich mich aufgrund von Eingaben aus der Marine den vielfältigen Problemen zugewandt, die sich für die Menschenführung an Bord während der Werftliegezeiten ergeben. Von den drei Arten der Werftliegezeit verursacht die etwa vier Wochen dauernde Feldinstandsetzung keine besonderen Probleme, da sie am Liegeplatz im Heimathafen oder in den beiden Marinearsenalen durchgeführt wird, die Besatzungen unter normalen Bedingungen an Bord leben können und die üblichen Betreuungseinrichtungen zur Verfügung stehen. Im Gegensatz hierzu werden die Depotinstandsetzungen und lebensverlängernden Maßnahmen in bestimmten zivilen Vertragswerften meist außerhalb des eigenen Stützpunktes vorgenommen; sie erstrecken sich bei Booten über einen Zeitraum von etwa sechs Wochen bis über sechs Monate hinaus; bei Schiffen dauern sie in der Regel ein Jahr. Es liegt auf der Hand, daß Ortsveränderung und lange Zeitdauer für die Besatzungen der Werftlieger eine Fülle von Problemen zur Folge haben. Werftlieger werden grundsätzlich nicht außer Dienst gestellt, die Besatzungen bleiben mit zum Teil reduzierter Stärke in der Regel an Bord.

Das Leben an Bord eines Werftliegers ist durch zahlreiche allgemeine Belastungen gekennzeichnet. Hitze und Kälte machen sich im Stahlkörper eines

Schiffes besonders unangenehm bemerkbar, da die schiffseigenen Aggregate für Lüftung und Heizung oft nicht oder nur mit verminderter Leistung betrieben werden können. Die Reparaturarbeiten verursachen eine oft unerträgliche Lärmbelästigung. Die hygienischen Verhältnisse sind meist unzureichend; Wasser muß häufig von weither herangeholt werden. Die seitens der Werft zur Verfügung gestellten sanitären Anlagen sind zum Werftliegeplatz nicht selten weit entfernt und genügen in ihrer Kapazität vielfach nicht den Anforderungen. So mußten sich in einem Fall 25 Offiziere und Portepeeunteroffiziere gemeinsam in die Benutzung eines Raumes mit Dusche, Toilette und Waschbecken teilen; für 95 Unteroffiziere ohne Portepee und Mannschaften gab es eine Dusche, drei Toiletten und vier Waschbecken mit kaltem Wasser.

Der Urlaub, der vorzugsweise in der Werftliegezeit gewährt werden muß, führt zu erhöhter Wachbelastung für die verbleibende Besatzung. Ein geordneter Dienstbetrieb für die Mannschaft an Bord eines Werftliegers ist aufgrund der geschilderten Einschränkungen nur selten möglich. Hieraus ergeben sich wiederum psychologische Probleme der Eintönigkeit und Langeweile, die zu einer Lockerung von Dienstauffassung und Disziplin führen können und deshalb durch geeignete Führungs- und Betreuungsmaßnahmen seitens der Schiffsführung aufgefangen werden müssen.

Nach meinen Beobachtungen haben es die Kommandanten der Werftlieger durchweg verstanden, trotz zahlreicher Schwierigkeiten Abwechslung in den eintönigen Tagesablauf der Werftliegezeit zu bringen.

Die zahlreichen Beispiele gelungener Betreuungsinitiativen dürfen indes nicht darüber hinwegtäuschen, daß sie nur unter nicht unerheblichen Schwierigkeiten verwirklicht werden konnten. Schießplätze stehen Werftliegern an der Ostseeküste kaum zur Verfügung; Sport kann oft nur betrieben werden, wenn die ortsansässigen Sportvereine ihre Einrichtungen und Sportanlagen zur Verfügung stellen; Turnhallen können nur selten mitbenutzt werden, Hallenschwimmbäder sind aus verkehrstechnischen Gesichtspunkten häufig nicht zu erreichen.

Die Gestellung von Dienstkraftfahrzeugen für Besatzungen von Werftliegern seitens der Stützpunktkommandos macht bisweilen Schwierigkeiten, da diese aus personellen und materiellen Gründen nicht immer in der Lage sind, den Bedürfnissen der Truppe zu entsprechen. Unter diesem Mangel leiden ärztliche Versorgung, Kurierdienst, Postabholung, Wäschetausch sowie die Durchführung von Betreuungsmaßnahmen. Die Soldaten müssen deshalb häufig auch für dienstliche Zwecke auf ihre Privatwagen zurückgreifen, nachdem sie diese vom Heimathafen in den Werftliegehafen überführt haben. Die Erstattung der hierdurch entstandenen Unkosten bereitet insbesondere dann Schwierigkeiten, wenn die geographischen Verhältnisse die Benutzung von Fähren erforderlich machen. Soweit zwar die Dienstkraftfahrzeuge vorhanden sind, aber von den Fahrbereitschaften keine Fahrer zur Verfügung gestellt werden können, vermag die Truppe nicht einzusehen, warum Soldaten mit Bundeswehrführerscheinen diese Fahrzeuge nicht fahren dürfen. Hier sollte eine Änderung der einschlägigen Bestimmungen erfolgen.

Eine Werftliegezeit stellt auch in finanzieller Hinsicht eine Belastung dar. Dies gilt vor allem für die verheirateten Soldaten, die zum Wochenende ihre Familien besuchen wollen. Kostenlose Familienheimfahrten gemäß den geltenden Bestimmungen vermögen die entstehenden Sonderbelastungen nicht aufzufangen. Wie mir berichtet wurde, sind aus diesem Grunde Mehraufwendungen bis zu 300 DM während einer Werftliegezeit von vier bis fünf Monaten bei verheirateten Soldaten keine Seltenheit.

Größere Instandsetzungsarbeiten machen es notwendig, die Besatzungen von Werftliegern auszuschiffen und in werftseitig bereitgestellte Landunterkünfte einzuweisen. In Eingaben und Gesprächen wird über den schlechten Zustand dieser Unterkünfte immer wieder Klage geführt. Ihre Ausstattung ist häufig kärglich und entspricht zumeist nicht dem Ausstattungssoll der Bundeswehrunterkünfte. Die sanitären Anlagen befinden sich oft in einem unbefriedigenden Zustand und genügen nicht den hygienischen Anforderungen. Ich habe mich davon überzeugt, daß dem Bundesminister der Verteidigung die Mißstände bei der Unterbringung von Besatzungen in der Werft bekannt sind und begrüße es, daß er Schritte eingeleitet hat, die gerade auf diesem Gebiet so notwendige Abhilfe zu schaffen.

Nach meiner Unterrichtung wird der bei der ersten Werftbesprechung genannte Werftkündigungstermin regelmäßig um Wochen oder gar Monate überschritten. Hierbei kommt es vor, daß die Besatzungen von einem Kündigungstermin auf den anderen vertröstet werden. In Verbindung mit den ohnehin langen Werftliegezeiten haben diese Verzögerungen negative psychologische Auswirkungen und stellen an die Menschenführung besondere Anforderungen. Wie in der zivilen Handelsschiffahrt müßte es im Zuge der Neuordnung des Rüstungsbereiches möglich sein, allgemein zu kürzeren Werftliegezeiten zu kommen und genannte Kündigungstermine werftseitig auch einzuhalten. Es sollte nicht mehr vorkommen, daß wehrpflichtige Soldaten ihr Bordkommando auf einem Werftlieger beginnen und beenden, ohne ihr Schiff jemals in Fahrt erlebt zu haben.

3.2.3 Probleme im Bereich der individuellen Menschenführung

Zum Verhältnis von Truppe und Führung

Im Berichtsjahr habe ich mich veranlaßt gesehen, auf eine in mancher Hinsicht schon seit langem bestehende Kluft zwischen dem militärischen Führungsapparat und der Truppe aufmerksam zu machen. Diese Äußerung wurde in der Öffentlich-

keit aufgegriffen; sie hat dabei gelegentlich eine mißverständliche Interpretation erfahren. Unbestritten bleibt, daß die politische Führung im Berichtsjahr in einem überaus großen Maße den Kontakt und das Gespräch mit der Truppe gesucht hat. In den Streitkräften wurde dankbar vermerkt, daß nicht nur der Bundespräsident, der Bundeskanzler, der Bundesminister der Verteidigung und andere Bundesminister, sondern auch zahlreiche Abgeordnete des Bundestages sowie hohe Beamte der Bundesregierung den Dialog mit den Soldaten aufgenommen und sich einen persönlichen Eindruck vom Leben in den Kasernen verschafft haben. Diese personale Kontaktnahme der politischen Führung ändert jedoch kaum etwas daran, daß die persönlichen Lebensbezüge der Soldaten weitgehend von einem administrativen Apparat bestimmt werden, der nach bürokratischen Prinzipien organisiert ist.

Der Jahresbericht 1969 hatte bereits auf die zunehmende Bürokratisierung des gesamten militärischen Apparates aufmerksam gemacht. Dieses Phänomen hat in der Truppe weithin den Eindruck hervorgerufen, sie werde nicht geführt, sondern verwaltet. Das vor allem unter den Offizieren anzutreffende Meinungsbild von der „verwalteten Armee" wurde schon früher durch sozialwissenschaftliche Untersuchungen bestätigt und ist insofern kein überraschend neuer Befund. Alle Großorganisationen haben sich heute in ihrem Binnenbereich einer ständig wachsenden Bürokratisierung zu erwehren. Dies beruht auch darauf, daß technischer Fortschritt und administrativer Aufwand in einem kausalen Beziehungszusammenhang zu stehen scheinen: mehr Technik bedeutet auch mehr Bürokratie. Spezialisierung, Differenzierung und Perfektionierung des militärischen Apparates haben auf die Planungs-, Führungs- und Verwaltungsaufgaben komplexe Auswirkungen. Hieraus rühren wiederum Gefahren der Verselbständigung des administrativen Apparates, die in der Truppe mit dem Wort von der „Diktatur der grünen Schreibtische" plastisch umschrieben werden. Die Auffächerung der militärischen Funktionen setzt zentrifugale Tendenzen frei, die diese Entwicklung begünstigen und in gegensätzlichen Interessenlagen zum Ausdruck kommen. Solche allgemeinen Interessengegensätze zwischen Stab und Linie, Kommando und Administration, Generalisten und Spezialisten zählen zu den Alltagsproblemen der Bundeswehr.

So habe ich bei meinen Truppenbesuchen immer wieder die Erfahrung gemacht, daß zwischen Truppe und Führung in vielerlei Hinsicht nicht nur eine räumliche Distanz besteht. Im einzelnen wurde mir vorgetragen, daß die Truppe häufig zu spät und unvollständig über beabsichtigte Maßnahmen der Führung unterrichtet werde. Im Zusammenhang mit den Umgliederungsmaßnahmen, die zur Auflösung und Zusammenführung oder Verlegung von Einheiten und Verbänden geführt haben, wurde darüber Klage geführt, daß keine festen Termine genannt, der neue Standort häufig nicht bekanntgegeben, Probleme der Wohnungsfürsorge nur ungenügend gelöst und die zahlreichen Auswirkungen auf die Familien der Soldaten nicht genügend in Rechnung gestellt wurden. Personalmaßnahmen wie Versetzungen, Kommandierungen, Übernahme in das Dienstverhältnis eines Berufssoldaten und Weiterverpflichtungen werden häufig zu spät ausgesprochen oder bestätigt. Die hohe Zahl der Eingaben auf dem Gebiet der Fürsorge, insbesondere im Zusammenhang mit Versetzungen, zeigt mir, daß auf die berechtigten Belange der Familien stärker Rücksicht genommen werden sollte. Dies bezieht sich über die Fragen der Bereitstellung ausreichenden Wohnraums, der Familienzusammenführung und der Urlaubsplanung hinaus auch auf schulische Möglichkeiten für die Kinder und gegebenenfalls auf Arbeitsmöglichkeiten für die Ehefrauen.

Die Truppe ist nach meinen Beobachtungen zum großen Teil davon überzeugt, daß Anregungen, Vorschläge und Initiativen, die auf dem Dienstweg der politischen und militärischen Führung zugeleitet werden, ihre Adressaten nicht erreichen. Verbesserungsvorschläge von unten würden seitens der zuständigen Stellen häufig nur mit formalen Eingangsbestätigungen abgetan. Da nur selten eine Reaktion erfolge, wisse man auch nicht, ob Änderungsvorschläge überhaupt überprüft würden. Gleiches gelte für Erfahrungsberichte, in denen auf die häufige Diskrepanz zwischen gegebenem Auftrag und den zur Verfügung gestellten Mitteln für die Durchführung hingewiesen werde. Ich habe deshalb gerade in dieser Hinsicht vielfach Resignation in der Truppe feststellen müssen.

In diesem Zusammenhang fragt sich die Truppe, warum Meinungsbildung und Entschlußfassung vor allem im Bundesministerium der Verteidigung so überaus zähflüssig und langsam erfolgten, da die eigenen Erfahrungsberichte und Verbesserungsvorschläge weithin doch keine Berücksichtigung fänden. Notwendige Führungsentscheidungen stünden auf diese Weise häufig unter dem Druck der Verhältnisse. Da sie nicht vorausschauend geplant und getroffen würden, liefen sie der tatsächlichen Entwicklung hinterher. An Beispielen werden genannt: Das Problem der Haar- und Barttracht, bei dem die Truppe über den G 1-Hinweis von 1967 hinaus eine klärende und befriedigende Regelung jahrelang vermißt hat; die Frage der Fortgeltung der Bezeichnungsrichtlinien des Bundesministers für gesamtdeutsche Fragen von 1965 für die Gebiete östlich der Demarkationslinie, die angesichts des veränderten offiziellen Sprachgebrauchs nunmehr strittig ist; schließlich die Behandlung der Schrift „Soldat 70", bei der über die Anweisung zu disziplinarer Würdigung hinaus in der Sache selbst ein klärendes Wort des Bundesministers der Verteidigung vermißt wurde.

Auch meine eigenen Überprüfungsersuchen, die ich aufgrund von Eingaben an das Bundesministerium der Verteidigung richte, werden häufig erst so spät beantwortet, daß die Mitteilung meines Überprüfungsergebnisses den Einsender bisweilen oft erst dann erreicht, wenn dieser schon längst aus der Bundeswehr entlassen ist. Ich habe Verständnis dafür, daß meine Überprüfungsersuchen im internen

Dienstbetrieb des Ministeriums häufig zeitraubende Ermittlungen und Rückfragen erforderlich machen; dennoch meine ich, daß in vielen Fällen die Bearbeitung auch unter Berücksichtigung der ministeriell erforderlichen Mitzeichnungen der beteiligten Fachreferate im Interesse der betroffenen Soldaten beschleunigt werden sollte und könnte.

Ein überaus wichtiges Mittel der Führung ist die Information. Ein ungehinderter Informationsfluß sowohl von oben nach unten als auch von unten nach oben ist vielerorts nicht gewährleistet. Ich habe den Eindruck gewonnen, daß trotz der Bemühungen um eine Straffung der Kommandostrukturen dieser wechselseitige Informationsaustausch noch nicht in erforderlichem Umfang stattfindet. Zwischeninstanzen über häufig eine negative Filterwirkung aus und verstopfen die Informationskanäle. Nach meinen Beobachtungen pflegt sich noch belastender als keine Information eine halbe Information auszuwirken, weil sie zu abwegigen Gerüchten und Mutmaßungen führt, die mit den tatsächlichen Verhältnissen nichts mehr gemein haben. Insgesamt habe ich den Eindruck, daß die zentrale Bedeutung einer umfassenden Information für eine zeitgemäße Menschenführung bisher noch nicht deutlich genug gesehen wird. Bei aller Anerkennung der notwendigen militärischen Geheimhaltung muß doch auch Wert darauf gelegt werden, daß die Truppe so umfassend wie möglich informiert wird. Führung durch Information schafft Vertrauen und nimmt dem Soldaten das Gefühl, einer anonymen militärischen Apparatur ausgeliefert zu sein. Der Bundesminister der Verteidigung hat auf die Notwendigkeit von Diskussion und Dialog im Weißbuch 1970 ausdrücklich hingewiesen. Beide sind mehr als bloße Meinungsfreiheit und beinhalten die Bereitschaft zur Auseinandersetzung mit dem Standpunkt des anderen.

Anrede

Im Berichtsjahr hat das Bundesverwaltungsgericht die gegenwärtige Form der Anrede, die in der vorläufigen Fassung der ZDv 10/4 vom 23. Dezember 1955 geregelt war, als rechtswidrig bezeichnet. Das obrigkeitliche Verlangen, einen anderen Menschen mit „Herr" anzureden, ohne die Einräumung eines Anspruches darauf, von diesem ebenfalls mit „Herr" angesprochen zu werden, verstößt gegen den Gleichheitsgrundsatz des Artikels 3 Abs. 1 Grundgesetz. Das Gericht hat das Entwürdigende der beanstandeten Regelung nicht schon in der Zumutung gesehen, sich abweichend von den Umgangsformen des gesellschaftlichen Verkehrs ohne die Beifügung der Bezeichnung „Herr" ansprechen zu lassen, sondern darin, daß zugleich verlangt wird, andere Personen im Hinblick auf die höhere Stellung nicht nur mit ihrem Dienstgrad anzureden, sondern außerdem mit „Herr" zu titulieren. Nach Auffassung des Gerichts wird durch eine derartige unterschiedliche gegenseitige Anrede eine Kluft zwischen militärischen Vorgesetzten und Untergebenen, zwischen höheren und niederen Ranggruppen aufgerissen bzw. beibehalten, die unter dem Gesichtspunkt des Gleichheitsgrundsatzes nicht gerechtfertigt ist.

Nach meinen Beobachtungen hatte die bisher praktizierte Form der Anrede kein ernsthaftes Problem der Bundeswehr dargestellt. Die überaus geringe Anzahl von Eingaben, die den Wehrbeauftragten zu dieser Frage erreichten, gab keine Veranlassung, von einer distanzierenden Wirkung zwischen Vorgesetzten und Untergebenen oder gar einer ernstzunehmenden Belastung des inneren Gefüges zu sprechen.

Aufgrund des Beschlusses des Bundesverwaltungsgerichtes hat der Bundesminister der Verteidigung bis zur Herausgabe der Neufassung der ZDv 10/4 nunmehr befohlen, daß sich Untergebene und Vorgesetzte sowie Soldaten verschiedener Dienstgradgruppen in Wahrnehmung dienstlicher Aufgaben gegenseitig mit „Herr" und Dienstgrad anzureden haben. Maßgebend für diese Entscheidung war die Angleichung der Anrede im militärischen Bereich an die allgemeinen gesellschaftlichen Umgangsformen. Unberührt von dieser gegenseitigen Anrede mit „Herr" und Dienstgrad bleibt die in der Befehls- und Kommandosprache übliche Anrede mit der Funktionsbezeichnung. Im übrigen bestimmt die vorläufige Regelung, daß im internen Dienstbetrieb die förmliche Anrede im gegenseitigen Einvernehmen entfallen kann.

Eine wechselseitig gleiche Anrede war aufgrund des Beschlusses des Bundesverwaltungsgerichtes geboten. Neben der jetzt getroffenen Lösung, für die ich mich zuvor in einem Einzelbericht an den Verteidigungsausschuß im Prinzip ebenfalls ausgesprochen hatte, wäre auch eine wechselseitige Anrede nur mit Dienstgrad und Namen möglich gewesen. Gewichtige Gründe der militärischen Kürze, der Sicherung der Funktionsfähigkeit und der kameradschaftlichen Verbundenheit in den Streitkräften sprachen für diese Regelung. Bei der Abwägung zwischen dieser stärker militär-orientierten und der vorhin genannten zivil-orientierten Lösung hat sich der Bundesminister der Verteidigung für die Anpassung an die üblichen gesellschaftlichen Gepflogenheiten entschieden. Die vorläufige Neuregelung war insbesondere in den ersten Wochen nach ihrem Inkrafttreten auch Gegenstand von Eingaben, in denen darüber Klage geführt wurde, daß die wechselseitige Anredeform mit „Herr" und Dienstgrad nicht überall beachtet werde. Dies sollte nach meinem Dafürhalten nicht überbewertet werden. Erfahrungsgemäß erweisen sich eingefahrene soziale Verhaltensweisen in Fragen von Stil und Form als recht zählebig und können nicht leicht auf dem Befehlswege von einem Tag auf den anderen durch neue Regelungen ersetzt werden.

Führungsstil und militärische Befehlsgewalt

Die in den letzten beiden Jahresberichten enthaltenen Beispiele aus dem Bereich der individuellen Menschenführung werden im folgenden durch weitere Fälle ergänzt und fortgeschrieben. Ihre Darstellung soll sowohl die Rechtsschranken für die Ausübung der Befehlsgewalt verdeutlichen als auch aufgetretene Fehler im Führungsverhalten der Vorgesetzen aufzeigen. Dabei ist jedoch zu beachten, daß von der hier getroffenen Auswahl nicht pau-

schal auf Rechtsbewußtsein und Führungsgeschick der militärischen Vorgesetzten geschlossen werden kann. In etwa der Hälfte aller Eingaben auf diesem Gebiet ergab meine Überprüfung in tatsächlicher oder rechtlicher Hinsicht keine Beanstandungen.

1. Beispiel

Ein Gefreiter trug vor, daß ihm als Teilnehmer eines Unterführeranwärterlehrgangs von seinen Vorgesetzten, einem Leutnant und einem Oberfeldwebel, befohlen worden sei, das Kommando über den angetretenen Lehrgang zu übernehmen und eine Vollzähligkeitsmusterung sowie eine Musterung von Uniformen und Waffen durchzuführen. Mit Billigung der anwesenden Vorgesetzten hatten sich einige Unterführer unter die angetretenen Soldaten gemischt; einige von ihnen hatten ihre Kopfbedeckung, andere die Waffe abgelegt. Der Gefreite zeigte sich bei der Erfüllung dieses ungewohnten Auftrags überfordert. Seine Unsicherheit führte zur Erheiterung der Ausbilder und zu Unruhe bei den angetretenen Soldaten. Schließlich meldete sich noch ein Lehrgangsteilnehmer hinzu, obwohl der Gefreite zuvor die Vollzähligkeit des angetretenen Lehrgangs festgestellt hatte. Über die sich steigernde Unsicherheit und Verwirrung des Gefreiten zeigte sich auch der Leutnant offen belustigt, der den Gefreiten von seinem Kommando erst dann ablöste, als dieser völlig die Fassung verloren hatte.

Ich habe in diesem Verhalten der verantwortlichen Vorgesetzten, die den Gefreiten bewußt der Lächerlichkeit preisgaben, eine herabsetzende Behandlung eines Untergebenen gesehen. Aufgrund meiner Einschaltung wurden die verantwortlichen Vorgesetzten vom Regimentskommandeur belehrt und verwarnt; im übrigen wurde der Fall auch in einem Kommandeurspraktikum der Division erörtert.

2. Beispiel

Drei Gefreite wandten sich in Eingaben dagegen, daß sie von ihrem Batteriechef kurz nach Mitternacht geweckt wurden und den Befehl erhielten, ihre Stube zu reinigen.

Mein Überprüfungsverfahren ergab, daß sich der Batteriechef zu einem Stubendurchgang um Mitternacht entschlossen hatte, weil der Batteriefeldwebel zuvor allgemein über mangelnde Ordnung und Sauberkeit in den Stuben geklagt hatte. Der Batteriechef führte den Stubendurchgang durch, obwohl der OvD die Stuben nach dem Zapfenstreich kontrolliert und keine Beanstandungen erhoben hatte. Da der Batteriechef bei seinem Stubendurchgang die Angaben des Batteriefeldwebels bestätigt fand, befahl er die gesamte Batterie in den Unterrichtsraum, brachte sein Mißfallen zum Ausdruck und veranlaßte die nochmalige Reinigung jener Stuben, die er nicht in sauberem Zustand angetroffen hatte.

Mit dem zuständigen Bataillonskommandeur habe ich die Auffassung vertreten, daß es sich hierbei um eine rechtswidrige erzieherische Maßnahme handelte, die den Dienst in unzulässiger Weise erschwerte und darüber hinaus nicht dem Grundsatz der Verhältnismäßigkeit entsprach.

3. Beispiel

Bei einem in Abwesenheit der Mannschaften durchgeführten Stubendurchgang entleerte ein Kompaniefeldwebel die von ihm vorgefundenen Abfalleimer und Aschenbecher auf Tisch und Boden der jeweiligen Stuben. Außerdem schüttete er den Inhalt mehrerer Taschen und Koffer, die auf den Spinden der Soldaten standen, auf den Boden aus.

Dieses Verhalten war keine angemessene Maßnahme, um den Befehl zur Sauberhaltung der Stuben durchzusetzen. Der Kompaniefeldwebel wurde entsprechend belehrt.

4. Beispiel

Ein Kompaniechef belehrte seine Soldaten während der Befehlsausgabe über Haar- und Barttracht. Hierzu befahl er drei Soldaten vor die Front und legte an diesen dar, wann eine Haartracht mit dem G 1-Hinweis vereinbar sei und wann nicht. Dabei wies er ausdrücklich darauf hin, daß es sich um die beispielhafte Illustrierung des G 1-Hinweises handele. Bei dem einen Soldaten bezeichnete er den Haarschnitt als zulässig, bei dem zweiten als einen Grenzfall und beim dritten Soldaten als dem G 1-Hinweis nicht mehr entsprechend.

Entgegen der Auffassung der betroffenen Soldaten habe ich in dem Befehl des Kompaniechefs, sich als Demonstrationsobjekt zur Verfügung zu stellen, keinen Verstoß gegen die Menschenwürde gesehen. Meine Überprüfung ergab, daß der Kompaniechef die Soldaten weder vor der Front getadelt noch durch abwertende Bemerkungen der Lächerlichkeit preisgegeben hat.

5. Beispiel

Einem zum OvD-Dienst eingeteilten Feldwebel, der einen Bart trug, war befohlen worden, den OvD-Dienst für die Dauer des Besuches eines Amtschefs wegen seines Bartes zu unterbrechen.

Dieser Befehl war schon deshalb rechtswidrig, weil sich der Bart des Feldwebels erwiesenermaßen in einem korrekten und gepflegten Zustand befand und deshalb mit dem G 1-Hinweis in Einklang stand. Darüber hinaus habe ich in diesem Befehl eine Diskriminierung des Feldwebels erblickt. Dies habe ich den betreffenden Vorgesetzten mitgeteilt.

6. Beispiel

Wegen Verstoßes gegen seine Dienstpflichten wurde gegen einen Soldaten eine erzieherische Maßnahme durch Vorverlegung des Zapfenstreiches an drei Tagen verhängt.

Dieser Befehl war rechtswidrig, da er gegen den Erlaß über erzieherische Maßnahmen verstieß.

Mannschaftsdienstgrade haben nach den einschlägigen Bestimmungen freien Ausgang bis zum Zapfenstreich, der allgemein auf 23.00 Uhr festgesetzt ist. Die Beschneidung dieses freien Ausganges ist nur aufgrund einer Ausgangsbeschränkung als Disziplinarstrafe oder aus ärztlichen Gründen zulässig. Der verantwortliche Vorgesetzte wurde entsprechend belehrt.

7. Beispiel

Bei einem Stuben- und Spindappell stellte der Kompaniefeldwebel fest, daß der Filter der ABC-Schutzmaske eines Gefreiten durchgerostet war und sich außerdem zwei alte Brötchen im Schutzmaskenbehälter befanden. Diesen Vorfall gab er bei der Befehlsausgabe bekannt und befahl dem Gefreiten daraufhin, mit hochgehaltener ABC-Schutzmaske die Front der Kompanie abzuschreiten. Da der Gefreite nach Ansicht des Kompaniefeldwebels diesen Befehl in einer zu schnellen Gangart ausführte, mußte er die Front ein zweites Mal abschreiten.

In Übereinstimmung mit dem zuständigen Bataillonskommandeur war ich der Auffassung, daß öffentliches Vorzeigen von mangelhaft gepflegtem oder unsachgemäß benutztem Gerät eine zulässige und erzieherisch sinnvolle Maßnahme darstellt. Der erteilte Befehl zum Abschreiten der Front war meiner Auffassung nach jedoch rechtswidrig, da er geeignet war, den betroffenen Soldaten vor seinen Kameraden unnötig bloßzustellen. Eine solche Maßnahme entspricht nicht den Grundsätzen der Inneren Führung.

8. Beispiel

Ein Schütze, der einen Bart trug, war aufgrund des schriftlichen Wachplanes zum Kasernenwachdienst eingeteilt. Bei Verlesung der Namen erklärte der verantwortliche Oberfeldwebel dem Soldaten, die Einteilung sei geändert, und er habe nunmehr das Munitionsdepot zu bewachen. Auf die Frage nach dem Grund dieser Änderungen entgegnete der Oberfeldwebel: „Sie glauben doch wohl nicht im Ernst, daß ich Sie mit Ihrem Gesicht vorn am Tor stehen lasse."

Mit dem Bataillonskommandeur war ich der Auffassung, daß eine derartige Äußerung mit den Grundsätzen der Inneren Führung nicht vereinbar ist. Der Oberfeldwebel wurde entsprechend belehrt.

9. Beispiel

Ein Gefreiter beschwerte sich darüber, daß sein Kompaniechef sich ihm gegenüber im Speisesaal in Anwesenheit aller Mannschaftsdienstgrade geäußert habe: „Gefreiter . . ., passen Sie auf, dann bekommen Sie auch keine seelischen Depressionen mehr." Über diese Äußerung hätten sich seine Kameraden lustig gemacht.

Mein Überprüfungsverfahren ergab, daß diesem Vorfall eine vertrauliche Aussprache zwischen dem Gefreiten und seinem Kompaniechef vorausgegangen war, in deren Verlauf der Gefreite von seinen seelischen Depressionen berichtet hatte. Durch diese zumindest gedankenlose Nichtbeachtung des vertraulichen Charakters einer derartigen persönlichen Mitteilung verstieß der Kompaniechef gegen die Grundsätze der Inneren Führung. Er wurde entsprechend belehrt und entschuldigte sich bei dem Gefreiten für sein Verhalten.

10. Beispiel

Ein Wehrpflichtiger verweigerte nach etwa fünf Monaten Wehrdienst die Ausführung aller Befehle. Gleichzeitig lehnte er es zunächst ab, einen Antrag auf Anerkennung als Kriegsdienstverweigerer aus Gewissensgründen zu stellen. Erst nach zwei Monaten konnte er durch seine Vorgesetzten von der Notwendigkeit der Antragstellung überzeugt werden. Der zuständige Prüfungsausschuß lehnte den Antrag auf Anerkennung als Kriegsdienstverweigerer ab. Dieser Bescheid wurde rechtskräftig. Dem Antrag auf fristlose Entlassung des betroffenen Soldaten wegen ernstlicher Gefährdung der militärischen Ordnung wurde nach fast vier Monaten stattgegeben.

Sowohl der Kompaniechef als auch der Bataillonskommandeur haben immer wieder versucht, den wehrpflichtigen Soldaten zur Einsicht zu bringen und auf die rechtlichen Konsequenzen seines Verhaltens aufmerksam zu machen. Gleichwohl blieb er bei seinem Entschluß, keinen Befehl auszuführen, keine Uniform anzuziehen und die dadurch entstehenden Folgen zu tragen.

Innerhalb eines halben Jahres wurde der Soldat wegen Gehorsamsverweigerung an 82 Tagen gemäß § 9 Wehrdisziplinarordnung vorläufig festgenommen, mit drei disziplinaren Arreststrafen bestraft, von denen er insgesamt 33 Tage verbüßte, und vom Jugendgericht mit zwei bzw. vier Wochen Dauerarrest belegt, wobei von der Vollstreckung der vierwöchigen Arreststrafe im Gnadenwege abgesehen wurde.

Sowohl die Truppe als auch der Soldat selbst wurden durch diese Vorgänge überaus belastet. Die Vorgesetzten haben nach geltendem Recht lediglich die Möglichkeit, Soldaten wegen eines Dienstvergehens vorläufig festzunehmen, wenn es die Aufrechterhaltung der Disziplin gebietet, eine disziplinare Würdigung herbeizuführen und gegebenenfalls die Sache zur strafrechtlichen Ahndung an die Strafverfolgungsbehörde abzugeben. Darüber hinaus eröffnet das Wehrpflichtgesetz die Möglichkeit, eine vorläufige Entlassung einzuleiten, wenn nach dem bisherigen Verhalten ein weiteres Verbleiben in der Bundeswehr die militärische Ordnung oder die Sicherheit der Truppe ernstlich gefährdet.

Zwar verletzten nach der Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichtes wiederholte disziplinare Arreststrafen wegen Dienstpflichtverletzungen von Soldaten, die noch nicht als Kriegsdienstverweigerer anerkannt sind, bei Beachtung des Grundsatzes der Verhältnismäßigkeit weder das Grundrecht aus Artikel 103 Abs. 3 Grundgesetz noch das Rechtsstaatsprinzip. Im vorliegenden Fall ist jedoch der

Grundsatz der Verhältnismäßigkeit durch die ständig wiederholte vorläufige Festnahme nicht beachtet worden. Diese wirkte sich gegenüber dem betroffenen Soldaten als freiheitsbeschränkender Eingriff von nahezu drei Monaten aus. Zudem stand nach spätestens zwei Monaten fest, daß der Soldat von seiner einmal gefaßten Meinung nicht mehr abzubringen war; auch die gerichtliche Bestrafung änderte seine Einstellung nicht. Zieht man aber in Erwägung, daß der Soldat damit mehr erreichte als ein als Kriegsdienstverweigerer anerkannter Wehrpflichtiger, der seinen zivilen Ersatzdienst abzuleisten hat, bleibt es unbefriedigend, wenn sich Wehrpflichtige auf diese Weise ihren staatsbürgerlichen Pflichten zu entziehen vermögen. In diesem Zusammenhang rege ich an zu prüfen, ob nicht auch dem militärischen Vorgesetzten die Befugnis gegeben werden sollte, in derartigen Fällen von Amts wegen das Anerkennungsverfahren als Kriegsdienstverweigerer einzuleiten.

4. Disziplinar- und Strafrecht

4.1 Neuordnung des Wehrdisziplinarrechts

Die Bundesregierung hat den Entwurf eines Gesetzes zur Neuordnung des Wehrdisziplinarrechts am 16. November 1970 dem Bundesrat zugeleitet (inzwischen Drucksache VI/1834). Der Entwurf faßt die früheren Regierungsvorlagen aus den Jahren 1967 und 1968 zusammen, geht aber inhaltlich über deren Zielsetzung hinaus. Er verfolgt das Ziel, das Disziplinarrecht für Soldaten dem Wandel der gesellschaftspolitischen Anschauungen anzupassen. Der Entwurf bezieht die Erkenntnisse aus der kritischen Bestandsaufnahme der Bundeswehr mit ein und trägt den Änderungen Rechnung, die in den letzten Jahren auf dem Gebiet des Beamtendisziplinarrechts, des Strafrechts und des Soldatenversorgungsrechts ergangen sind. Weitere Änderungen ergeben sich aus der neuen Spitzengliederung im Bundesministerium der Verteidigung.

Im einzelnen enthält der Gesetzentwurf im Hinblick auf die Wehrdisziplinarordnung (WDO) folgende Neuerungen:

a) Die Disziplinargewalt der unteren Disziplinarvorgesetzten wird gestärkt. Die Befugnisse der Einheitsführer und Bataillonskommandeure, im Zusammenhang mit förmlichen Anerkennungen Sonderurlaub zu erteilen, werden erweitert. Die Kompaniechefs sollen die Möglichkeit erhalten, gegenüber Unteroffizieren und Mannschaften Arrest bis zu sieben Tagen zu verhängen. Die bisher auf das disziplinargerichtliche Verfahren beschränkte Durchsuchung und Beschlagnahme soll künftig auf richterliche Anordnung auch in einfachen Disziplinarverfahren durch den Disziplinarvorgesetzten möglich sein. Bei Arrest soll der Richter zugleich mit der Rechtmäßigkeitserklärung die sofortige Vollstreckbarkeit der Maßnahme anordnen können, wenn dies im Einzelfall zur Aufrechterhaltung der militärischen Ordnung geboten ist. In diesen Fällen hat die Beschwerde keine aufschiebende Wirkung.

b) Das Verhältnis von strafgerichtlicher und disziplinarer Ahndung wird dahin gehend neu geregelt, daß wegen derselben Tat einfache Disziplinarmaßnahmen sowie Gehaltskürzung und Kürzung des Ruhegehalts nur noch verhängt werden dürfen, wenn dies zur Aufrechterhaltung der militärischen Ordnung oder der Wahrung des Ansehens der Bundeswehr erforderlich ist.

c) Die Verfahrensvorschriften für die Tilgung von Disziplinarmaßnahmen werden vereinfacht. Auch sollen die Gehaltskürzungen sowie mißbilligende Äußerungen, soweit sie in die Personalakten aufgenommen worden sind, der Tilgung unterliegen. Sind seit einem Dienstvergehen mehr als drei Jahre vergangen, darf eine Gehaltskürzung nicht mehr verhängt werden.

d) Die einfache Disziplinarstrafe der Soldverwaltung soll abgeschafft werden, weil sie als nicht mehr zeitgemäß empfunden wird und zudem einen erheblichen Verwaltungsaufwand bei der Vollstreckung verursacht. Auch sollen die Laufbahnstrafen der Versagung des Aufsteigens im Gehalt und der Zurückstufung in eine niedrigere Dienstaltersstufe entfallen, da diese Strafen bei langer Vollstreckungsdauer zu unangemessen hohen finanziellen Einbußen führen. An die Stelle der entfallenden Laufbahnstrafen soll als neue gerichtliche Disziplinarmaßnahme ein Beförderungsverbot von mindestens ein bis höchstens vier Jahren treten.

e) Der Rechtsschutz des Soldaten wird verstärkt. In größerem Ausmaße als bisher soll er die Möglichkeit erhalten, gegen Maßnahmen seiner Disziplinarvorgesetzten das Truppendienstgericht anzurufen. Auch das Recht auf Akteneinsicht wird erweitert. Auf Antrag des Soldaten soll die Hauptverhandlung vor dem Wehrdienstgericht öffentlich durchgeführt werden; das Gericht soll jedoch die Öffentlichkeit ausschließen können, wenn dies zum Schutz der Bundeswehr oder ihrer Einrichtungen zwingend geboten ist.

Darüber hinaus sollen künftig Pflichtverletzungen außer Dienst nur noch disziplinar geahndet werden, wenn der Soldat durch sein Verhalten das Ansehen der Bundeswehr oder die Achtung und das Vertrauen, die seine dienstliche Stellung erfordert, ernsthaft beeinträchtigt hat.

Die gegenwärtig bestehenden sechs Truppendienstgerichte mit insgesamt 26 Kammern sollen zu drei Großgerichten unter jeweils einem Präsidenten zusammengefaßt werden, dem auch die Dienstaufsicht über die Truppendienstrichter übertragen wird.

Im Wehrbeschwerderecht sind gleichfalls Neuerungen vorgesehen. Im wesentlichen soll die Wehrbeschwerdeordnung (WBO) in folgenden Punkten geändert werden:

a) Die alte Streitfrage, ob in der Begründung des Beschwerdebescheides, der ein disziplinar zu

würdigendes Verhalten des Betroffenen beanstandet, die im Einzelfall konkret verhängte Disziplinarstrafe oder nur die Tatsache einer disziplinaren Würdigung dem Beschwerdeführer mitzuteilen ist, wird — auch im Hinblick auf den vertraulichen Charakter der Verhängung einer Disziplinarmaßnahme — dahin gehend entschieden, daß dem Beschwerdeführer lediglich übermittelt wird, ob gegen den Betroffenen eine Disziplinarmaßnahme verhängt oder hiervon abgesehen wurde.

b) Die Wehrbeschwerdeordnung soll erstmalig eine Kostenvorschrift für das Verfahren vor den Wehrdienstgerichten enthalten. Die Erstattung der erwachsenen notwendigen Auslagen einschließlich der Kosten eines Rechtsanwaltes wird im Falle erfolgreicher Beschwerdeführung ermöglicht.

c) Bei Beschwerden in truppendienstlichen Angelegenheiten soll die Anrufung des Bundesministers der Verteidigung entfallen, die bisher neben dem Antrag auf Entscheidung des Truppendienstgerichtes zugelassen war.

d) Zur Entlastung der Leitung des Bundesministeriums der Verteidigung soll bei Beschwerden in truppendienstlichen Angelegenheiten die Zeichnungsbefugnis delegiert werden können. Die gerichtliche Nachprüfung von Entscheidungen der Inspekteure über weitere Beschwerden soll dem Bundesverwaltungsgericht (Wehrdienstsenate) obliegen.

e) In Anpassung an die Verwaltungsgerichtsordnung soll in Verwaltungsangelegenheiten die weitere Beschwerde entfallen.

Die vorgesehenen Neuerungen erscheinen geeignet, die in der Praxis seit Jahren aufgetretenen Zweifelsfragen zu beseitigen, die prozessuale Ausgestaltung der Wehrbeschwerdeverfahren zu vereinfachen und die Wehrbeschwerdeordnung an die veränderte Spitzengliederung im Bundesministerium der Verteidigung anzupassen.

4.2 Fragen des Strafvollzugs im Bereich der Streitkräfte

Die unterschiedlichen Vollzugsordnungen für die Vollstreckung disziplinarer und gerichtlicher Freiheitsstrafen führen zu Schwierigkeiten beim Vollzug. Der Bundesminister der Verteidigung hat mir mitgeteilt, daß er in Einrichtungen der Bundeswehr einen Einheitsvollzug anstrebt. Die Neufassung der Vollzugsvorschrift für den disziplinaren Arrest sieht vor, daß in Übereinstimmung mit § 9 des Wehrstrafgesetzes und § 5 der Strafarrestvollzugsordnung auch beim Vollzug des disziplinaren Arrestes eine Teilnahme am Dienst die Regel sein soll. Auf dieser Grundlage werden gegenwärtig die Verwaltungsvorschriften für den Strafvollzug überarbeitet.

4.3 Disziplinarrechtliche Einzelfragen

Das Bundesverwaltungsgericht hat seine bisherige Rechtsprechung aufgegeben, nach der *Trunkenheit am Steuer* außer Dienst bei Berufssoldaten und Soldaten auf Zeit in aller Regel mit einer Laufbahnstrafe zu ahnden war, und für leichtere Fälle dieser Art eine Ausnahme von diesem Grundsatz zugelassen. Dementsprechend hat der Bundesminister der Verteidigung seinen Erlaß „Trunkenheit am Steuer" neu gefaßt (VMBl. 1970 S. 233).

Obwohl der Bundesminister der Verteidigung durch Erlaß vom 13. Juni 1967 die *Überwachung des Schriftverkehrs der Arrestanten* ohne Einschränkung untersagt hatte, habe ich im Berichtsjahr dennoch wiederholt Verstöße festgestellt, weil den vollstreckenden Vorgesetzten dieser Erlaß nicht bekannt war. Ich rege deshalb an, diesen wichtigen Erlaß nicht nur auf dem vorgeschriebenen Dienstweg, sondern auch im Ministerialblatt des Bundesministers der Verteidigung zu veröffentlichen.

Auch gegen die Vorschrift des § 42 b WDO, nach der die *Erteilung von Auskünften über einfache Disziplinarstrafen* an Stellen außerhalb der Bundeswehr untersagt ist, sofern es sich nicht um Mitteilungen in Strafverfahren an Staatsanwaltschaften und Gerichte handelt, wurde im Berichtsjahr verstoßen. So teilte ein Kompaniechef auf Anfrage einer Oberpostdirektion mit, daß ein demnächst ausscheidender Zeitsoldat bisher dreimal disziplinar bestraft worden sei. Auch wenn weder die Dienstvergehen noch Art und Maß der verhängten Disziplinarstrafen bekanntgegeben wurden, liegt gleichwohl ein Verstoß gegen § 42 b Abs. 1 WDO vor. In einem anderen Fall übersandte der Kompaniechef die Personalakten eines Stabsunteroffiziers, der sich um Einstellung in den Justizvollzugsdienst beworben hatte, an die zuständige Justizbehörde, ohne vorher die Disziplinarunterlagen entfernt zu haben. Die Bewerbung des Stabsunteroffiziers wurde abgelehnt. Auch hier liegt ein Verstoß gegen § 42 b Abs. 1 WDO vor. Nicht statthaft ist ferner bereits die Äußerung eines Disziplinarvorgesetzten gegenüber einem bestraften Soldaten, daß er dem künftigen zivilen Arbeitgeber von der dispizlinaren Bestrafung Mitteilung machen werde. Eine solche Drohung wurde mir in einer Disziplinarbeschwerdesache vor dem Truppendienstgericht bekannt.

4.4 Strafrechtliche Fragen

Infolge der zahlreichen Änderungen des Strafgesetzbuches in den letzten Jahren war es notwendig, die Fragen der *Abgabe von Straftaten* seitens der Disziplinarvorgesetzten an die Staatsanwaltschaften neu zu regeln. Dies ist im Berichtsjahr durch Erlaß geschehen (VMBl. 1970 Seiten 226 und 228). Die Neufassung macht es jedem Disziplinarvorgesetzten zur Pflicht, bei der Abgabe einer Straftat an die Staatsanwaltschaft zugleich anzugeben, ob wegen derselben Tat bereits eine disziplinare Bestrafung erfolgt ist oder erfolgen soll. Die Staatsanwaltschaft wird hierdurch in die Lage versetzt, die Frage der Einstellung wegen Geringfügigkeit

nach § 153 Strafprozeßordnung eingehender zu prüfen und gemäß § 60 Strafgesetzbuch bei einer disziplinaren Arreststrafe auf deren Anrechnung im Falle eines Freiheitsentzuges beim nachfolgenden Strafverfahren hinzuwirken. In diesem Zusammenhang ist darauf hinzuweisen, daß die Justizminister der Länder die Vorschrift des § 39 der Strafvollstreckungsordnung der durch das erste Strafrechtsänderungsgesetz geschaffenen Rechtssitutation insoweit angepaßt haben, als jetzt ausdrücklich bestimmt wird, daß bei der Strafzeitberechnung der disziplinare Arrest auch ohne Ausspruch des Gerichts angerechnet werden muß. Auf die zahlreichen Fälle der Nichtberücksichtigung des einschlägigen Beschlusses des Bundesverfassungsgerichts vom 2. Mai 1967 (BVerfGE Band 21 Seite 378 ff.) seitens der erkennenden Gerichte hatten die Jahresberichte 1968 und 1969 aufmerksam gemacht. Zweckmäßig wäre es, den Disziplinarvorgesetzten die Form der Mitteilung der wegen derselben Tat verhängten Disziplinarstrafe an die Staatsanwaltschaft vorzuschreiben, da ein Auszug aus dem Disziplinarbuch der betreffenden Einheit die Strafverfolgungsbehörde aufgrund ihres Legalitätsprinzips zwingt, wegen des Sachverhaltes, der zu früheren Disziplinarbestrafungen führte, gegebenenfalls von Amts wegen ein Ermittlungsverfahren einzuleiten. Auf dieses bisher ungeklärte Problem hat der Jahresbericht 1969 aufmerksam gemacht.

In den letzten Jahren wurde die Frage aufgeworfen, ob es zweckdienlich sei, die *Feldjäger zu Hilfsbeamten der Staatsanwaltschaft* zu bestellen. Eine solche Maßnahme verbietet sich jedoch aus Rechtsgründen. Alle bisher zu Hilfsbeamten der Staatsanwaltschaft kraft Gesetzes oder sonstigen Rechtsaktes bestellten Personen sind Bundes- oder Landesbeamte. Die Feldjäger sind jedoch Soldaten und als solche den Befehlen ihrer militärischen Vorgesetzten unterworfen. Als Hilfsbeamte der Staatsanwaltschaft hätten sie zugleich den Anordnungen der Strafverfolgungsbehörden Folge zu leisten. Der hierdurch entstehende Konflikt zwischen soldatischer Gehorsamspflicht und beamtenrechtlicher Weisungsunterworfenheit ist unlösbar. Als Hilfsbeamter der Staatsanwaltschaft wären die Feldjäger zudem dem Legalitätsprinzip unterworfen, dessen Ausdehnung auf militärische Organe sich jedoch insbesondere wegen der Regelung in § 21 Abs. 2 Wehrdisziplinarordnung verbietet, wonach der Disziplinarvorgesetzte die Befugnis hat, über die Abgabe an die Staatsanwaltschaft zu entscheiden.

Die *Strafgerichtsbarkeit in Wehrstrafsachen* steht wegen der Eigenart des militärischen Dienstes immer wieder vor schwierigen Aufgaben. Dies mag folgender Fall verdeutlichen:

Ein Feldwebel einer ABC-Abwehrkompanie hatte als Fahrlehrer den Auftrag, mit sieben Lehrgangsteilnehmern auf einem Mannschaftstransportwagen (MTW 113) vor der anberaumten Fahrprüfung eine letzte Übungsfahrt durchzuführen. Während der Fahrt drängten die Soldaten im Hinblick auf den bevorstehenden Abschluß des Lehrganges ihren Fahrlehrer immer wieder, er möge ihnen den MTW 113 auch einmal schwimmend vorführen. Durch ihre Hartnäckigkeit gelang es schließlich den Lehrgangsteilnehmern, die anfänglichen Bedenken des Feldwebels zu zerstreuen. Um die Schwimmfähigkeit des Fahrzeugs zu demonstrieren, fuhr er mit dem MTW 113 in einen Baggersee ein, obwohl im Fahrbefehl eine Wasserfahrt ausdrücklich untersagt war. Wegen Nichtbeachtung sämtlicher einschlägiger Sicherheitsvorschriften lief das Fahrzeug voll Wasser und versank. Während sich sechs Fahrschüler und der Fahrlehrer retten konnten, ertrank der siebte Soldat.

Durch Urteil eines Schöffengerichtes vom 26. Januar 1970 wurde der Fahrlehrer wegen fahrlässiger Tötung gemäß § 222 Strafgesetzbuch zu einer Geldstrafe von 1000 DM ersatzweise 50 Tagen Gefängnis rechtskräftig verurteilt. Die Bestimmungen des bis zum 31. März 1970 geltenden § 47 Wehrstrafgesetz a. F. hatte das Gericht nicht angewandt, weil es der Auffassung war, der MTW 113 sei weder eine „Waffe" noch ein „Kampfmittel" im Sinne dieser Vorschrift.

Diese Rechtsauffassung teile ich nicht. Der MTW 113 ist als schwimmfähiges, gepanzertes und bewaffnetes Kettenfahrzeug unzweifelhaft ein „Kampfmittel", dessen Verwendungszweck darin besteht, Kampftruppen schnell und geschützt auf das Gefechtsfeld zu transportieren. Der Tod eines Soldaten als Folge des Verstoßes gegen den Fahrbefehl und sämtliche Sicherheitsvorschriften hätte deshalb gemäß § 47 Abs. 3 Nr. 3 Wehrstrafgesetz a. F. zur Prüfung der Frage führen müssen, ob die Wahrung der Disziplin nicht die Verurteilung zu einer Freiheitsstrafe erfordert hätte.

Auch dieser Fall ist für mich Veranlassung, die Anregung des Jahresberichtes 1969 zu wiederholen, die prozessualen Rechte des Wehrbeauftragten in Strafverfahren über die in § 3 Nr. 6 Wehrbeauftragtengesetz begründeten Befugnisse hinaus zu stärken. Ähnlich wie der Vertreter des öffentlichen Interesses im Verwaltungsgerichtsverfahren oder der Vertreter der Jugendgerichtshilfe sollte der Wehrbeauftragte in Wehrstrafsachen sowohl dem erkennenden Gericht als auch dem angeklagten Soldaten gegebenenfalls helfend und aufklärend zur Seite stehen können. Hierzu müßte ihm das Recht zugebilligt werden, sich vor der Hauptverhandlung in tatsächlicher und rechtlicher Hinsicht gutachtlich zu äußern und in der Hauptverhandlung Stellungnahmen und Erklärungen abzugeben (§§ 256, 257 a Strafprozeßordnung). Auf diese Weise könnte der Grundrechtsschutz effektiver ausgeübt und die spezifische Sachkenntnis meines Amtes der zivilen Strafgerichtsbarkeit in Wehrstrafsachen in stärkerem Umfang zur Verfügung gestellt werden.

4.5 Rauschmittelkonsum in der Bundeswehr

Die in den letzten Jahren unter der Jugend festzustellende besorgniserregende Verbreitung von Drogen und Rauschmitteln hat auch vor den Kasernen der Bundeswehr nicht haltgemacht. Am stärksten treten in Erscheinung die aus dem indischen Hanf

(cannabis indica) gewonnenen Rauschmittel Marihuana und Haschisch. Durch Meldungen über besondere Vorkommnisse, Presseberichte, Strafverfahren, Disziplinarstrafen und parlamentarische Anfragen im Bundestag wurde die Zunahme des Rauschmittelgenusses unter den Soldaten offenkundig.

Über die tatsächliche Verbreitung des Haschischgenusses in den Streitkräften lassen sich verbindliche Angaben nicht machen. Pressemeldungen zufolge wurden in der zweiten Hälfte des Berichtsjahres innerhalb einer Division dreißig Fälle von Haschischkonsum festgestellt. Die überwiegende Anzahl dieser Soldaten hatte bereits vor der Einberufung zum Wehrdienst Rauschmittel zu sich genommen. In einem Wehrbereich wurden im Berichtsjahr in der Zeit vom 1. Juli bis 30. September 32, im Oktober 34 und im November 40 der Rauschmittelkriminalität tatverdächtige Soldaten ermittelt. Bekanntgewordene Fälle des Rauschmittelkonsums wurden von der Truppe zunächst als besondere Vorkommnisse gemeldet, um den Bundesminister der Verteidigung auf die Zunahme des Rauschmittelmißbrauchs in den Streitkräften aufmerksam zu machen. Späterhin wurde allgemein wieder nach der ZDv 10/13 verfahren, die eine Meldung bei Gebrauch von Rauschmitteln nicht vorschreibt, weil der Bundesminister der Verteidigung der Ansicht war, daß der Rauschmittelmißbrauch in der Bundeswehr kein spezifisches Problem der Streitkräfte und im übrigen die Situation in der Truppe nicht besorgniserregend sei.

Der Cannabis-Rauschzustand ist vor allem durch eine Derealisation (Entrückung aus der Wirklichkeit) des Konsumenten gekennzeichnet; als typisches Halluzinogen kann Haschisch die Wahrnehmung von nichtvorhandenen Farben, Gerüchen, Rhythmen vermitteln oder vorhandene verändern. Probleme verlieren ihre Schwergewichtigkeit und scheinen leichter lösbar. Zeitbegriffe gehen durcheinander, es stellt sich ein Gefühl der Schwerelosigkeit ein. Über Folgen und Auswirkungen des Genusses von Haschisch herrschen in der Wissenschaft kontroverse Auffassungen; insbesondere sind die Fragen der möglichen physischen und psychischen Schädigungen noch nicht endgültig abgeklärt.

Unabhängig davon steht jedoch außer Zweifel, daß Haschisch rauchende Soldaten für militärische Funktionen nicht verwendungsfähig und erhöht unfallgefährdet sind. So mußten zwei im Flugsicherungsdienst eingesetzte Soldaten auf Zeit fristlos entlassen werden, weil sie durch Rauschmittelgenuß ein Risiko für die Flugsicherheit geworden waren. Ein Soldat der Marine stürzte nach Haschischgenuß bei ruhigem Wetter von einem vor Anker liegenden Schiff über Bord und ertrank. Der Bundeswehrführerschein eines anderen Soldaten mußte wegen Rauschmittelgebrauches eingezogen werden. Ein Panzersoldat schlief immer wieder an Tagen nach einem Haschischrausch im Panzer ein und fiel sogar öfters im Schlaf vom Sitz, obwohl die Bewegungen des im Gelände fahrenden Panzers ihn hätten wachhalten und aufwecken müssen. Zwei weitere Soldaten mußten wegen Rauschmittelgenusses vom Wachdienst abgelöst werden. Ein im Haschischrausch angetroffener Kompaniefeldwebel wurde wegen vorsätzlicher falscher Anschuldigung angeklagt, weil er wahrheitswidrig behauptet hatte, sein Rauschzustand sei durch Untergebene arglistig herbeigeführt worden. Soldaten stahlen ihren Kameraden LSD-Tabletten. Ein GvD verkaufte im Beisein des UvD auf dem UvD-Zimmer Haschisch an Soldaten. Es gibt Soldaten, die den größten Teil ihres Soldes für den Erwerb von Rauschmitteln ausgeben. In einzelnen Fällen wurden während des technischen Dienstes statt normaler Zigaretten sogenannte Haschisch-Joints geraucht. Ein stark süchtiger Rekrut mußte wenige Tage nach seiner Einberufung wieder entlassen werden, weil er unter Haschischeinfluß mehrfach Befehlsverweigerungen begangen hatte.

Nachdem zuvor in einigen Großverbänden durch entsprechende Befehle der Genuß von Haschisch schriftlich verboten worden war, hat nunmehr auch der Bundesminister der Verteidigung die Kommandeure auf die Wirkungen und Gefahren des Haschischgenusses, die Möglichkeiten der Erkennung eines Rausches sowie auf die strafrechtliche und disziplinarrechtliche Würdigung durch Befehl von 19. Januar 1971 hingewiesen und den Genuß von Rauschmitteln durch Soldaten während des Dienstes sowie innerhalb militärischer Unterkünfte verboten. Eine Verletzung dieses Verbots ist als Dienstvergehen disziplinar zu würdigen; Verstöße gegen das Opiumgesetz sind darüber hinaus an die Staatsanwaltschaft zur Verfolgung abzugeben. Ferner hat der Bundesminister der Verteidigung die Vorgesetzten darauf hingewiesen, in der Truppe erkannte Rauschmittelkonsumenten unverzüglich dem Truppenarzt vorzustellen und mit Rat und Hilfe der Truppenärzte in geeigneter Form auf die Gefahren des Rauschmittelgenusses aufmerksam zu machen.

In diesem Zusammenhang sei darauf hingewiesen, daß nach dem Gesetz über den Verkehr mit Betäubungsmitteln (Opiumgesetz) vom 10. Dezember 1929 der Handel (Erwerb und Weitergabe) mit Haschisch und anderen Rauschmitteln mit Freiheitsstrafen bis zu drei Jahren und mit Geldstrafe oder mit einer dieser Strafen bedroht sind. Zugleich erfüllt der Erwerber von Haschisch aus orientalischen Ländern den Tatbestand der Steuerhehlerei im Sinne der Abgabenordnung.

Mit strafrechtlichen und disziplinarrechtlichen Ahndungen allein ist das Rauschmittelproblem auch in den Streitkräften nicht wirksam zu bekämpfen. Hinzu kommen muß eine breitgefächerte Aufklärung über die Gefahren des Rauschmittelgenusses, wie sie auch das Aktionsprogramm der Bundesregierung zur Bekämpfung des Drogen- und Rauschmittelmißbrauchs vorsieht. Der Bundesminister der Verteidigung beabsichtigt, den Kompanien hierfür geeignetes Material zur Verfügung zu stellen, mit dessen Hilfe diese notwendige Informationsaufgabe gelöst werden kann.

5. Einzelberichte und Weisungen

Im Berichtsjahr sind dem Wehrbeauftragten vom Bundestag und vom Bundestagsausschuß für Verteidigung keine Weisungen zur Prüfung bestimmter Vorgänge erteilt worden.

Zum Bearbeitungsstand der Fälle, die der Wehrbeauftragte auf Weisung des Verteidigungsausschusses zu prüfen hat und auf die im Jahresbericht 1969 eingegangen wurde, ist folgendes zu bemerken:

a) In der Strafsache wegen des Überfalls auf das Munitionsdepot Lebach ist das Urteil gegen die Angeklagten am 7. August 1970 vom Schwurgericht Saarbrücken verkündet worden. Der abschließende Einzelbericht konnte bisher nicht erstattet werden, weil das Urteil noch keine Rechtskraft erlangt hat.

b) Die Prüfung des Vorfalls, bei dem ein Wehrpflichtiger im Zusammenhang mit der Vollstreckung einer Disziplinarstrafe tödlich verletzt worden war, ist abgeschlossen. Den abschließenden Bericht hierüber habe ich am 21. November 1970 dem Verteidigungsausschuß erstattet.

c) Die Prüfung des Unfalls, bei dem ein Sanitätsgefreiter durch den Gebrauch von Nebelmitteln tödliche Vergiftungen erlitten hatte, ist abgeschlossen, nachdem das Urteil des Landgerichts Kempten rechtskräftig geworden ist. Der Bericht an den Verteidigungsausschuß kann nunmehr erstattet werden.

Im Berichtsjahr habe ich aufgrund des Beschlusses des Verteidigungsausschusses vom 13. April 1967 insgesamt sieben Vorgänge, die sich auf Schadensersatzansprüche von und gegenüber Soldaten bezogen, mit der Bitte vorgelegt, mir die Weisung zur Prüfung zu erteilen. Der Verteidigungsausschuß hat in allen Fällen der Prüfung zugestimmt.

6. Anregungen und Vorschläge

Der vorliegende Tätigkeitsbericht für das Jahr 1970 enthält eine Anzahl von Vorschlägen und Empfehlungen, die ich abschließend zusammenfasse. Diese Anregungen erscheinen geeignet, die mir in Wahrnehmung meines Verfassungsauftrages bekanntgewordenen Unzulänglichkeiten im inneren Gefüge der Bundeswehr zu beseitigen.

Seite

1. Ergänzung der Ziffer 71 der ZDv 10/5 in der Weise, daß das Wertfach nur aufgrund richterlicher Anordnung durchsucht werden darf 8
2. Erteilung eindeutiger Richtlinien und Weisungen an die Truppe im Falle der Agitation von radikalen Kräften 13
3. Entwicklung der Inneren Führung zu einer allgemeinen militärischen Führungslehre unter pädagogischem Aspekt im Zusammenhang mit den Bemühungen um eine Konkretisierung der Grundsätze der Inneren Führung 17
4. Wissenschaftliche Analyse über die Möglichkeiten und Grenzen der Integration der Streitkräfte in die Gesellschaft 18
5. Neuordnung der Bildung und Ausbildung in der Bundeswehr nur in enger Zusammenarbeit mit den zivilen Gremien der Bildungsreform; Schaffung befriedigender Regelungen für die gedienten Studienbewerber, insbesondere in Fragen der Zulassung und der termingerechten Aufnahme des Studiums 20
6. Überprüfung des Begriffs „Geistige Rüstung" in der ZDv 12/1 22
7. Intensivierung des politischen und staatsbürgerlichen Unterrichts unter vermehrter Heranziehung von Persönlichkeiten aus dem zivilen Bereich 22
8. Erleichterungen für die Teilnahme interessierter Soldaten im Rahmen der dienstlichen Möglichkeiten an staatsbürgerlichen Bildungsveranstaltungen außerhalb der Bundeswehr 23
9. Einrichtung einer Stabsabteilung für Öffentlichkeitsarbeit bei den Kommandobehörden 24
10. Verbesserungen in der Ausbildung angehender Presseoffiziere 24
11. Ergänzung der Schrift „Gebrauchsanweisung für die Bundeswehr" durch zivile Informationsschriften mit Hinweisen auf soziale, kulturelle und sportliche Möglichkeiten am jeweiligen Standort 25
12. Großzügigere Handhabung des Kostenerstattungsanspruchs bei durchgeführten Hilfeleistungen der Bundeswehr unter dem Gesichtspunkt eines besseren Verhältnisses von Bundeswehr und Gesellschaft 25
13. Schnellere Bearbeitung und Bescheidung der Übernahmeanträge in das Dienstverhältnis eines Berufssoldaten 28
14. Angemessene Versorgung wehrübender Beamter im Falle einer Wehrdienstbeschädigung 29
15. Vereinfachung und Beschleunigung der Nachweis- und Berechnungsverfahren bei der Zahlung der Verdienstausfallentschädigung an wehrübende Soldaten .. 29
16. Verbindliche Abmachungen des Bundesministers der Verteidigung mit den Universitäten über eine verzugslose Zulassung der Sanitätsoffizieranwärter zur Aufnahme ihres medizinischen Studiums 30
17. Überprüfung der Einstellungsvoraussetzungen für Offiziere mit wissenschaftlicher Vorbildung (insbesondere Offiziere des militärgeographischen Dienstes) 30

Seite

18. Prüfung der Einsatz- und Verwendungsmöglichkeiten von älteren Truppenoffizieren mit volks- oder betriebswirtschaftlicher Vorbildung 30

19. Anrechnung der Studienzeiten auf die Berechnung des Ruhegehaltes bei Truppenoffizieren mit wissenschaftlicher Vorbildung, die nach ihrer Einstellung auf Dienstposten mit wissenschaftlichen Qualifikationsmerkmalen verwendet werden 30

20. Überprüfung der bisher praktizierten weitgehenden Gleichsetzung der Soldaten mit zivilen Bediensteten des Bundes bei der Gewährung von Zulagen 30

21. Gewährung einer Inselzulage für die auf den deutschen Nordseeinseln stationierten Soldaten 31

22. Zahlung der Zulage Dienst zu ungünstigen Zeiten auch an wehrpflichtige Soldaten 31

23. Gewährung der Zulage für Berufssanitätsoffiziere auch an Sanitätsoffiziere auf Zeit 31

24. Überprüfung der Aufteilung der Einzugsgebiete 32

25. Beauftragung der S 1-Offiziere mit der Beratung der Soldaten und ihrer Betreuung während der Lehrgänge an den Bundeswehrfachschulen 32

26. Neuordnung der Zuständigkeit des Berufsförderungsdienstes für die Betreuung der Soldaten in den Bundeswehrfachschulen 33

27. Verbesserung der Personallage (Fachschullehrer) an den Bundeswehrfachschulen 33

28. Bessere Ausgestaltung der Unterrichtsräume und großzügigere Ausstattung mit Lehr- und Unterrichtsmaterialien in den Bundeswehrfachschulen 33

29. Überprüfung der Unterkunftsverhältnisse an den Bundeswehrfachschulen 33

Seite

30. Einrichtung einer sozialpolitischen Abteilung im Bundesministerium der Verteidigung in Übereinstimmung mit dem Jahresbericht 1969 33

31. Überprüfung der Frage des Heizkostenzuschusses 35

32. Erhöhung der Personalstärke der Flugabwehrraketenbataillone 35

33. Überprüfung und Verbesserung der Unterkunftsräume, insbesondere der sanitären Anlagen, für die Besatzung von Werftliegern 36

34. Überprüfung der Frage, warum Besatzungsangehörige von Werftliegern mit Bundeswehrführerscheinen nicht Dienstkraftfahrzeuge der Stützpunktkommandos fahren dürfen 36

35. Verstärkte Bestrebungen zur Verkürzung der Werftliegezeit und zur Einhaltung der Werftkündigungstermine 36

36. Frühzeitige Bekanntgabe geplanter personeller Veränderungen, insbesondere bei Umgliederungen 37

37. Verbesserung des beiderseitigen Informationsflusses auf allen Ebenen der militärischen Hierarchie 38

38. Bessere Unterrichtung über den Erlaß betreffend die Überwachung des Schriftverkehrs der Arrestanten 42

39. Verbindliche Regelungen über die Form der Mitteilung von sachgleichen Disziplinarmaßnahmen bei der Abgabe von Straftaten an die Staatsanwaltschaft 42

40. Gesetzliche Verbesserungen für die Beobachtung der Strafrechtspflege durch den Wehrbeauftragten 43

Ich hoffe, daß die vorstehenden Anregungen und Vorschläge von den zuständigen Stellen aufgegriffen, geprüft und gegebenenfalls verwirklicht werden.

Anlage 1

Geschäftsstatistik für das Berichtsjahr 1970

Die nachfolgende Statistik ist auf die Auswertung der im Berichtsjahr abgeschlossenen Einzelvorgänge abgestellt. Um jedoch ein umfassendes Bild vom tatsächlichen Arbeitsanfall zu vermitteln, enthält die Übersicht in Abschnitt I Zahlen aller im Berichtsjahr bearbeiteten Vorgänge, unabhängig davon, ob diese abgeschlossen worden sind oder nicht.

Viele Eingaben, Beschwerden und sonstige Vorgänge haben mehrere Sachverhalte zum Gegenstand. So liegen den im Jahre 1970 abschließend bearbeiteten 6 059 Vorgängen 6463 Einzelanliegen zugrunde.

I. Übersicht über die im Berichtsjahr 1970 bearbeiteten Eingaben, Beschwerden und sonstigen Vorgänge i. S. des § 2 Abs. 1 und 2 des Gesetzes über den Wehrbeauftragten des Bundestages

II. Ergebnisse der Tätigkeit des Wehrbeauftragten

III. Inhalt der abschließend bearbeiteten Eingaben, Beschwerden, Weisungen und sonstigen Vorgänge, aufgegliedert nach Einsendern und sonstigen Erkenntnisquellen

IV. Status und Dienstgradgruppe der betroffenen Soldaten, aufgegliedert nach dem Inhalt

V. Bearbeitungsgang, aufgegliedert nach dem Inhalt

VI. Erledigung der Eingaben, Beschwerden, Weisungen und sonstigen Vorgänge, aufgegliedert nach dem Inhalt

VII. Truppenbesuche und Vortragstätigkeit

I.

Übersicht über die bearbeiteten Eingaben, Beschwerden und sonstigen Vorgänge i. S. des § 2 Abs. 1 und 2 des Gesetzes über den Wehrbeauftragten des Bundestages

1.	Eingaben und Beschwerden sowie Vorgänge, die auf andere Weise bekanntgeworden sind — davon 64 durch Truppenbesuche —		7 142
	abzüglich		
	Eingaben usw., die den Aufgabenbereich des Wehrbeauftragten nicht berühren	550	
	Anonyme Eingaben	16	566
			6 576
2.	Überhänge aus Vorjahren		1 754
	Gesamtzahl der 1970 bearbeiteten Eingaben, Beschwerden usw.		8 330
	von den 1970 eingegangenen Eingaben, Beschwerden usw., konnten nicht abschließend bearbeitet werden (Überhänge nach 1971)		2 271
	Gesamtzahl der 1970 abgeschlossenen Vorgänge		6 059
3.	Die Bearbeitung der Eingaben, Beschwerden und sonstigen Vorgänge erforderte		
	Prüfungsersuchen, Rückfragen, Gegenvorstellungen, Abschlußschreiben, Akteneinsichten usw.		39 855

II. Ergebnisse

Die Überprüfung des Wehrbeauftragten hatte zur Folge:

2	Strafverfahren
10	disziplinargerichtliche Verfahren
6	einfache Disziplinarstrafen
25	erzieherische Maßnahmen
507	sonstige Maßnahmen *)
1 150	Maßnahmen im Bereich der Fürsorge

*) hierunter fallen z. B. Belehrung, Abänderung von Vorschriften, Aufhebung von Befehlen usw.

III. Inhalt der abschließend bearbeiteten Eingaben, Beschwerden, Weisungen und sonstigen Vorgänge

(aufgegliedert nach Einsender und sonstigen Erkenntnisquellen)

Einsender und sonstige Erkenntnisquellen	Grundrechte	Innere Führung		Beobachtung der Strafrechtspflege und des Disziplinarwesens [3]	insgesamt
		a) [1]	b) [2]		
1	2	3	4	5	6
Eingaben und Beschwerden					
Abgeordneter	1	9	34	2	46
Soldaten der Bundeswehr	97	1 237	3 575	204	5 113
Familienangehörige von Soldaten	2	16	432	15	465
ehemalige Soldaten der Bundeswehr	2	27	247	8	284
Organisationen und Verbände	1	3	14	—	18
sonstige Einsender	11	12	86	6	115
Sonstige Vorgänge					
Truppenbesuche	—	1	3	—	4
Presse	3	3	2	3	11
Mitteilungen der Staatsanwaltschaft	1	1	1	7	10
besondere Vorkommnisse	7	6	5	375	393
sonstige Quellen	1	1	—	1	3
Weisungen gemäß § 2 Abs. 1	—	1	—	—	1
insgesamt ...	126	1 317	4 399	621	6 463 [4]

[1] Innere Führung, soweit sie Ausbildung, Erziehung und Dienstgestaltung betrifft (hierunter fallen auch Untergebenendelikte)

[2] Innere Führung, soweit sie die Fürsorge (§ 31 i. V. m. § 10 Abs. 3 des Soldatengesetzes) betrifft

[3] soweit nicht in Spalte 2 und 3 enthalten

[4] Wegen der Differenz zwischen 6059 abgeschlossenen Vorgängen und 6463 Einzelanliegen vergleiche Absatz 2 der Inhaltsübersicht (siehe oben S. 47).

IV. Status und Dienstgrad der betroffenen Soldaten

(aufgegliedert nach dem Inhalt)

a) Status b) Dienstgradgruppen	Grundrechte	Innere Führung		Beobachtung der Strafrechtspflege und des Disziplinarwesens [2]	insgesamt
		a) [1]	b)		
1	2	3	4	5	6
a) Status					
Wehrpflichtiger	63	538	1836	302	2739
Soldat auf Zeit	13	381	1631	220	2245
Berufssoldat	11	100	539	28	678
Reservist, Wehrübender	3	39	305	13	360
Status unbekannt	36	263	92	50	441
insgesamt	126	1321	4403	613	6463
b) Dienstgradgruppe					
Offiziere	10	56	425	18	509
Unteroffiziere mit Portepee	3	155	909	68	1135
Unteroffiziere ohne Portepee	9	212	631	145	997
Mannschaften	98	886	2327	381	3692
Dienstgrad unbekannt	6	12	111	1	130
insgesamt	126	1321	4403	613	6463

Bezogen auf die Gesamtpersonalstärke der Bundeswehr war der Wehrbeauftragte im Berichtsjahr befaßt mit dem Anliegen von
1,8 % sämtlicher Offiziere
1,6 % sämtlicher Unteroffiziere
1,2 % sämtlicher Mannschaften

[1] hierunter fallen auch die Untergebenendelikte
[2] soweit nicht in Spalte 2 und 3 enthalten
Erläuterungen zur Inneren Führung a) und b) s. Aufstellung III.

V. Bearbeitungsgang

(aufgegliedert nach dem Inhalt)

Inhalt	ohne Einschaltung anderer Stellen bearbeitet	Eingeschaltete Stellen									insgesamt
		BMVg	Korpsebene	Divisionsebene	Brigade-/Regimentsebene	Btl.-/Kp-Ebene	Verw.-Stellen der Bundeswehr	Strafverfolgungsbehörden, Strafgerichte	Einleitungsbehörde (WDO) Wehrdienstgericht, Wehrdisz.-Anwalt	sonstige Stellen	
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12
Grundrechte	30	6	4	12	6	55	7	—	—	4	124
Innere Führung											
a)	112	68	105	216	216	590	5	—	2	7	1 321
b)	1 142	900	439	1 161	184	152	307	7	1	104	4 397
Strafrechtspflege und Disziplinarwesen	40	6	12	21	47	456	1	7	5	26	621
	1 324	980	560	1 410	453	1 253	320	14	8	141	6 463

Erläuterungen zur Inneren Führung a) und b) s. Aufstellung III.

VI. Erledigung der Eingaben, Beschwerden, Weisungen und sonstigen Vorgänge

(aufgegliedert nach dem Inhalt)

Inhalt	Bericht an Bundestag bzw. Verteidigungsausschuß	Eingaben und Beschwerden						Sonstige Vorgänge (z. B. Erfahrungsberichte, Verbesserungsvorschläge)	insgesamt
		Vorbringen				Rücknahme der Eingabe	sonstige Erledigung (z. B. auf Rückfragen nicht geantwortet)		
		begründet bzw. entsprochen	teilweise begründet bzw. teilw. entsprochen	unbegründet bzw. nicht entsprochen	nicht nachgewiesen				
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10
Grundrechte	—	48	7	53	2	2	2	9	123
Innere Führung									
a)	—	405	168	606	77	36	23	10	1325
b)	1	1167	742	1896	2	125	442	22	4397
Strafrechtspflege und Disziplinarwesen [1])	—	41	36	150	11	7	12	361	618
	1	1661	953	2705	92	170	479	402	6463

[1]) soweit nicht in den Spalten „Grundrechte" und „Innere Führung" erfaßt
Erläuterungen zur Inneren Führung a) und b) s. Aufstellung III.

VII. Truppenbesuche und Vortragstätigkeit

A. Truppenbesuche

Lfd. Nr.	Datum	Besuchte Einheit
1	13. März 1970	Artillerieschule, Idar-Oberstein
2	9. April 1970	Deutscher Militärischer Bevollmächtigter / MC NATO, Brüssel
3	28. April 1970	Schule der Bundeswehr für Innere Führung, Koblenz
4	28. April 1970	III. Korps, Koblenz
5	13. Mai 1970	Depotumschlagbataillon 921, Wilgartswiesen
6	27. Mai 1970	Wehrbereichskommando V, Stuttgart
7	3. Juni 1970	Jagdbomber-Geschwader 36, Rheine
8	9. Juni 1970	Raketenschule des Heeres, Eschweiler
9	9. Juni 1970	Heeresunteroffizierschule, Aachen
10	10. Juni 1970	Kampftruppenschule, Munster
11	10. Juni 1970	Panzerlehrbrigade 9, Munster
12	10. Juni 1970	Panzerlehrbataillon 93, Munster
13	10. Juni 1970	Panzerlehrbataillon 94, Munster
14	25. Juni 1970	Akademie des Heeres für Maschinenwesen, Darmstadt
15	3. Juli 1970	Bundeswehrfachschule Mainz, Mainz
16	7. Juli 1970	Panzerbataillon 110, Hemer
17	9. Juli 1970	Panzerartilleriebataillon 145, Lahnstein
18	16. Juli 1970	Bundeswehrfachschule Mainz, Mainz
19	11. August 1970 bis 13. August 1970	Luftwaffen-Übungsplatzkommando, Decimomannu
20	20. August 1970	Amt für Sicherheit der Bundeswehr, Köln
21	20. August 1970	Truppenamt, Köln
22	27. August 1970	1./Flugabwehrraketenbataillon 22, Oedingen
23	1. September 1970	Fliegerhorst Porz-Wahn
24	8. September 1970	Luftwaffenübung „Schwarzer Himmel"
25	9. September 1970	Ausbildungskompanie 13/10, Meßstetten
26	30. September 1970	Flugabwehrraketenregiment 1, Freising
27	30. September 1970	Flugabwehrraketenbataillon 32, Freising
28	1. Oktober 1970	Panzergrenadierbrigade 24, Landshut
29	2. Oktober 1970	leichtes Pionierbataillon 511, Passau
30	5. Oktober 1970	Flugabwehrbataillon 5, Lorch
31	9. Oktober 1970	Kampftruppenschule, Hammelburg
32	20. Oktober 1970	Panzerbataillon 44, Mengeringhausen
33	20. Oktober 1970	Feldartilleriebataillon 45, Mengeringhausen
34	10. November 1970	Lufttransportgeschwader 62, Ahlhorn
35	11. November 1970	Zerstörer 3, Kiel
36	11. November 1970	Territorialkommando Schleswig-Holstein, Kiel
37	12. November 1970	Bundeswehr-Krankenhaus, Hamburg
38	12. November 1970	Panzerbrigade 17, Hamburg
39	25. November 1970	Fallschirmjägerbrigade 26, Zweibrücken
40	27. November 1970	Personalstammamt
41	7. Dezember 1970 und 18. Dezember 1970	Raketenschule der Luftwaffe, Fort Bliss
42	9. Dezember 1970 und 10. Dezember 1970	2./Luftwaffenausbildungsstaffel, Luke, Arizona
43	11. Dezember 1970	1./Luftwaffenausbildungsstaffel, Sheppard/Texas
44	14. Dezember 1970	Deutsche Botschaft, Washington
45	15. Dezember 1970	Deutscher Militärischer Bevollmächtigter USA / Canada, Washington
46	16. Dezember 1970	
	17. Dezember 1970 und 18. Dezember 1970	Zerstörer „Rommel", Boston / USA

B. Vortragstätigkeit

Der Wehrbeauftragte und Mitarbeiter des Amtes haben sich an sonstigen Veranstaltungen durch 84 Vorträge beteiligt.

Anlage 2

Rückblicke

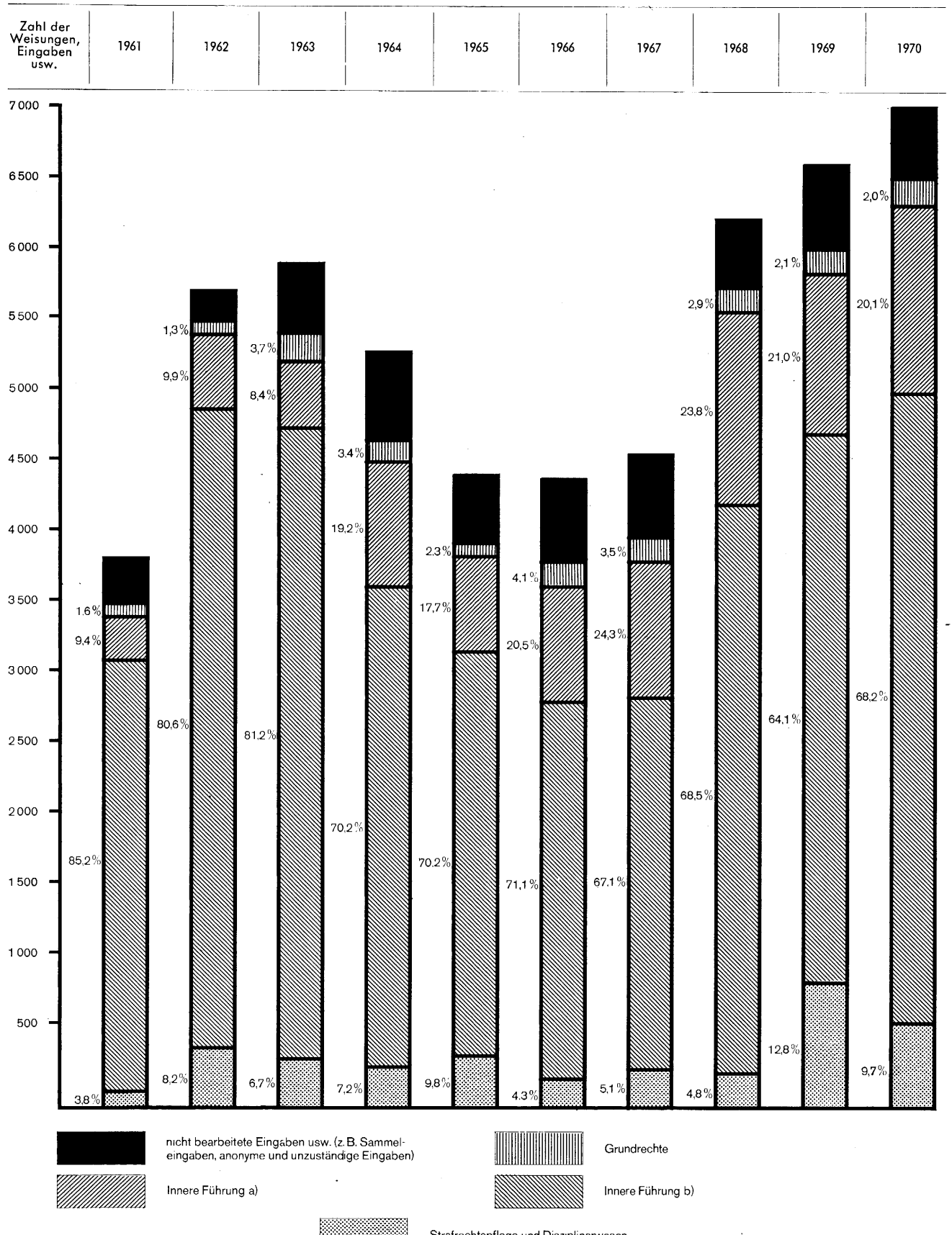
I. Gegenüberstellung der Eingaben, Beschwerden, Weisungen und sonstigen Vorgänge in den Jahren 1961 bis 1970, in Prozenten aufgeschlüsselt nach dem Inhalt

II. Gegenüberstellung der Eingaben, Beschwerden, Weisungen und sonstigen Vorgänge in den Jahren 1961 bis 1970, in Prozenten aufgeschlüsselt nach Teilstreitkräften

III. Übersicht über die Jahresberichte 1959 bis 1969 und ihre Beratung durch den Deutschen Bundestag

I. Gegenüberstellung der Eingaben, Beschwerden, Weisungen und sonstigen Vorgängen in den Jahren 1961 bis 1970

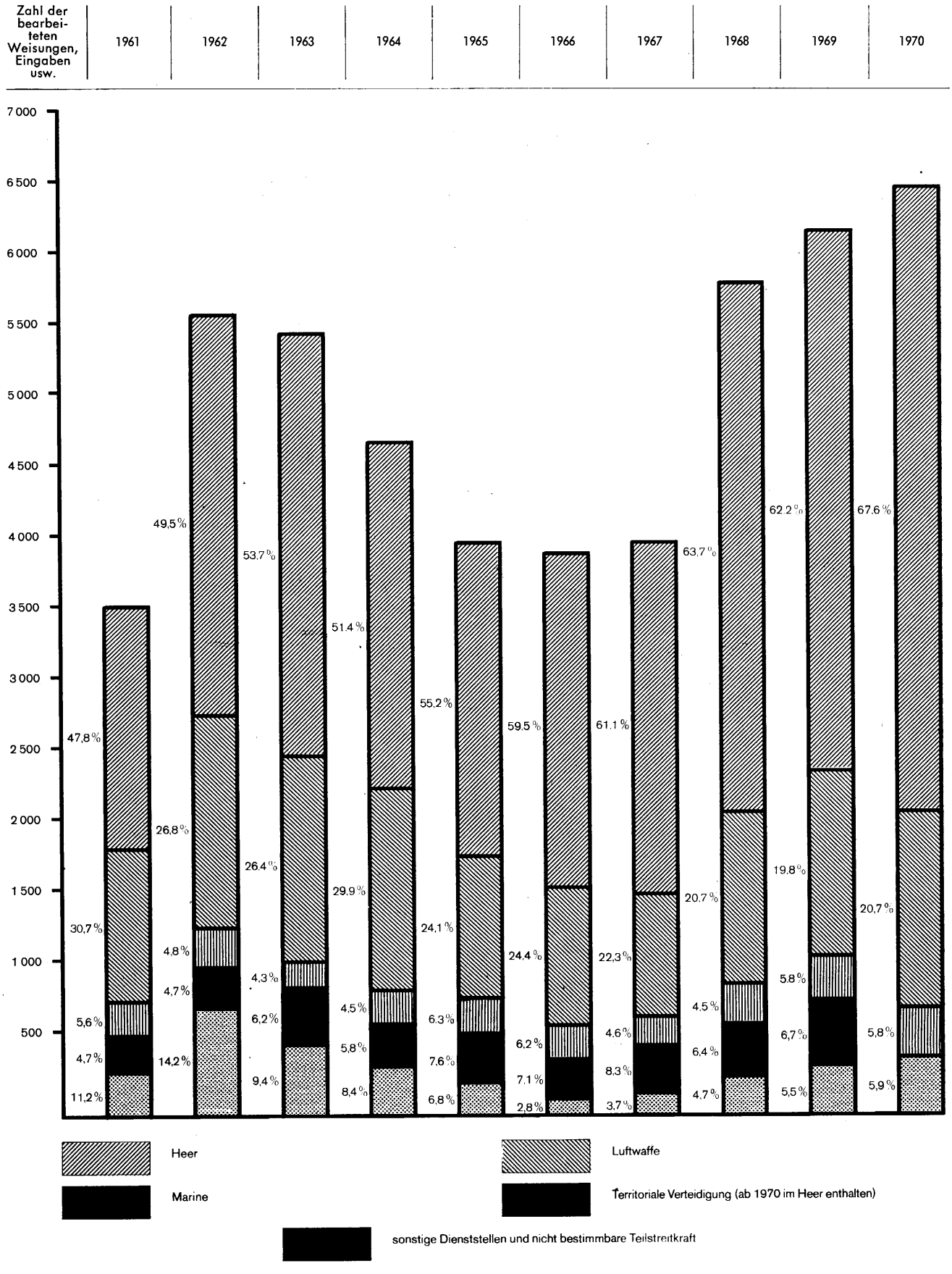
(in Prozenten aufgeschlüsselt nach dem Inhalt)



Erläuterungen zur Inneren Führung a) und b) s. Anlage 1, III.

II. Gegenüberstellung der Eingaben, Beschwerden, Weisungen und sonstigen Vorgängen in den Jahren 1961 bis 1970

(in Prozenten aufgeschlüsselt nach Teilstreitkräften)

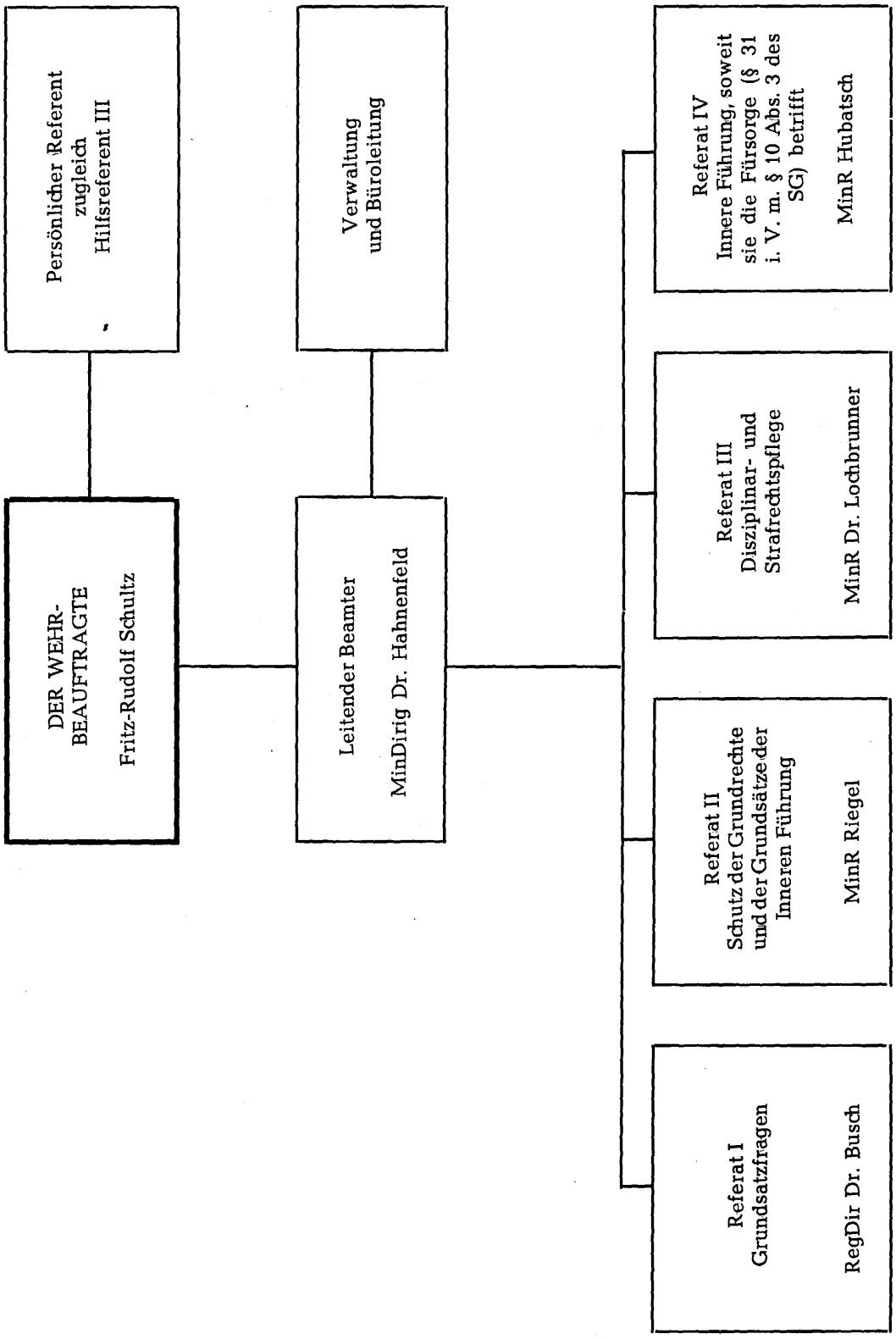


III. Übersicht über die Jahresberichte 1959 bis 1969 und ihre Beratung durch den Deutschen Bundestag

Jahresbericht			Vorlagebericht des Verteidigungsausschusses (Bundestagsdrucksache)	Beratung im Bundestag		
Berichtsjahr	Vorlagedatum	Nr. der Bundestagsdrucksache		Datum	Nr. der Plenarsitzung	Fundstelle im Stenographischen Bericht
1959	8. April 1960	1796 der 3. Wahlperiode	2937 der 3. Wahlperiode	29. Juni 1961	165	S. 9670 ff.
1960	14. April 1961	2666 der 3. Wahlperiode	2937 der 3. Wahlperiode	29. Juni 1961	165	S. 9670 ff.
1961	27. April 1962	IV/371	IV/477	27. Juni 1962	36	S. 1555
1962	11. April 1963	IV/1183	IV/1377	21. Februar 1964	117	S. 5359 ff.
1963	4. Juni 1964	IV/2305	IV/2795	11. Dezember 1964	153	S. 7585 ff.
				und		
				21. Januar 1965	157	S. 7737 ff.
1964	4. Juni 1965	IV/3524	V/1641	11. Mai 1967	109	S. 5179 ff.
1965	7. Juli 1966	V/820	V/1641	11. Mai 1967	109	S. 5179 ff.
1966	31. Mai 1967	V/1825	V/1926	29. Juni 1967	117	S. 5903 ff.
1967	22. Mai 1968	V/2948	V/3422	15. Januar 1969	207	S. 11207 ff.
1968	19. Februar 1969	V/3912	V/4425	27. Juni 1969	244	S. 13603 ff.
1969	26. Februar 1970	VI/453	VI/800	2. Juni 1970	54	S. 2813 ff.

Anlage 3

Organisationsplan
des Wehrbeauftragten des Bundestages



Anlage 4

Vorschläge und Anregungen in den Jahresberichten 1959 bis 1969 des Wehrbeauftragten des Deutschen Bundestages

	Gegenstand	Fundstelle Jahresbericht	Seite	Erledigung, Sachstand
1	**Ausgangsbestimmungen**			
	Angleichung der Regelung für Unteroffiziere an die der Offiziere	1963	27	Durch Änderung der ZDv 10/5 „Der innere Dienst" vom 16. Juni 1968 weitgehend angeglichen
2	**Auslandskinderzuschläge**			
	für Stiefkinder, die nach § 18 Abs. 5 BBesG a. F. vom Bezug des Kinderzuschlags ausgeschlossen sind	1959	34	Durch Änderung des § 27 BBesG mit Wirkung vom 1. Januar 1964 geregelt (Zweites Gesetz zur Änderung beamtenrechtlicher und besoldungsrechtlicher Vorschriften vom 18. Dezember 1963 — BGBl. I S. 901)
3	**Bauverwaltung**			
	Anregung einer bundeswehreigenen Bauverwaltung	1968 1969	26 27	Entsprechend den Ausführungen im Weißbuch 1970 (Ziffer 211) sollen bis zum 31. Dezember 1970 Vorschläge für eine Rationalisierung des Bauverfahrens erarbeitet werden
4	**Beamtenlaufbahn**			
	Berücksichtigung der Wehrdienstzeit bei der Anstellung und Beförderung	1967	6	Durch das Fünfte Gesetz zur Änderung des SVG vom 25. Januar 1971 — BGBl. I S. 68 — wird die Anrechnung des Grundwehrdienstes auch für Soldaten auf Zeit mit einer freiwilligen Verpflichtungszeit von nicht mehr als drei Jahren ermöglicht. Eine darüber hinausgehende Regelung wird von der Bundesregierung abgelehnt (Drucksache VI/499)
5	**Berufsbild des Soldaten**			
	Anpassung an moderne Erfordernisse	1969	27	Im Weißbuch 1970 (Ziffer 122, 169 ff.) aufgegriffen (s. auch das Rahmenkonzept der Kommission zur Neuordnung der Ausbildung und Bildung in der Bundeswehr sowie das Leitbild „Soldat in der Luftwaffe" des Inspekteurs der Luftwaffe vom 18. Dezember 1970)
6	**Berufsförderung**			
6.1	für Offiziere auf Zeit	1969	33	Im Entwurf eines Achten Gesetzes zur Änderung des SVG (Drucksache VI/1681) ist eine Einbeziehung der Offiziere auf Zeit vorgesehen (s. auch das Rahmenkonzept der Kommission zur Neuordnung der Ausbildung und Bildung in der Bundeswehr)
6.2	für Wehrpflichtige	1969	40	Das Weißbuch 1970 (Ziffer 186) kündigt eine Erweiterung der Berufsförderung für Wehrpflichtige an

	Gegenstand	Fundstelle Jahresbericht	Seite	Erledigung, Sachstand
6.3	Angleichung der Sperrfristen nach § 18 der DVO zu §§ 4, 5 und 5 a SVG	1969	32, 33	Durch die Zweite Verordnung zur Änderung der Verordnung zur Durchführung der §§ 4, 5 und 5 a SVG im Sinne der Betroffenen geregelt
6.4	Allgemeine Probleme der eignungs- und neigungsgerechten Verwendung sowie der Wiedereingliederung der Soldaten auf Zeit und der Wehrpflichtigen in den Berufsprozeß	1967 1969	22 32 bis 34	Im Weißbuch 1970 (Ziffer 172) aufgegriffen (s. auch Bericht der Wehrstruktur-Kommission an die Bundesregierung vom 3. Februar 1971, Ziffer 77)
6.5	Einführung eines Dienstleistungszeugnisses, das vor allem Angaben über Fähigkeiten, Kenntnisse, Leistungen und militärische Verwendung des in den Zivilberuf zurückkehrenden oder eintretenden Wehrpflichtigen oder ehemaligen Soldaten auf Zeit geben soll	1969	34	Noch nicht aufgegriffen
7	**Beschlagnahme**			
	von Flugblättern; ausreichende Rechtsgrundlage durch entsprechende Novellierung des UZwGBw	1969	12	Laut Stellungnahme des Bundesministers der Verteidigung wird eine Konkretisierung der Beschlagnahme im UZwGBw nicht für erforderlich gehalten
8	**Beurteilungen**			
	Verbesserung des Beurteilungs- und Bewertungssystems	1967	17	Durch die Bestimmungen über die Beurteilung der Soldaten der Bundeswehr vom 30. November 1969 verwirklicht
9	**Dienstgestaltung**	1959 1960 1966	9 6,7 5,6	Das Weißbuch 1970 (Ziffer 137) geht ausführlich auf dieses Problem ein, insbesondere auf den sogenannten Gammeldienst, weist jedoch darauf hin, daß selbst bei sinnvoller und abwechslungsreicher Dienstgestaltung Formal-, Bereitschafts-, Wachdienst usw. unumgänglich sind
10	**Disziplinarrecht**			
10.1	Einführung einer Beförderungssperre als selbständige Laufbahnstrafe	1967 1969	19 46	Ist im Entwurf eines Gesetzes zur Neuordnung des Wehrdisziplinarrechts berücksichtigt (Drucksache VI/1834 Artikel I Nr. 43)
10.2	Reduzierung des außerdienstlichen Pflichtverstoßes	1967 1968	19 31	Ist im Entwurf eines Gesetzes zur Neuordnung des Wehrdisziplinarrechts berücksichtigt (Drucksache VI/1834 Artikel IV)
10.3	Bedenken gegen die geplante Einführung eines richterlichen Disziplinarstrafbescheides	1967 1968	19 30	Ist im Entwurf eines Gesetzes zur Neuordnung des Wehrdisziplinarrechts nicht mehr enthalten (s. auch Jahresbericht 1969 S. 47)

	Gegenstand	Fundstelle Jahresbericht	Seite	Erledigung, Sachstand
10.4	Rechtsbehelf gegen die Ablehnung der Einleitung eines disziplinargerichtlichen Verfahrens nach der WDO gegen sich selbst	1966	8	Ist im Entwurf eines Gesetzes zur Neuordnung des Wehrdisziplinarrechts berücksichtigt (Drucksache VI/1834 Artikel I Nr. 75)
10.5	Unterrichtung eines disziplinarrechtlich bestraften Soldaten über die Nebenfolgen einer Laufbahnstrafe	1967	19	Beanstandungen sind in der Praxis nicht mehr aufgetreten
10.6	Vollstreckung einer Geldbuße bei Wehrpflichtigen auch nach dem Entlassungstage	1967	18	Ist im Entwurf eines Gesetzes zur Neuordnung des Wehrdisziplinarrechts berücksichtigt (Drucksache VI/1834 Artikel I Nr. 37)
10.7	Wegfall der Frist des § 25 Abs. 1 WDO, wenn der Disziplinarvorgesetzte erst am letzten Tage der Dienstzeit des betreffenden Soldaten von dem Dienstvergehen erfährt	1967	18	Ist im Entwurf eines Gesetzes zur Neuordnung des Wehrdisziplinarrechts berücksichtigt (Drucksache VI/1834 Artikel I Nr. 26)
10.8	Bedenken gegen die Abgabepflicht nach § 22 Abs. 1 WDO (alte Fassung), wonach Disziplinarvorgesetzte alle Dienstvergehen an die Strafverfolgungsbehörde abzugeben hatten, wenn eine strafgerichtlich zu verfolgende Handlung vorlag oder diese zweifelhaft war	1959 1960	28 27/28	Durch Gesetz zur Änderung der WDO vom 9. Juni 1961 (BGBl. I S. 689) erledigt
10.9	Aussetzen von Disziplinarstrafen zur Bewährung	1960 1961	26 17	Von der Möglichkeit der Strafaussetzung nach § 35 WDO wird zunehmend Gebrauch gemacht
10.10	Tilgung der Disziplinarstrafen von Berufssoldaten und Soldaten auf Zeit (§ 42 Abs. 5 WDO alter Fassung)	1959	29	Durch Gesetz zur Änderung der WDO vom 9. Juni 1961 (BGBl. I S. 689) erledigt
10.11	Unzulässige Erzwingung der Empfangsbestätigung beim Verhängen einfacher Disziplinarstrafen	1963	20	Durch Erlaß des BMVg vom 14. Oktober 1963 (VMBl. S. 540) erledigt
10.12	Unverhältnismäßig lange Verfahrensdauer bei Truppendienstgerichtsverfahren	1962 1968 1969	16 33 47	Die Neuordnung der Truppendienstgerichtsbarkeit sowie die Einrichtung weiterer Kammern haben die Situation kaum verbessern können. Disziplinargerichtssachen mit mehrjähriger Verfahrensdauer sind auch heute noch keine Seltenheit
10.13	„Handauflegen" bei der vorläufigen Festnahme; Anregung, die vorläufige Festnahme ohne körperliche Berührung vorzunehmen	1962	16	Nach Änderung der ZDv 10/6 „Wach- und Ordnungsdienst" und durch entsprechende Belehrungen in der Truppe hat das Problem an Bedeutung verloren
11	**Eid und feierliches Gelöbnis**			
	Erörterung der Problematik und Bedenken gegen den Ausschluß von Beförderungen bei Verweigerung des feierlichen Gelöbnisses	1967 1969 1968	16 23 9	Nach den Ausführungen im Weißbuch 1970 (Ziffer 166) soll das feierliche Gelöbnis der Wehrpflichtigen künftig durch eine förmliche Belehrung ersetzt werden

	Gegenstand	Fundstelle Jahresbericht	Seite	Erledigung, Sachstand
12	**Einberufung**			
	Bedenken gegen die heimatferne Einberufung; Anregung, den Wehrpflichtigen mehr kostenlose Familienheimfahrten als bisher zu gewähren	1959 1968 1969	32 23 40	Die Anregung ist mit Wirkung vom 1. Oktober 1970 verwirklicht worden Weitere Verbesserungen sind im Bericht der Wehrstruktur-Kommission 1971, Ziffer 28 vorgesehen
13	**Eingliederung**			
13.1	von Soldaten auf Zeit in den öffentlichen Dienst	1957	5, 22	Durch Eingliederungsgesetz vom 25. August 1969 (BGBl. I S. 1347) geregelt
13.2	Abstimmung der Lehrgänge und Prüfungen der Bundeswehr mit den Einstellungsbehörden	1968	27	Fortschritte wurden nur in beschränktem Umfang erzielt
14	**Entlassungsgeld**			
	für Wehrpflichtige Beseitigung der Nachteile bei unterbrochener Ableistung des Grundwehrdienstes	1968	27	Durch das Dritte Gesetz zur Änderung des Wehrsoldgesetzes vom 14. März 1969 (BGBl. I S. 213) erledigt
15	**Erzieherische Maßnahmen**			
	Anregung, eine Beispielsammlung herauszugeben	1960	39	In der „Information für die Truppe" werden Lehrbeispiele für erzieherische Maßnahmen zur Diskussion gestellt; außerdem ist durch den Erlaß „Erzieherische Maßnahmen" vom 3. März 1965 (VMBl. S. 367) eine größere Sicherheit in der Anwendung erzieherischer Maßnahmen eingetreten
16	**Erziehungshelfer**			
	Bedenken gegen die den Disziplinarvorgesetzten übertragene Aufgabe, im Rahmen der Strafvollstreckung als Erziehungshelfer tätig zu werden	1968 1969	34 50	Anregung zur Gesetzesänderung wurde bisher nicht aufgegriffen
17	Gerichtliche **Erziehungskartei**			
	Anregung, den Einheitsführern Auskünfte aus der Erziehungskartei zu erteilen	1964 1965 1967	50 8/9 11	Vorschlag wurde mit dem Hinweis auf den Vorrang der Resozialisierung abgelehnt
18	**Fürsorgewesen**			
	Vorschlag zur Zentralisierung	1969	36	Der BMVg hat die Einrichtung einer sozialpolitischen Abteilung für die erste Hälfte des Jahres 1971 angekündigt Hauptaufgabe dieser Abteilung wird die Fürsorge sein

	Gegenstand	Fundstelle Jahresbericht	Seite	Erledigung, Sachstand
19	**Grußordnung, Anrede**			
	Bedenken gegen eine allgemeine Grußpflicht, Anregung zur Anpassung der Grußordnung an die Vorgesetztenverordnung und zur endgültigen Regelung der Anrede	1959 1967 1968 1969	10 8 35 46	Der Abschnitt d) „Anrede" der ZDv 10/4 „Grußordnung" ist auf Grund des Beschlusses des Bundesverwaltungsgerichts vom 25. März 1970 — I WB 137/69 — durch Erlaß des BMVg außer Kraft gesetzt und durch eine vorläufige Regelung ersetzt worden, die weitgehend die Anrede mit Herr und Dienstgrad vorsieht Eine Neufassung der ZDv 10/4 ist in Vorbereitung; sie soll den Gruß und die Anrede im Sinne zeitgemäßer Menschenführung regeln
20	**Handbuch Innere Führung**			
	Vorschlag, das Handbuch als Loseblattsammlung herauszugeben	1968	38	Der Deutsche Bundestag hat in seiner 244. Sitzung vom 27. Juni 1969 die Überarbeitung des Handbuches Innere Führung als Empfehlung an die Bundesregierung beschlossen. Die Ausführung des Beschlusses steht noch aus
21	**Innere Führung**			
	Allgemeine Gedanken zur Ausgestaltung	1959 1959 1960 1961 1962 1963 1964 1965 1966 1967 1968 1969	5/6 9 9/42 5 26/27 26/27 4 4/8 4 2 17 bis 19, 51 14 bis 19	Durch Beschluß des Deutschen Bundestages in der 244. Sitzung vom 27. Juni 1969 ist die Konzeption des Wehrbeauftragten für eine Konkretisierung und Systematisierung der Inneren Führung als Empfehlung an die Bundesregierung weitergegeben worden. Auch in der ersten Beratung des Jahresberichts 1969 (36. Sitzung) vom 11. März 1970 wurden die Darlegungen des Wehrbeauftragten zur Systematisierung der Inneren Führung wegen der „begrifflichen Distinktionen" und wegen ihrer „intellektuellen Anregungen" hervorgehoben. Der Beschluß des Deutschen Bundestages vom 2. Juni 1970 (54. Sitzung) Teile des Jahresberichts 1969 von grundsätzlicher Bedeutung in einer Broschüre zusammenzufassen und herausgeben zu lassen, ist mit der vom Presse- und Informationszentrum des Deutschen Bundestages veröffentlichten Schrift: Zur Sache 1/70 „Die Bundeswehr in Staat und Gesellschaft" verwirklicht worden
22	**Jugendoffiziere**			
	intensivere Vorbereitung — auch der nebenamtlichen Jugendoffiziere — auf ihre Aufgaben	1969	24	Im Weißbuch 1970 Ziffer 146 aufgegriffen
23	**Kantinenwesen**			
	Neuordnung der Kantinenorganisation vorgeschlagen	1967 1969	6 38	Im Weißbuch 1970 Ziffer 133 aufgegriffen

	Gegenstand	Fundstelle Jahresbericht	Seite	Erledigung, Sachstand
24	**Kriegsdienstverweigerer**			
24.1	Reform des Anerkennungsverfahrens	1969	9	Bisher nicht aufgegriffen
24.2	Erhöhung der Aufnahmekapazität des Ersatzdienstes	1968 1969	7/8 9	Gleiche Forderungen enthält das Weißbuch 1970 (Ziffer 102; s. auch hierzu den Bericht der Wehrstruktur-Kommission an die Bundesregierung vom 3. Februar 1971, Ziffer 17)
25	**Laufbahnförderung**			
25.1	Insbesondere Vorschläge für die Einführung einer Sonderlaufbahn für bestimmte Fachrichtungen, in denen militärische Führereigenschaften weniger verlangt werden	1959 1965 1966 1968 1969	32 7 7 26/27 27 bis 34	Durch die Einführung der Laufbahn der Offiziere des militärfachlichen Dienstes, durch die Möglichkeiten der §§ 8 und 36 SLV sowie die größere Differenzierung und Intensivierung der Fachausbildung sind Teilerfolge erzielt worden. Eine Reihe weiterer laufbahnfördernder Maßnahmen ist im Weißbuch 1970 angekündigt (Ziffern 113 und 117 ff.)
25.2	Forderung nach einer verbindlichen und transparenten Laufbahnplanung bzw. -beratung	1969	31 bis 33	Nach dem Weißbuch 1970 (Ziffern 113 und 117 ff.) soll durch eine verstärkte Auswahl und Ausbildung, aber auch durch das Antragsrecht der Soldaten nicht nur die Überschaubarkeit der Laufbahnerwartungen erreicht, sondern auch eine möglichst verbindliche Laufbahnzusage gegeben werden können
26	**Liedgut** der Bundeswehr	1959 1966 1967	24 21 12	Durch die Information für die Kommandeure Nr. 1/1960 vom 19. Januar 1960 sowie den Erlaß des BMVg vom 12. Juli 1968 (nicht veröffentlicht) wurde der Truppe die Auswahl geeigneten Liedgutes erleichtert. Das Problem wird sich jedoch auch weiterhin stellen und kann nur zusammen mit der Frage einer sinnvollen *Traditionspflege* in der Bundeswehr gelöst werden
27	**Offizierbildung und -ausbildung**			
27.1	Vorschläge zur Intensivierung und zeitlichen Verlängerung der Offizierausbildung	1961 1962 1963	31 32 27	Durch die Heraufsetzung der Mindestzeit für die Beförderung zum Leutnant auf 3 Jahre geregelt. Nachdem inzwischen die Ausbildungszeit für Offiziere auf 21 Monate herabgesetzt wurde (Zehntes Gesetz zur Änderung des Soldatengesetzes vom 21. Dezember 1970, BGBl. I S. 1778) ist zu erwarten, daß sich das Problem erneut stellen wird (s. auch das Rahmenkonzept der Kommission zur Neuordnung der Ausbildung und Bildung in der Bundeswehr)
27.2	Förderung der wissenschaftlichen Bildung der Offiziere	1963 1967 1968 1969	27 14 21 21/22	Siehe hierzu das Rahmenkonzept der Kommission zur Neuordnung der Ausbildung und Bildung in der Bundeswehr

	Gegenstand	Fundstelle Jahresbericht	Seite	Erledigung, Sachstand
27.3	Verbesserung der Rahmenbedingungen für die Offizierausbildung	1969	21/22	Es ist abzuwarten, welche praktischen Folgerungen die Ausführungen im Weißbuch 1970 (Ziffer 169 ff.) zu diesem Problem haben werden und wie sich die Synchronisation des militärischen Bildungswesens mit dem zivilen entwickeln wird (im einzelnen s. das Rahmenkonzept der Kommission zur Neuordnung der Ausbildung und Bildung in der Bundeswehr)
28	**Sanitätsoffiziere**			
28.1	Vorschlag zur Verbesserung der Dienstpostenbewertung, Hinweis auf Personalfehlbestand und Überlastung des Sanitätsoffizier-Korps	1967 1968	4 28	Durch Verbesserung der Dienstpostenbewertung, durch Einberufung der Restanten, durch verstärkte Einberufung approbierter Ärzte zu Wehrübungen und durch Zahlung einer Zulage an Berufssanitätsoffiziere wurde ein Teilerfolg erzielt. Das Neunte Gesetz zur Änderung des Soldatengesetzes vom 21. Juli 1970 (BGBl. I S. 1120) sieht eine eigene Sanitätsoffizierlaufbahn vor, bei der die Sanitätsoffizierbewerber innerhalb des Dienstverhältnisses unter Zahlung eines Ausbildungsgeldes zum Studium beurlaubt werden
28.2	Bedenken gegen die ausschließliche Gewährung einer Zulage an Berufssanitätsoffiziere	1969	34	Eine Einbeziehung der Sanitätsoffiziere auf Zeit in den Kreis der Zulageberechtigten ist bisher vom BMVg abgelehnt worden
29	**Schußwaffengebrauch**			
	Vorschlag zur lehr- und lernhaften Konkretisierung der einschlägigen Bestimmungen (§ 15 UZwGBw) eingearbeitet in Nr. 152 und 153 der ZDv 10/6	1967	8	Durch Erlasse vom 14. September 1967 (Fü S I 3) und vom 21. Dezember 1967 (VR II 25) — im VMBl. nicht veröffentlicht — sowie die Herausgabe von Taschenkarten für Posten, Streifen und Wachvorgesetzte und die Vorführung von Ausbildungsfilmen sind Teilerfolge erzielt worden
30	**Schutz der Streitkräfte**			
	gegen Agitation extremer Kräfte; die einschlägigen Schutzvorschriften des Strafgesetzbuches stellen im subjektiven Tatbestand zu hohe Anforderungen	1968 1969	20 49	Vom Gesetzgeber bisher nicht aufgegriffen
31	**Sicherheitsbestimmungen**			
31.1	für das Baden in freien Gewässern	1959	14	1963 in die ZDv 3/10 „Sport in der Bundeswehr" unter Nr. 139 ff. eingearbeitet
31.2	Vorschlag zur Vermeidung von Schußwaffenunfällen, in der „Besonderen Wach- und Postenanweisung" (nach Nr. 53 ff. der ZDv 10/6) einen Sperrbereich für das Teilladen und Entladen der Schußwaffen zu bestimmen	1966	9	Dieser Vorschlag wurde bisher nicht aufgegriffen

	Gegenstand	Fundstelle Jahresbericht	Seite	Erledigung, Sachstand
32	**Soldatenheime**			
	Forderung nach weiterem Ausbau	1968 1969	26 38	Die Bundesregierung hat den Baustopp für Offizier- und Soldatenheime aufgehoben. Das Weißbuch 1970 (Ziffer 131) unterstreicht die Notwendigkeit dieser Heime und kündigt den Bau weiterer derartiger Einrichtungen — evtl. als Sozialgebäude in jedem Standort — an
33	**Sportausbildung**			
	Vorschlag zur allmählichen sportlichen Leistungssteigerung und zur Beseitigung des Mangels an Sportanlagen	1963 1960 1968	6 6 26	Durch den im mittelfristigen Strukturprogramm 1970 bis 1974 vorgesehenen verstärkten Bau weiterer bundeseigener Sportanlagen sowie die Einrichtung von Sportfördergruppen und Sportkompanien soll die Sportausbildung intensiviert werden (Weißbuch 1970 Ziffern 93 und 132)
34	**Staatsbürgerlicher Unterricht**			
34.1	Vorschlag, Fachkräfte ziviler Bildungsinstitutionen und andere geeignete Persönlichkeiten hinzuzuziehen	1962 1967 1969	27 15 20	Nach meinen Beobachtungen sind bisher keine nennenswerten Änderungen eingetreten
34.2	Vorschlag, den Staatsbürgerlichen Unterricht mehr als bisher in der Form einer Diskussion abzuhalten, dabei auch gegenwartsnahe Ereignisse zu behandeln	1966 1968	11 12	Das Weißbuch 1970 (Ziffer 160) unterstreicht „das demokratische Erfordernis, zu diskutieren"
35	**Strafrechtspflege**			
35.1	militärischer Beisitzer in Wehrstrafsachen	1959 1960 1961	31 41 24	Vorschlag wurde nicht aufgegriffen
35.2	Bildung von Sonderkammern für Wehrstrafsachen	1960 1961	41 24	Nicht aufgegriffen
35.3	Verfahrensdauer; Bedenken, daß in vielen Fällen die Strafe der Tat nicht auf dem Fuße folgt	1959 1960 1964	31 27/41 6	Die Situation hat sich geringfügig gebessert
35.4	Herabsetzung der Mindeststrafen, vor allem der aus § 25 Abs. 1 und § 27 Abs. 1 WStG	1962 1968	21 34	Der Anregung wurde durch das Erste Gesetz zur Reform des Strafrechts vom 25. Juni 1969 (BGBl. I S. 645) entsprochen
35.5	Nicht vorwerfbarer Irrtum bei kriminellem Ungehorsam (§ 22 Abs. 3 WStG) und disziplinarem Ungehorsam (§ 11 Abs. 1 S. 3 SG) muß aus verfassungsrechtlichen Gründen („Keine Strafe ohne Schuld") zum Freispruch führen	1968	34	Bisher nicht aufgegriffen
35.6	Strafaussetzung zur Bewährung bei Wehrstrafsachen	1963 1966	21/24 8	Von der Möglichkeit der Strafaussetzung wird — soweit vertretbar — Gebrauch gemacht

	Gegenstand	Fundstelle Jahresbericht	Seite	Erledigung, Sachstand
35.7	Schwierigkeiten des Strafvollzugs im Bereich der Streitkräfte auf Grund der unterschiedlichen Vollzugsordnungen und des Fehlens von fachlich geschultem Personal	1969	47	Zum Teil durch § 27 b Abs. 1 der Übergangsfassung des Ersten Gesetzes zur Reform des Strafrechts (BGBl. I S. 645) und durch § 14 Abs. 1 der Neufassung des Strafgesetzbuches mit Wirkung vom 1. April 1970 (BGBl. I S. 1445) erledigt
36	**Studienfürsorge**			
	Angemessene Würdigung des abgeleisteten Wehrdienstes bei der Entscheidung über Zulassungsanträge und bessere Abstimmung der Abiturtermine mit den Einberufungsterminen bzw. der Termine der Entlassung aus dem Grundwehrdienst mit dem Beginn der Erstsemester	1964 1965 1967 1968 1969	9 12 6 21/22 25/26	Die Situation hat sich für die gedienten Studienbewerber von Jahr zu Jahr verschärft. Die Bundesregierung hat bei der Beratung des Jahresberichts 1969 am 11. März 1970 (Stenographischer Bericht 36. Sitzung, S. 1775, 1760) und im Weißbuch 1970 (Ziffer 92) zugesagt, sich noch mehr als bisher um eine Lösung des Problems im Sinne der betroffenen Wehrpflichtigen zu bemühen. Eine befriedigende Lösung des Problems steht weiterhin aus
37	**Traditionspflege**			
	Vorschlag zur Konkretisierung des Erlasses „Bundeswehr und Tradition"	1965 1966 1967	7 11 16	Noch nicht aufgegriffen
38	**Trennungsgeldverordnung**			
	Bedenken gegen die Wiedereinführung des „Einzugsgebietes" (Verordnung vom 30. Mai 1968 — BGBl. I S. 605)	1968 1969	28 34	Die Bundesregierung ist z. Z. nicht bereit, die frühere Rechtslage wiederherzustellen. Um einen gewissen Ausgleich zu schaffen, sind 260 Orte als abgelegen im Sinne der Fahrkostenzuschußregelung des BMI vom 13. Mai 1965 (MinBlFin. 1965, S. 239) anerkannt worden
39	**Truppenbüchereien der Bundeswehr und Liedgut**	1966 1967	11 15/16	Die Eingaben zu diesem Komplex haben — vor allem seit dem Erlaß des BMVg — Fü S I 5 vom 12. Juli 1968 (nicht veröffentlicht) — nachgelassen. Das Problem wird sich jedoch weiterhin in Verbindung mit der Frage nach einer zeitgemäßen Traditionspflege stellen
40	**Truppenfahnen**			
	Vorschlag zur Wiedereinführung	1959 1961	37 32	Auf Grund der Anordnung des Bundespräsidenten vom 18. September 1964 (BGBl. I S. 817) wurden der Bundeswehr 1965 Truppenfahnen verliehen
41	**Überlastung, Überforderung**			
	der Soldaten durch Schichtdienst, Alarmbereitschaft usw.	1966 1967 1968 1969	6/7 17 28 36/37	Bisher keine nachhaltige Besserung festzustellen. Es bleibt abzuwarten, ob diese durch die im Weißbuch 1970 (Ziffer 112) angekündigten Maßnahmen zur Beseitigung des Fehls an Längerdienenden und zur Schaffung einer modernen Personalstruktur erzielt werden kann

	Gegenstand	Fundstelle Jahresbericht	Seite	Erledigung, Sachstand
42	**Uniformen**			
	Anregung einer Verbesserung von Qualität und Schnitt	1969	38	Mit der Ausgabe neuer in Schnitt und Stoffqualität verbesserter Uniformen an die Truppe ist im Frühjahr 1970 begonnen worden
43	**Unterkunftsverhältnisse**			
43.1	Darstellung der Mängel	1960 1962 1964 1966 1967 1968 1969	6 8 8/9 9 5/22 25/26 37	Nach dem Weißbuch 1970 (Ziffern 126, 210) ist ein Plan in Vorbereitung, der einen Neubau von 22 Kasernenunterkünften, die Erhöhung der Raumgebühr und der Haushaltsmittel für Instandsetzungen zum Ziele hat
43.2	Anregung, die Renovierungsfristen nicht starr, sondern entsprechend der Belegung und Abnutzung beweglich zu handhaben	1968	25	Diese Anregung ist vom BMVg aufgegriffen und Anfang 1970 verwirklicht worden
44	**Unteroffizierprobleme**			
44.1	Laufbahnmäßige und materielle Besserstellung der Unteroffiziere, Anregung der Einführung einer technischen Sonderlaufbahn	1959 1960 1963 1966 1967 1968	10 42 27 7 4 24	Durch besoldungsrechtliche Maßnahmen, vor allem durch das Zweite Gesetz zur Neuregelung des Besoldungsrechts vom 14. Mai 1969 (BGBl. I S. 365) sowie durch die Einführung einer neuen Laufbahn für Offiziere des militärfachlichen Dienstes (Achtes Gesetz zur Änderung des Soldatengesetzes vom 1. April 1969 — BGBl. I S. 277) hat sich die Situation etwas gebessert. Das Weißbuch 1970 (Ziffer 113 ff.) kündigt weitere Maßnahmen an, um damit dem Mangel an Unterführern abzuhelfen
44.2	Vorschlag zur Einrichtung von Unteroffizierschulen	1961	31	1963 verwirklicht
44.3	Förderung kriegsgedienter Unteroffiziere durch entsprechende STAN-Stellenverbesserungen	1966	7	1967 verwirklicht
45	**Unterhaltssicherung**			
45.1	Forderung nach Erhöhung der Leistungen	1959	35/36	Durch verschiedene Novellierungen des USG seit 1961 zum Teil verwirklicht
45.2	Anregung einer anderen Berechnungsgrundlage bei Wehrübenden, die zur Einkommensteuer veranlagt sind	1969	36	Verfahrensänderung vorgesehen im Entwurf eines Dritten Gesetzes zur Änderung des Unterhaltssicherungsgesetzes (Drucksache VI/1439)
45.3	Langwierigkeit des Abrechnungsverfahrens; Anregung größerer Abschläge	1969	36	Auswertbare Erfahrungen über diese Anregung liegen noch nicht vor
46	**Verpflegung**			
46.1	Vorschlag zur Gewährung eines Verpflegungszuschusses bei Nachtdienst	1959	15	1961 verwirklicht

	Gegenstand	Fundstelle Jahresbericht	Seite	Erledigung, Sachstand
46.2	Verpflegungszuschuß für die Zeitdauer der Grundausbildung	1959	33	Nicht aufgegriffen
47	**Versetzungen**			
47.1	Häufigkeit der Versetzungen	1959	11	Nach Rückgang der Versetzungshäufigkeit haben im Berichtsjahr die Versetzungen infolge von Umgliederungen wieder zugenommen
47.2	Anregung, Anträge auf Versetzungen und Beschwerden gegen Versetzungen nicht mit dem bloßen Hinweis auf „dienstliche Notwendigkeiten" abzulehnen, sondern diese Entscheidungen näher zu begründen	1966	4	Durch Erlaß des BMVg vom 24. September 1968 (VMBl. 1968 S. 454) geregelt
47.3	Rechtzeitige Information der Soldaten über die bevorstehende Versetzung	1969	37	Auswertbare Erfahrungen darüber, wie sich diese Anregung ausgewirkt hat, liegen noch nicht vor
	Versorgungsschutz			
48	während des Bereitschaftsdienstes	1969	35	Die auch in einem Einzelbericht vom 9. September 1969 dem Verteidigungsausschuß gegenüber vorgebrachte Anregung ist noch nicht abschließend behandelt worden
49	**Verwaltung und Militär**			
	Vorschlag zur Teilnahme von Offizieren an Lehrgängen der Akademie für Wehrverwaltung und Wehrtechnik	1968	23	Noch nicht aufgegriffen
50	**Vordienstzeiten**			
	laufbahn- und besoldungsrechtliche Anrechnung des Kriegsdienstes, der vor Vollendung des 17. Lebensjahres geleistet wurde	1959	33	Abgelehnt wegen der zu erwartenden Auswirkungen auf das gesamte Beamtenrecht
51	**Vorschriftenflut**			
	Perfektionismus in Gesetzgebung, Führung und Verwaltung	1959 1962 1965 1967 1968 1969	10 27/28 12 8/9 20 29	Das Weißbuch 1970 (Ziffer 139) kündigt eine weitgehende Entbürokratisierung an
52	Soldat und **Wahl**			
	Vorschlag der Einführung einer Briefwahlmöglichkeit bei den Landtags- und Kommunalwahlen in Hessen	1968	12/13	Auf Grund des Gesetzes zur Änderung wahlrechtlicher Vorschriften vom 8. Mai 1970 — GVBl. Hessen S. 295 — ist nunmehr auch im Land Hessen die Briefwahl möglich

	Gegenstand	Fundstelle Jahresbericht	Seite	Erledigung, Sachstand
53	**Wehrdienst- und Laufbahnberatung**			
	Verbindlichkeit der Versprechungen und Laufbahnzusagen	1967 1968	18 24	Aus weiteren Eingaben ist ersichtlich, daß das Problem noch nicht befriedigend gelöst ist
54	**Wehrdienstbeschädigung**			
	weitergehende Ansprüche aus einer Wehrdienstbeschädigung, Vorschlag zur Änderung des § 91 a SVG	1969	35	Die Angelegenheit ist Gegenstand eines Verfahrens vor dem BVerfG
55	**Wehrgerechtigkeit**			
	Forderung nach Wehrdienstausgleich, angemessenerer Würdigung der Ableistung des Wehrdienstes, verstärkter Heranziehung auch der eingeschränkt Tauglichen und Anlegung eines strengeren Maßstabes bei Zurückstellungen	1961 1967 1968 1969	32 6 13 39/43	Durch die Erhöhung des Wehrsoldes und des Entlassungsgeldes für Wehrpflichtige (Drittes und Viertes Gesetz zur Änderung des Wehrsoldgesetzes vom 19. März und 28. Juli 1969 — BGBl. I S. 213 und 1003) wurde zunächst eine materielle Besserstellung der wehrpflichtigen Soldaten erreicht. Das Weißbuch 1970, Ziffer 92 ff., führt eine Reihe weiterer Lösungsmöglichkeiten an (s. auch Bericht der Wehrstrukturkommission an die Bundesregierung vom 3. Februar 1971)
56	**Wehrsold**			
	Erhöhung des Wehrsoldes für Wehrübende, vor allem Studenten	1959	36	Das Problem stellt sich nicht mehr
57	**Wehrübungen**			
57.1	Frage der Versorgung von wehrübenden Beamten	1968 1969	25 41	Noch ungeklärt
57.2	Bedenken gegen die Nichtfreigabe von Beamten der Bundeswehr zu Wehrübungen	1969	27/41	Der BMVg ist nach wie vor — nicht zuletzt wegen der ungeklärten Versorgungsfrage — zurückhaltend in der Freigabe von Beamten seines Dienstbereiches für Wehrübungen
57.3	Beseitigung von Mängeln in der Organisation und Gestaltung von Wehrübungen	1968 1969	24/25 40/41	Das Weißbuch 1970 (Ziffer 84) enthält Hinweise zur Lösung dieses Problems
57.4	Anregung, dienstliche Veranstaltungen gemäß § 4 Abs. 4 des Wehrpflichtgesetzes auf Pflichtwehrübungen anzurechnen	1969	41	Anregung wird z. Z. im BMVg erörtert
58	**Weihnachtszuwendungen**			
	für Wehrpflichtige	1968	27	Anregung wurde erstmalig im Dezember 1969 verwirklicht (Fünftes Gesetz zur Änderung des Wehrsoldgesetzes vom 10. März 1970, BGBl. I S. 253)

	Gegenstand	Fundstelle Jahresbericht	Seite	Erledigung, Sachstand
59	**Wohnungsfürsorge**			
59.1	Allgemeine Probleme	1959 1960 1961 1964 1968	10/11 6/43 7/31/ 8 9 26	Das Weißbuch 1970 (Ziffern 127 bis 130) weist darauf hin, daß der Fehlbestand an Familienwohnungen noch einige Zeit bestehen werde und deshalb der Bedarf mehr als bisher auf dem freien Wohnungsmarkt gedeckt werden müsse
59.2	Vorschlag zur Gewährung angemessener Wohnungszuschüsse zum Auffangen der Mietpreissteigerungen	1969	34	Das Weißbuch 1970 (Ziffer 129) hat hierzu geeignete Maßnahmen angekündigt
60	**Zulagen**			
60.1	Anregung, die Zulage „Dienst zu ungünstigen Zeiten" auch an wehrpflichtige Soldaten zu zahlen	1969	42	Das Weißbuch 1970 (Ziffer 116) kündigt eine Reform des gesamten Zulagewesens an
60.2	Anregung, die Technikerzulage nicht nur an technische Soldaten der Strahlflugzeugverbände und -schulen, sondern auch an die entsprechenden Soldaten der Instandsetzungsgruppen von Luftwaffen-Versorgungsbereichen zu zahlen	1969	35	Nach eingehender Beratung vom Verteidigungsausschuß gegenwärtig mit dem Hinweis zurückgestellt, daß diese Frage im Zusammenhang mit den Bemühungen um die Neuordnung des gesamten Zulagewesens der Bundeswehr geregelt werden soll